Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/4903

13. 06. 96

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 22. November 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie bei den Nachlaß-, Erbschaft- und Schenkungsteuern und zur Beistandsleistung in Steuersachen (Deutsch-dänisches Steuerabkommen)

A. Zielsetzung

Mit dem Königreich Dänemark besteht ein Abkommen vom 30. Januar 1962 zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuer und der Grundsteuern. Dieses Abkommen entspricht nicht mehr in allen Teilen dem gegenwärtigen Stand der deutsch-dänischen Wirtschaftsbeziehungen sowie dem Steuerrecht und der Vertragspraxis beider Staaten. Es soll deshalb durch ein neues Abkommen ersetzt werden. Desweiteren sollen Regelungen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Erbschaft- und Schenkungsteuer getroffen werden.

B. Lösung

Das neue Abkommen enthält die erforderlichen Anpassungen und Neuregelungen. Mit dem vorliegenden Vertragsgesetz soll das Abkommen die für die Ratifikation erforderliche Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften erlangen.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Das Abkommen führt im Bereich der Dividendenbesteuerung durch die Senkung der Mindestbesteuerungsgrenze bei Schachtelbeteiligungen auf 10 v.H. zu Steuermindereinnahmen in einer Größenordnung von jährlich rd. 5 Mio DM.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (432) – 521 05 – Do 89/96

Bonn, den 13. Juni 1996

An die
Präsidentin des
Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 22. November 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie bei den Nachlaß-, Erbschaft- und Schenkungsteuern und zur Beistandsleistung in Steuersachen (Deutsch-dänisches Steuerabkommen) mit Begründung (Anlage 1) und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium der Finanzen.

Der Bundesrat hat in seiner 696. Sitzung am 3. Mai 1996 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzentwurf, wie aus Anlage 2 ersichtlich, Stellung zu nehmen.

Die Auffassung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates ist in der als Anlage 3 beigefügten Gegenäußerung dargelegt.

Dr. Helmut Kohl

Anlage 1

Gesetz
zu dem Abkommen vom 22. November 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie bei den Nachlaß-, Erbschaft- und Schenkungsteuern und zur Beistandsleistung in Steuersachen (Deutsch-dänisches Steuerabkommen)

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 22. November 1995 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie bei den Nachlaß-, Erbschaft- und Schenkungsteuern und zur Beistandsleistung in Steuersachen (Deutsch-dänisches Steuerabkommen) sowie dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tage wird zugestimmt. Das Abkommen und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 49 Abs. 2 sowie das Protokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, da das Aufkommen aus den vom Abkommen betroffenen Steuern gemäß Artikel 106 des Grundgesetzes ganz oder zum Teil den Ländern oder den Gemeinden zusteht.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 49 Abs. 2 und das Protokoll in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Durch das Abkommen verzichtet die Bundesrepublik Deutschland zur Beseitigung der Doppelbesteuerung, wie schon bisher, in gewissem Umfang auf Steuern, die dem Bund, den Ländern oder den Gemeinden zufließen. Die Mehr- oder Mindereinnahmen bei den einzelnen Steuerarten lassen sich nur in einem Teilbereich, der Kapitalertragsteuer auf Dividenden, schätzen. Hier dürften Mindereinnahmen von jährlich rd. 5 Mio DM entstehen. Die Mehr- oder Mindereinnahmen wegen der anderen Abkommensbestimmungen werden haushaltswirtschaftlich nicht ins Gewicht fallen.

Im deutsch-dänischen Verhältnis bestehen auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen bereits durch das geltende Abkommen umfangreiche Regelungen. Daher sind für die Wirtschaft keine weitergehenden Auswirkungen zu erwarten.

Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie bei den Nachlaß-, Erbschaft- und Schenkungsteuern und zur Beistandsleistung in Steuersachen (Deutsch-dänisches Steuerabkommen)

Overenskomst mellem Forbundsrepublikken Tyskland og Kongeriget Danmark til undgåelse af dobbeltbeskatning for så vidt angår indkomst- og formueskatter og for så vidt angår skatter i boer, af arv og af gave samt vedrørende bistand i skattesager (Tysk-Dansk skatte-overenskomst)

Die Bundesrepublik Deutschland

und

das Königreich Dänemark –

von dem Wunsch geleitet, durch ein neues Abkommen, das den heutigen Beziehungen zwischen beiden Staaten und den Entwicklungen im Steuerrecht Rechnung trägt, die Doppelbesteuerung zu vermeiden und sich gegenseitig Beistand in Steuersachen zu leisten –

sind wie folgt übereingekommen:

Abschnitt I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Ziel des Abkommens

Die Vertragsstaaten wirken nach diesem Abkommen zusammen, um die Doppelbesteuerung zu vermeiden und die Steuererhebung zu sichern. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich hierzu in geeigneten Zeitabständen über Änderungen in ihren Steuergesetzen informieren und beraten, wie die genannten Ziele zu erreichen sind. Die zuständigen Behörden können im Rahmen dieses Abkommens unmittelbar miteinander verkehren.

Artikel 2

Geltungsbereich des Abkommens

(1) Dieses Abkommen gilt ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung für folgende Steuern, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden:

a) Abschnitt II für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen; als solche gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder

Forbundsrepublikken Tyskland

og

Kongeriget Danmark

Som ønsker at undgå dobbeltbeskatning og at yde hinanden bistand i skattesager ved at indgå en ny overenskomst, som er i overensstemmelse med de gældende forhold mellem de to stater og med udviklingen i skattelovgivningen, er blevet enige om følgende bestemmelser:

Kapitel I

Almindelige bestemmelser

Artikel 1

Formålet med overenskomsten

De kontraherende stater skal arbejde sammen efter denne overenskomst for at undgå dobbeltbeskatning og for at sikre påligningen af skatter. De kontraherende staters kompetente myndigheder skal til dette formål informere hinanden med passende mellemrum om ændringer i deres skattelove, og de skal holde konsultationer om, hvorledes de ovenfor nævnte formål kan opnås. De kompetente myndigheder kan træde i direkte forbindelse med hinanden indenfor rammerne af denne overenskomst.

Artikel 2

Overenskomstens anvendelsesområde

1. Denne overenskomst skal finde anvendelse på følgende skatter, der pålignes på en kontraherende stats, dens politiske underafdelingers eller dens lokale myndigheders vegne, uden hensyn til hvorledes de opkræves:

a) Kapitel II på indkomst- og formueskatter, hvortil skal anses alle skatter, der pålignes hele indkomsten, hele formuen eller dele af indkomsten eller formuen, herunder skatter på fortjeneste

des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs;

b) Abschnitt III für Nachlaß- und Erbschaftsteuern sowie Schenkungsteuern; als solche gelten die Steuern, die

aa) von Todes wegen als Nachlaßsteuern, Erbanfallsteuern, Abgaben vom Vermögensübergang oder Steuern von Schenkungen auf den Todesfall erhoben werden, oder

bb) auf Übertragungen unter Lebenden nur deshalb erhoben werden, weil die Übertragungen unentgeltlich oder gegen ein zu geringes Entgelt vorgenommen werden;

c) Abschnitt IV für Steuern jeder Art und Bezeichnung, soweit der Zusammenhang nichts anderes erfordert; ausgenommen sind jedoch Zölle, Monopolabgaben und Verbrauchsteuern; Mehrwertsteuern und Luxussteuern gelten nicht als Verbrauchsteuern im Sinne dieses Abschnitts.

(2) Die zur Zeit bestehenden Steuern, für die die Abschnitte des Abkommens gelten, sind in der Anlage zu diesem Abkommen aufgeführt.

(3) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden.

(4) In diesem Abkommen gelten

a) der Abschnitt II für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind;

b) der Abschnitt III für

aa) Nachlässe und Erbschaften, wenn der Erblasser im Zeitpunkt seines Todes in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig war, und

bb) Schenkungen, wenn der Schenker im Zeitpunkt der Schenkung in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig war;

c) der Abschnitt IV für alle Personen, gleichgültig, ob sie in einem Vertragsstaat oder einem anderen Staat ansässig sind oder ob sie Staatsangehörige eines Vertragsstaats oder eines anderen Staates sind.

ved afhændelse af rørlig formue eller fast ejendom, så vel som skatter på formueforøgelse;

b) Kapitel III på skatter i boer, af arv og af gave, hvortil skal anses skatter,

aa) der pålignes som følge af død i form af skatter på dødsboets corpus (bomassen), som skatter på arv, som overførselsafgifter eller som skatter på donationes mortis causa (dødsgaver), eller

bb) der pålignes på overførsler inter vivos (i levende live), men kun, fordi sådanne overførsler sker uden eller for mindre end fuldt vederlag;

c) Kapitel IV på skatter af enhver art og beskrivelse, med mindre andet fremgår af sammenhængen, men ikke for toldafgifter, enerets-afgifter eller forbrugsafgifter; moms og luksus-skatter anses ikke for at være forbrugsafgifter i dette kapitel.

2. De gældende skatter, som kapitlerne i overenskomsten skal finde anvendelse på, er opregnet i bilaget til overenskomsten.

3. Overenskomsten skal også finde anvendelse på alle skatter af samme eller væsentlig samme art, der pålignes efter overenskomstens undertegnelse som tillæg til eller i stedet for de gældende skatter.

4. Denne overenskomst skal finde anvendelse på følgende:

a) Kapitel II på personer, der er hjemmehørende i en af eller begge de kontraherende stater;

b) Kapitel III på

aa) dødsboer og arv i tilfælde, hvor arvelader på dødstidspunktet var hjemmehørende i en af eller begge de kontraherende stater, og

bb) gaver i tilfælde, hvor giveren på gavetidspunktet var hjemmehørende i en af eller begge de kontraherende stater;

c) Kapitel IV på enhver person, uanset han er hjemmehørende eller statsborger i en kontraherende stat eller en anden stat.

Artikel 3

Allgemeine Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert:

a) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat" und „der andere Vertragsstaat", je nach dem Zusammenhang, die Bundesrepublik Deutschland oder das Königreich Dänemark, und der Ausdruck „Staaten" die Bundesrepublik Deutschland oder das Königreich Dänemark;

b) bedeutet der Ausdruck „Bundesrepublik Deutschland" das Gebiet, in dem das Steuerrecht der Bundesrepublik Deutschland gilt, sowie die an das Küstenmeer der Bundesrepublik Deutschland grenzenden Gebiete des Meeresgrunds und Meeresuntergrunds und der darüberliegenden Gewässer, soweit die Bundesrepublik Deutschland dort zur Erforschung und zur Ausbeutung der Naturschätze in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht souveräne Rechte und die Hoheitsgewalt ausübt;

c) bedeutet der Ausdruck „Dänemark" das Königreich Dänemark einschließlich der Gebiete außerhalb des dänischen Küstenmeers, die in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht nach dänischem Recht als Gebiete ausgewiesen oder gegebenenfalls künftig noch ausgewiesen werden, in denen Dänemark zur Erforschung und zur Ausbeutung der Naturschätze des Meeresgrunds und Meeresuntergrunds und der darüberlie-

Artikel 3

Almindelige definitioner

1. Medmindre andet fremgår af sammenhængen, har i denne overenskomst følgende udtryk den nedenfor angivne betydning:

a) Udtrykkene „en kontraherende stat" og „den anden kontraherende stat" betyder Forbundsrepublikken Tyskland eller Kongeriget Danmark alt efter sammenhængen, og udtrykket „staterne" betyder Forbundsrepublikken Tyskland eller Kongeriget Danmark;

b) udtrykket „Forbundsrepublikken Tyskland" betyder det område, hvor Forbundsrepublikken Tysklands skattelove gælder, så vel som området med havbunden, dens undergrund og de overliggende vande, som støder op til Forbundsrepublikken Tysklands territorialfarvand, i det omfang Forbundsrepublikken Tyskland i overensstemmelse med folkeretten udøver suverænitetsrettigheder og jurisdiktion dér med efterforskning og udnyttelse af naturforekomster;

c) udtrykket „Danmark" betyder Kongeriget Danmark, herunder ethvert område uden for Danmarks territorialfarvand, som ifølge dansk lovgivning og i overensstemmelse med folkeretten er eller senere måtte blive betegnet som et område, inden for hvilket Danmark kan udøve suverænitetsrettigheder med hensyn til efterforskning og udnyttelse af naturforekomster på havbunden, dens undergrund og de overliggende vande og

genden Gewässer und bezüglich anderer Tätigkeiten zur wirtschaftlichen Erforschung und Ausbeutung des betroffenen Gebiets souveräne Rechte ausüben kann; der Ausdruck umfaßt nicht die Färöer und Grönland;

d) umfaßt der Ausdruck „Person" natürliche Personen und Gesellschaften;

e) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft" juristische Personen oder Rechtsträger, die für die jeweilige Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;

f) hat der Ausdruck „unbewegliches Vermögen" die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfaßt in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Naturschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen;

g) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats" und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats", je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;

h) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr" jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;

i) umfaßt der Ausdruck „Vermögen, das Teil des Nachlasses oder einer Schenkung einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person ist" alle Vermögenswerte, deren Übergang oder Übertragung einer unter Abschnitt III des Abkommens fallenden Steuer unterliegt;

j) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger"

aa) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Recht errichtet worden sind;

bb) in bezug auf Dänemark alle natürlichen Personen, die die dänische Staatsangehörigkeit besitzen, und alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in Dänemark geltenden Recht errichtet worden sind;

k) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde"

aa) auf seiten der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium der Finanzen oder die Behörde, an die es seine Befugnisse delegiert hat;

bb) auf seiten Dänemarks der Minister für die Besteuerung oder seinen bevollmächtigten Vertreter.

(2) Bei Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt.

Artikel 4

Ansässige Personen

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person"

med hensyn til andre aktiviteter med henblik på økonomisk efterforskning og udnyttelse af området; udtrykket omfatter ikke Færøerne og Grønland;

d) udtrykket „person" omfatter en fysisk person og et selskab;

e) udtrykket „selskab" betyder enhver juridisk person eller enhver sammenslutning, der i skattemæssig henseende behandles som en juridisk person;

f) udtrykket „fast ejendom" skal tillægges den betydning, som det har i lovgivningen i den kontraherende stat, hvori ejendommen er beliggende. Udtrykket skal i alle tilfælde omfatte tilbehør til fast ejendom, husdyrbesætning og redskaber, der anvendes i land- og skovbrug, rettigheder på hvilke civilretten om fast ejendom finder anvendelse, brugsrettigheder til fast ejendom, samt rettigheder til varierende eller faste ydelser, der betales for udnyttelsen af eller retten til at udnytte mineralforekomster, kilder og andre naturforekomster; skibe, både og luftfartøjer skal ikke anses for fast ejendom;

g) udtrykkene „foretagende i en kontraherende stat" og „foretagende i den anden kontraherende stat" betyder henholdsvis et foretagende, som drives af en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, og et foretagende, som drives af en person, der er hjemmehørende i den anden kontraherende stat;

h) udtrykket „international trafik" betyder enhver transport med et skib eller luftfartøj, der anvendes af et foretagende, hvis virkelige ledelse har sit sæde i en kontraherende stat, bortset fra tilfælde, hvor skibet eller luftfartøjet udelukkende anvendes mellem pladser i den anden kontraherende stat;

i) udtrykket „ejendom, som udgør en del af dødsboet efter, eller en del af en gave ydet af, en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat" omfatter alle formuegoder, hvis overdragelse eller overførsel er undergivet en skat, der er omfattet af kapitel III i overenskomsten;

j) udtrykket „statsborger" betyder

aa) for så vidt angår Tyskland, enhver tysker som omhandlet i § 116, stykke 1, i Forbundsrepublikken Tyskland's grundlov og enhver juridisk person, interessentskab eller forening, der består i kraft af den gældende lovgivning i Forbundsrepublikken Tyskland;

bb) for så vidt angår Danmark, enhver fysisk person, der har statsborgerret i Danmark, og enhver juridisk person, interessentskab eller forening, der består i kraft af den gældende lovgivning i Danmark;

k) udtrykket „kompetent myndighed" betyder

aa) for så vidt angår Forbundsrepublikken Tyskland, Forbundsfinansministeriet eller det organ, hvortil det har delegeret sin myndighed;

bb) for så vidt angår Danmark, skatteministeren eller hans befuldmægtigede stedfortræder.

2. Ved anvendelsen af overenskomsten i en kontraherende stat skal, medmindre andet følger af sammenhængen, ethvert udtryk, som ikke er defineret deri, tillægges den betydning, som det har i denne stats lovgivning om de skatter, hvorpå overenskomsten finder anvendelse.

Artikel 4

Skattemæssigt hjemsted

1. I denne overenskomst betyder udtrykket „en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat"

a) für Zwecke der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort aufgrund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist. Der Ausdruck umfaßt jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenem Vermögen steuerpflichtig ist;

b) für Zwecke der Nachlaß-, Erbschaft- und Schenkungsteuern eine Person, die mit einem Nachlaß oder einer Schenkung nach dem Recht dieses Staates dort aufgrund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist. Der Ausdruck umfaßt jedoch nicht eine Person, deren Nachlaß oder Schenkung in diesem Staat nur mit in diesem Staat gelegenem Vermögen steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt folgendes:

a) Die Person gilt als in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);

b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;

c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;

d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

a) for så vidt angår indkomst- og formueskatter, en person, som i henhold til lovgivningen i denne stat er skattepligtig dér på grund af hjemsted, bopæl, ledelsens sæde eller ethvert andet lignende kriterium. Dette udtryk omfatter dog ikke en person, hvis skattepligt i denne stat er begrænset til indkomst fra kilder i denne stat eller dér beroende formue;

b) for så vidt angår skatter i boer, af arv eller af gave, en person, som i henhold til lovgivningen i denne stat er skattepligtig dér med hensyn til et bo eller en gave på grund af hjemsted, bopæl, ledelsens sæde eller ethvert andet lignende kriterium. Dette udtryk omfatter dog ikke en person, hvis bo eller hvis gave er skattepligtig i denne stat udelukkende på grund af formuegoder, som befinder sig dér.

2. I tilfælde, hvor en fysisk person efter bestemmelserne i stykke 1 er hjemmehørende i begge de kontraherende stater, bestemmes hans status efter følgende regler:

a) han skal anses for at være hjemmehørende i den stat, i hvilken han har en fast bolig til sin rådighed; hvis han har en fast bolig til sin rådighed i begge stater, skal han anses for at være hjemmehørende i den stat, med hvilken han har de stærkeste personlige og økonomiske forbindelser (midtpunkt for sine livsinteresser);

b) hvis det ikke kan afgøres, i hvilken stat han har midtpunkt for sine livsinteresser, eller hvis han ikke har en fast bolig til sin rådighed i nogen af staterne, skal han anses for at være hjemmehørende i den stat, i hvilken han sædvanligvis har ophold;

c) hvis han sædvanligvis har ophold i begge stater, eller hvis han ikke har sådant ophold i nogen af dem, skal han anses for at være hjemmehørende i den stat, i hvilken han er statsborger;

d) hvis han er statsborger i begge stater, eller hvis han ikke er statsborger i nogen af dem, skal de kompetente myndigheder i de kontraherende stater afgøre spørgsmålet ved gensidig aftale.

3. I tilfælde, hvor en ikke-fysisk person efter bestemmelserne i stykke 1 er hjemmehørende i begge de kontraherende stater, skal den anses for at være hjemmehørende i den stat, i hvilken dens virkelige ledelse har sit sæde.

Artikel 5

Betriebsstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte" eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte" umfaßt insbesondere:

a) einen Ort der Leitung,

b) eine Zweigniederlassung,

c) eine Geschäftsstelle,

d) eine Fabrikationsstätte,

e) eine Werkstätte und

f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.

(3) Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebsstätte, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten:

a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;

Artikel 5

Fast driftssted

1. I denne overenskomst betyder udtrykket „fast driftssted" et fast forretningssted, gennem hvilket et foretagendes virksomhed helt eller delvis udøves.

2. Udtrykket „fast driftssted" omfatter navnlig:

a) et sted, hvorfra et foretagende ledes,

b) en filial,

c) et kontor,

d) en fabrik,

e) et værksted, og

f) en mine, en olie- eller gaskilde, et stenbrud eller ethvert andet sted, hvor naturforekomster udvindes.

3. Et bygnings-, anlægs- eller monteringsarbejde udgør kun et fast driftssted, hvis det varer mere end 12 måneder.

4. Uanset de foranstående bestemmelser i denne artikel skal udtrykket „fast driftssted" anses for ikke at omfatte:

a) anvendelsen af indretninger udelukkende til oplagring, udstilling eller udlevering af varer tilhørende foretagendet;

b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;

c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;

d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;

e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;

f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter den Buchstaben a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, daß die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person, mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6, für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 für Zwecke des Abschnitts II so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebsstätte machen würden.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, daß eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

b) opretholdelsen af et varelager, tilhørende foretagendet, udelukkende til oplagring, udstilling eller udlevering;

c) opretholdelsen af et varelager, tilhørende foretagendet, udelukkende til bearbejdelse eller forarbejdelse hos et andet foretagende;

d) opretholdelsen af et fast forretningssted udelukkende for at foretage indkøb af varer eller indsamle oplysninger til foretagendet;

e) opretholdelsen af et fast forretningssted udelukkende for at udøve enhver anden virksomhed af forberedende eller hjælpende art for foretagendet;

f) opretholdelsen af et fast forretningssted udelukkende til udøvelse af flere af de i litra a) - e) nævnte formål, forudsat, at virksomheden på det faste forretningssted, der er et resultat af denne kombination, er af forberedende eller hjælpende art.

5. I tilfælde, hvor en person, der ikke er en sådan uafhængig repræsentant, som omhandles i stykke 6, handler på et foretagendes vegne og har og sædvanligvis udøver i en kontraherende stat en fuldmagt til at indgå aftaler i foretagendets navn, anses foretagendet uanset bestemmelserne i stykke 1 og 2 for ved anvendelsen af kapitel II at have fast driftssted i denne stat med hensyn til enhver virksomhed, som han foretager for foretagendet, medmindre hans virksomhed er begrænset til sådanne, som nævnt i stykke 4, som, hvis den udøves gennem et fast forretningssted, ikke ville gøre dette faste forretningssted til et fast driftssted i henhold til bestemmelserne i pågældende stykke.

6. Et foretagende skal ikke anses for at have et fast driftssted i en kontraherende stat, blot fordi det driver erhvervsvirksomhed i denne stat gennem en mægler, kommissionær eller anden uafhængig repræsentant, forudsat at disse personer handler inden for rammerne af deres sædvanlige erhvervsvirksomhed.

7. Den omstændighed, at et selskab, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, behersker eller beherskes af et selskab, der er hjemmehørende i den anden kontraherende stat, eller som (enten gennem et fast driftssted eller på anden måde) udøver erhvervsvirksomhed i denne anden stat, skal ikke i sig selv medføre, at et af de to selskaber anses for et fast driftssted for det andet.

Abschnitt II
Besteuerung des Einkommens und Vermögens

Artikel 6
Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient.

Kapitel II
Beskatning af indkomst og formue

Artikel 6
Indkomst af fast ejendom

1. Indkomst, som en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, oppebærer af fast ejendom (herunder indkomst af land- og skovbrug), der er beliggende i den anden kontraherende stat, kan beskattes i denne anden stat.

2. Bestemmelserne i stykke 1 skal finde anvendelse på indkomst, der hidrører fra direkte brug, udlejning eller bortforpagtning så vel som fra enhver anden form for benyttelse af fast ejendom.

3. Bestemmelserne i stykke 1 og 2 skal også finde anvendelse på indkomst af fast ejendom, der tilhører et foretagende, og på indkomst af fast ejendom, der anvendes ved udøvelsen af frit erhverv.

Artikel 7
Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Staat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, daß dieser Vertragsstaat die zu besteuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muß jedoch derart sein, daß das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Aufgrund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, daß ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 7
Fortjeneste ved erhvervsvirksomhed

1. Fortjeneste indvundet af et foretagende i en kontraherende stat kan kun beskattes i denne stat, medmindre foretagendet driver erhvervsvirksomhed i den anden kontraherende stat gennem et dér beliggende fast driftssted. Såfremt foretagendet driver sådan virksomhed, kan dets fortjeneste beskattes i den anden stat, men dog kun for så vidt angår den del deraf, som kan henføres til dette faste driftssted.

2. I tilfælde, hvor et foretagende i en kontraherende stat driver erhvervsvirksomhed i den anden kontraherende stat gennem et dér beliggende fast driftssted, skal der under iagttagelse af bestemmelserne i stykke 3 i hver kontraherende stat til dette faste driftssted henføres den fortjeneste, som det kunne forventes at have opnået, hvis det havde været et frit og uafhængigt foretagende, som udøvede den samme eller lignende virksomhed på samme eller lignende vilkår, og som under fuldstændig frie forhold afsluttede forretninger med det foretagende, hvis faste driftssted det er.

3. Ved fastsættelsen af et fast driftssteds fortjeneste skal det være tilladt at fradrage udgifter, som er afholdt for det faste driftssted, herunder udgifter til ledelse og almindelig administration, hvad enten de er afholdt i den stat, hvori det faste driftssted er beliggende, eller andre steder.

4. I det omfang det har været sædvane i en kontraherende stat at fastsætte den fortjeneste, der kan henføres til et fast driftssted, på grundlag af en fordeling af foretagendets samlede fortjeneste mellem dets forskellige afdelinger, skal intet i stykke 2 udelukke denne kontraherende stat fra at fastsætte den skattepligtige fortjeneste på grundlag af en sådan sædvanemæssig fordeling; den valgte fordelingsmetode skal imidlertid være sådan, at resultatet bliver i overensstemmelse med de principper, der er fastlagt i denne artikel.

5. Ingen fortjeneste skal kunne henføres til et fast driftssted, blot fordi dette faste driftssted har foretaget indkøb af varer for foretagendet.

6. Ved anvendelsen af de foranstående stykker skal den fortjeneste, der henføres til det faste driftssted, fastsættes efter samme metode år for år, medmindre der er god og fyldestgørende grund for en anden fremgangsmåde.

7. I tilfælde, hvor en fortjeneste omfatter indkomster, som er omhandlet særskilt i andre artikler i denne overenskomst, skal bestemmelserne i disse andre artikler ikke berøres af bestemmelserne i denne artikel.

Artikel 8
Schiffahrt, Binnenschiffahrt und Luftfahrt

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet. Zu diesen Gewinnen gehören auch Einkünfte des Unternehmens aus der Benutzung, Unterhaltung oder Vermietung von Containern (einschließlich Trailerschiffen, Leichtern und ähnlichem Gerät für die Beförderung von Containern), die für die Beförderung von Gütern oder Waren im internationalen Verkehr benutzt werden, wenn diese Einkünfte den im vorhergehenden Satz genannten Gewinnen zugerechnet werden können.

(2) Gewinne aus dem Betrieb von Schiffen, die der Binnenschiffahrt dienen, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(3) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der See- oder Binnenschiffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem

Artikel 8
Skibsfart, transport ad indre vandveje og luftfart

1. Fortjeneste ved skibs- eller luftfartsvirksomhed i international trafik kan kun beskattes i den kontraherende stat, hvori foretagendets virkelige ledelse har sit sæde. Sådan fortjeneste omfatter også indkomst indvundet af foretagendet ved anvendelse, vedligeholdelse eller udlejning af containere (herunder anhængere, pramme og lignende materiel til transport af containere), anvendt til transport af varer i international trafik, hvis denne indkomst udgør en del af den fortjeneste, som er omhandlet i den foregående sætning.

2. Fortjeneste ved driften af både, der anvendes ved transport ad indre vandveje, kan kun beskattes i den kontraherende stat, hvori foretagendets virkelige ledelse har sit sæde.

3. Såfremt den virkelige ledelse for et foretagende, der driver skibsfartsvirksomhed, eller transportvirksomhed ad indre vandveje, har sit sæde om bord på et skib eller en båd, skal foretagendet

der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person ansässig ist, die das Schiff betreibt.

(4) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

(5) Im Zusammenhang mit Gewinnen des dänischen, norwegischen und schwedischen Lufttransportkonsortiums Scandinavian Airlines System (SAS) gelten die Absätze 1 und 4 nur für den Teil der Gewinne, der der Beteiligung der Det Danske Luftfartsselskab (DDL), des dänischen Gesellschafters des Scandinavian Airlines System (SAS), an dem Konsortium entspricht.

anses for at have sit sæde i den kontraherende stat, i hvilken skibet eller båden har sit hjemsted, eller, såfremt et sådant ikke findes, i den kontraherende stat, i hvilken skibets eller bådens reder er hjemmehørende.

4. Bestemmelserne i stykke 1 og 2 skal også finde anvendelse på fortjeneste ved deltagelse i en pool, i et forretningsfællesskab (joint business) eller i en international driftsorganisation.

5. Med hensyn til fortjeneste oppebåret af det danske, norske og svenske luftfartskonsortium Scandinavian Airlines System (SAS) skal bestemmelserne i stykke 1 og 4 kun finde anvendelse på den del af fortjenesten, som svarer til den andel i konsortiet, der ejes af den danske partner i Scandinavia Airlines System (SAS), Det Danske Luftfartsselskab (DDL).

Artikel 9

Verbundene Unternehmen

(1) Wenn

a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder

b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet, und entsprechend besteuert, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich mit Einverständnis des anderen Vertragsstaats bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor, soweit dies zur Vermeidung der Doppelbesteuerung erforderlich ist. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

Artikel 9

Indbyrdes forbundne foretagender

1. I tilfælde, hvor

a) et foretagende i en kontraherende stat direkte eller indirekte deltager i ledelsen af, kontrollen af eller kapitalen i et foretagende i den anden kontraherende stat, eller

b) samme personer direkte eller indirekte deltager i ledelsen af, kontrollen af eller kapitalen i såvel et foretagende i en kontraherende stat som et foretagende i den anden kontraherende stat,

og der i noget af disse tilfælde mellem de to foretagender er aftalt eller fastsat vilkår vedrørende deres kommercielle eller finansielle forbindelser, der afviger fra de vilkår, som ville være aftalt mellem uafhængige foretagender kan enhver fortjeneste, som, hvis disse vilkår ikke havde foreligget, ville være tilfaldet et af disse foretagender, men som på grund af disse vilkår ikke er tilfaldet dette, medregnes til dette foretagendes fortjeneste og beskattes i overensstemmelse hermed.

2. I tilfælde, hvor en kontraherende stat til fortjenesten for et foretagende i denne stat medregner, og i overensstemmelse hermed beskatter, fortjeneste, som et foretagende i den anden kontraherende stat er blevet beskattet af i denne anden stat, og denne anden kontraherende stat er enig i, at den således medregnede fortjeneste er fortjeneste, som ville være tilfaldet foretagendet i den førstnævnte stat, hvis vilkårene mellem de to foretagender havde været de samme, som ville være aftalt mellem uafhængige foretagender så skal denne anden stat foretage en dertil svarende regulering af det skattebeløb, som er beregnet dér af fortjenesten, i det omfang dette er nødvendigt for at undgå dobbeltbeskatning. Ved reguleringen skal der tages hensyn til de øvrige bestemmelser i denne overenskomst, og de kontraherende staters kompetente myndigheder skal om nødvendigt rådføre sig med hinanden.

Artikel 10

Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden können auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Dividenden der Nutzungsberechtigte ist, 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen. Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 darf die Steuer 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen, wenn der Nutzungsberechtigte der Dividenden eine Gesellschaft ist, der unmittelbar mindestens 10 vom Hundert des Kapitals der die

Artikel 10

Udbytte

1. Udbytte, som udbetales af et selskab, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, til en person, der er hjemmehorende i den den anden kontraherende stat, kan beskattes i denne anden stat.

2. Sådant udbytte kan også beskattes i den kontraherende stat, hvori det udbyttebetalende selskab er hjemmehørende, i henhold til lovgivningen i denne stat, men den skat der pålignes må, såfremt modtageren er udbyttets retmæssige ejer, ikke overstige 15 pct. af bruttobeløbet af udbyttet. Dette stykke berører ikke adgangen til at beskatte selskabet af den fortjeneste, hvoraf udbyttet er udbetalt.

3. Uanset stykke 2 må skatten ikke overstige 5 pct. af bruttobeløbet af udbyttet, hvis den retmæssige ejer af udbyttet er et selskab, som direkte ejer mindst 10 pct. af kapitalen i det udbyttebetalende selskab. Dette stykke berører ikke en gunstigere be-

Dividenden zahlenden Gesellschaft gehört. Dieser Absatz berührt nicht eine günstigere Behandlung der Dividenden aufgrund der Richtlinie Nr. 90/435/EWG des Rates über das gemeinsame Steuersystem der Mutter- und Tochtergesellschaften verschiedener Mitgliedstaaten vom 23. Juli 1990 (ABl. EG Nr. L 225 S. 6).

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden" bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genußrechten oder Genußscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten – ausgenommen Forderungen – mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Einkünften, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind. Der Ausdruck „Dividenden" umfaßt in der Bundesrepublik Deutschland auch Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter, Einkünfte aus partiarischen Darlehen, Gewinnobligationen und ähnliche gewinnabhängige Vergütungen sowie Ausschüttungen auf Anteilscheine an einem Investmentvermögen.

(5) Abweichend von den Absätzen 2 und 3 können Einkünfte aus Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung (in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter oder aus partiarischen Darlehen und Gewinnobligationen) in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, und nach dem Recht dieses Staates besteuert werden, wenn sie dort bei der Ermittlung des Gewinns des Schuldners abzugsfähig sind. Die Steuer darf aber 25 vom Hundert des Bruttobetrags der Einkünfte nicht übersteigen.

(6) Die Absätze 1, 2 und 5 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(7) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, daß diese Dividenden an eine in diesem anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder daß die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer in diesem anderen Staat gelegenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

handling af udbyttet i henhold til direktiv 90/435/EØF af 23. juli 1990 om en fælles beskatningsordning for moder- og datterselskaber fra forskellige medlemsstater (EFT nr. L 225/6).

4. Udtrykket „udbytte" betyder i denne artikel indkomst af aktier, „jouissance" aktier eller „jouissance" rettigheder, mineaktier, stifteranparter eller andre rettigheder, der ikke er gældsfordringer og som giver ret til andel i fortjeneste, såvel som anden indkomst, der er undergivet samme skattemæssige behandling som indkomst af aktier i henhold til lovgivningen i den stat, i hvilken det udloddende selskab er hjemmehørende. Udtrykket „udbytte" omfatter ligeledes i Forbundsrepublikken Tyskland en stille deltagers indkomst fra hans deltagelse som sådan, indkomst fra et „partiarisches Darlehen", „Gewinnobligationer" og lignende overskuds-afhængig afkast så vel som udlodninger fra certifikater i investeringsforeninger.

5. Uanset stykke 2 og 3 kan indkomst, som oppebæres fra rettigheder eller fordringer, der deltager i overskud (herunder i Forbundsrepublikken Tyskland en stille deltagers indkomst fra hans deltagelse som sådan eller fra et „partiarisches Darlehen" eller „Gewinnobligationer"), beskattes i den kontraherende stat, hvorfra den hidrører, i henhold til lovgivningen i denne stat, hvis den er fradragsberettiget ved tastsættelsen af skyldnerens overskud. Den skat som pålignes må dog ikke overstige 25 pct. af bruttobeløbet af denne indkomst.

6. Bestemmelserne i stykke 1, 2 og 5 skal ikke finde anvendelse, såfremt udbyttets retmæssige ejer, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, driver erhvervsvirksomhed i den anden kontraherende stat, i hvilken det udbyttebetalende selskab er hjemmehørende, gennem et dér beliggende fast driftssted eller udøver frit erhverv i denne anden stat fra et dér beliggende fast sted, og den aktiebesiddelse, som ligger til grund for udlodningen af udbyttet, har direkte forbindelse med et sådant fast driftssted eller fast sted. I så fald skal bestemmelserne henholdsvis i artikel 7 eller i artikel 14 finde anvendelse.

7. I tilfælde, hvor et selskab, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, oppebærer fortjeneste eller indkomst fra den anden kontraherende stat, må denne anden stat ikke påligne nogen skat på udbytte, som udbetales af selskabet, undtagen i det omfang udbyttet udbetales til en person, der er hjemmehørende i denne anden stat, eller i det omfang den aktiebesiddelse, som ligger til grund for udlodningen af udbyttet, har direkte forbindelse med et fast driftssted eller et fast sted, der er beliggende i denne anden stat, eller undergive selskabets ikke-udloddede fortjeneste nogen skat på ikke-udloddet fortjeneste, selv om det udbetalte udbytte eller den ikke-udloddede fortjeneste helt eller delvis består af fortjeneste eller indkomst hidrørende fra denne anden stat.

Artikel 11

Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können, wenn diese Person der Nutzungsberechtigte ist, nur im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen" bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels. Der Ausdruck „Zinsen" umfaßt jedoch nicht die in Artikel 10 behandelten Einkünfte.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch

Artikel 11

Renter

1. Renter, der hidrører fra en kontraherende stat og betales til en person, der er hjemmehørende i den anden kontraherende stat, kan, hvis denne person er den retmæssige ejer, kun beskattes i denne anden stat.

2. Udtrykket „renter" betyder i denne artikel indkomst af gældsfordringer af enhver art, hvad enten de er sikrede ved pant i fast ejendom eller ikke, og hvad enten de indeholder en ret til andel i skyldnerens fortjeneste eller ikke, og især indkomst af statsgældsbeviser og indkomst af obligationer eller forskrivninger, herunder agiobeløb og gevinster, der knytter sig til sådanne gældsbeviser, obligationer eller forskrivninger. Straftillæg som følge af for sen betaling skal ikke anses for renter i denne artikel. Udtrykket „renter" omfatter dog ikke indkomst, som er omfattet af artikel 10.

3. Bestemmelserne i stykke 1 skal ikke finde anvendelse, såfremt rentenes retmæssige ejer, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, driver erhvervsvirksomhed i den anden kon-

eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(4) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigt der als Zinsen gezahlte Betrag, aus welchen Gründen auch immer, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen als Zins vereinbart hätten, so gilt dieser Artikel für den übersteigenden Zinsbetrag nicht. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

Lizenzgebühren

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können, wenn diese Person der Nutzungsberechtigte ist, nur im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren" bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme, Filme oder Videoband-Aufnahmen für das Fernsehen oder Bandaufnahmen für den Rundfunk, von Patenten, Warenzeichen, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(4) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so gilt dieser Artikel für den übersteigenden Betrag nicht. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können in diesem anderen Staat besteuert werden. Gewinne aus der Veräußerung von Aktien, Rechten oder Beteiligungen an einer Gesellschaft, einer anderen juristischen Person oder einer Personengesellschaft, deren Vermögen hauptsächlich aus in einem Vertragsstaat gelegenem unbeweglichem Vermögen oder Rechten daran oder aus Anteilen an einer Gesellschaft, deren Vermögen hauptsächlich aus diesem in einem Vertragsstaat gelegenem unbeweglichem Vermögen oder Rechten daran besteht, können in dem Staat besteuert werden, in dem das unbewegliche Vermögen gelegen ist.

traherende stat, hvorfra renterne hidrører, gennem et dér beliggende fast driftssted eller udøver frit erhverv i denne anden stat fra et dér beliggende fast sted, og den fordring, som ligger til grund for de udbetalte renter, har direkte forbindelse med et sådant fast driftssted eller fast sted. I så fald skal bestemmelserne henholdsvis i artikel 7 eller i artikel 14 finde anvendelse.

4. I tilfælde, hvor der er en særlig forbindelse mellem den, der betaler renterne, og den retmæssige ejer, eller mellem disse og en tredje person, og det som rente betalte beløb overstiger – uanset af hvilken grund – det rentebeløb, som ville være blevet aftalt mellem skyldneren og den retmæssige ejer, såfremt den nævnte forbindelse ikke havde foreligget, skal bestemmelserne i denne artikel ikke finde anvendelse på det overskydende rentebeløb. I så fald skal det overskydende beløb kunne beskattes i overensstemmelse med lovgivningen i hver af de kontraherende stater under hensyntagen til de øvrige bestemmelser i denne overenskomst.

Artikel 12

Royalties

1. Royalties, der hidrører fra en kontraherende stat og betales til en person, der er hjemmehørende i den anden kontraherende stat, kan, hvis denne person er den retmæssige ejer, kun beskattes i denne anden stat.

2. Udtrykket „royalties" betyder i denne artikel betalinger af enhver art, der modtages som vederlag for anvendelsen af eller retten til at anvende enhver ophavsret til et litterært, kunstnerisk eller videnskabeligt arbejde herunder spillefilm, film- eller videobåndoptagelser til fjernsyn eller optagelser til radio, ethvert patent, varemærke, mønster eller model, tegning, hemmelig formel eller fremstillingsmetode eller for oplysninger om industrielle, kommercielle eller videnskabelige erfaringer.

3. Bestemmelserne i stykke 1 skal ikke finde anvendelse, såfremt royaltybeløbets retmæssige ejer, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, driver erhvervsvirksomhed i den anden kontraherende stat, hvorfra royaltybeløbet hidrører, gennem et dér beliggende fast driftssted eller udøver frit erhverv i denne anden stat fra et dér beliggende fast sted, og den rettighed eller ejendom, som ligger til grund for de udbetalte royalties, har direkte forbindelse med et sådant fast driftssted eller fast sted. I så fald skal bestemmelserne henholdsvis i artikel 7 eller i artikel 14 finde anvendelse.

4. I tilfælde, hvor en særlig forbindelse mellem den, der betaler royalties, og den retmæssige ejer, eller mellem disse og en tredje person, har bevirket, at de betalte royalties, når hensyn tages til den anvendelse, rettighed eller oplysning, for hvilken de er betalt, overstiger det beløb, som ville være blevet aftalt mellem skyldneren og den retmæssige ejer, såfremt den nævnte forbindelse ikke havde foreligget, skal bestemmelserne i denne artikel ikke finde anvendelse på det overskydende beløb. I så fald skal det overskydende beløb kunne beskattes i overensstemmelse med lovgivningen i hver af de kontraherende stater under hensyntagen til de øvrige bestemmelser i denne overenskomst.

Artikel 13

Fortjeneste ved afhændelse af formuegenstande

1. Fortjeneste, som en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, erhverver ved afhændelse af fast ejendom som er beliggende i den anden kontraherende stat, kan beskattes i denne anden stat. Fortjeneste ved afhændelse af aktier, rettigheder eller en andel i et selskab, enhver anden juridisk person eller et interessentskab, hvis aktiver hovedsagelig består af, eller af rettigheder til, fast ejendom, der er beliggende i en kontraherende stat, eller af aktier i et selskab, hvis aktiver hovedsagelig består af, eller af rettigheder til, sådan fast ejendom, der er beliggende i en kontraherende stat, kan beskattes i den stat, hvori den faste ejendom er beliggende.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

2. Fortjeneste ved afhændelse af rørlig formue, der udgør en del af erhvervsformuen i et fast driftssted, som et foretagende i en kontraherende stat har i den anden kontraherende stat, eller ved afhændelse af rørlig formue, der hører til et fast sted, som en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, har til rådighed til udøvelse af frit erhverv i den anden kontraherende stat, herunder også fortjeneste ved afhændelse af et sådant fast driftssted (særskilt eller sammen med hele foretagendet), eller af et sådant fast sted, kan beskattes i denne anden stat.

(3) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, von Schiffen, die der Binnenschiffahrt dienen und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet. Artikel 8 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden.

Im Zusammenhang mit Gewinnen des dänischen, norwegischen und schwedischen Lufttransportkonsortiums Scandinavian Airlines System (SAS) gilt dieser Absatz nur für den Teil der Gewinne, der der Beteiligung der Det Danske Luftfartsselskap (DDL), des dänischen Gesellschafters des Scandinavian Airlines System (SAS), an dem Konsortium entspricht.

3. Fortjeneste ved afhændelse af skibe eller luftfartøjer, der anvendes i international trafik, af både, der anvendes ved transport ad indre vandveje, eller af rørlig formue, som er knyttet til driften af sådanne skibe, luftfartøjer eller både, kan kun beskattes i den kontraherende stat, hvori foretagendets virkelige ledelse har sit sæde. Artikel 8, stykke 3, skal finde tilsvarende anvendelse.

Med hensyn til fortjeneste oppebåret af det danske, norske og svenske luftfartskonsortium Scandinavian Airlines System (SAS) skal bestemmelserne i dette stykke kun finde anvendelse på den del af fortjenesten, som svarer til den andel i konsortiet, der ejes af den danske partner i Scandinavian Airlines System (SAS), Det Danske Luftfartsselskab (DDL).

(4) Einkünfte oder Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1 bis 3 nicht genannten Vermögens können nur in dem Staat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

4. Indkomst eller fortjeneste ved afhændelse af alle andre aktiver end de i stykke 1, 2 og 3 omhandlede kan kun beskattes i den kontraherende stat, hvori afhænderen er hjemmehørende.

(5) Bei einer natürlichen Person, die in einem Vertragsstaat mindestens fünf Jahre ansässig war und im anderen Vertragsstaat ansässig geworden ist, berührt Absatz 4 nicht das Recht des erstgenannten Staates, nach seinen innerstaatlichen Rechtsvorschriften bei der Person den Vermögenszuwachs hinsichtlich von Anteilen bis zu ihrem Wohnsitzwechsel zu besteuern. Wird bei späterer Veräußerung der Aktien der daraus erzielte Gewinn in dem anderen Vertragsstaat nach Absatz 4 besteuert, so läßt der andere Staat den Betrag, der der im erstgenannten Staat gezahlten Einkommensteuer entspricht, zum Abzug von der Steuer von diesem Einkommen zu. Der Abzug darf aber den Teil der vor dem Abzug ermittelten Einkommensteuer nicht übersteigen, der auf das Einkommen entfällt, das im erstgenannten Staat nach dem ersten Satz dieses Absatzes besteuert werden kann.

5. I tilfælde, hvor en fysisk person, som var hjemmehørende i en kontraherende stat for en periode af mindst 5 år, og som er blevet hjemmehørende i den anden kontraherende stat, skal stykke 4 ikke berøre den førstnævnte stats ret til i henhold til dens nationale lovgivning at beskatte personen af værdistigning på aktier op til flytningen af hjemsted. Når aktierne efterfølgende afhændes og fortjenesten ved sådan afhændelse bliver beskattet i den anden kontraherende stat i henhold til stykke 4, skal den anden stat indrømme fradrag i skatten af den indkomst for et beløb svarende til den indkomstskat, som var betalt i den førstnævnte stat. Et sådant fradrag skal dog ikke kunne overstige den del af indkomstskatten, som beregnet inden fradraget er indrømmet, som kan henføres til den indkomst, som kan beskattes i førstnævnte stat i henhold til første sætning i dette stykke.

Artikel 14

Selbständige Arbeit

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit bezieht, können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß der Person im anderen Vertragsstaat für die Ausübung ihrer Tätigkeit gewöhnlich eine feste Einrichtung zur Verfügung steht. Steht ihr eine solche feste Einrichtung zur Verfügung, so können die Einkünfte im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf" umfaßt insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Buchsachverständigen.

Artikel 14

Frit erhverv

1. Indkomst ved frit erhverv eller ved andet arbejde af selvstændig karakter oppebåret af en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, kan kun beskattes i denne stat, medmindre han har et fast sted, som til stadighed står til rådighed for ham i den anden kontraherende stat med henblik på udøvelse af hans virksomhed. Såfremt han har et sådant fast sted, kan indkomsten beskattes i den anden stat, men kun i det omfang den kan henføres til dette faste sted.

2. Udtrykket „frit erhverv" omfatter især selvstændig videnskabelig, litterær, kunstnerisk, uddannende eller undervisende virksomhed samt selvstændig virksomhed som læge, advokat, ingeniør, arkitekt, tandlæge og revisor.

Artikel 15

Unselbständige Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 18, 19 und 20 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so können die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 15

Personligt arbejde i tjenesteforhold

1. Såfremt bestemmelserne i artiklerne 16, 18, 19 og 20 ikke medfører andet, kan gage, løn og andet lignende vederlag for personligt arbejde i tjenesteforhold oppebåret af en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, kun beskattes i denne stat, medmindre arbejdet er udført i den anden kontraherende stat. Er arbejdet udført dér, kan det vederlag, som oppebæres herfor, beskattes i denne anden stat.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

a) die unselbständige Arbeit im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Kalenderjahrs ausgeübt wird und

b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und

c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels können Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffs oder Luftfahrzeugs, das im internationalen Verkehr betrieben wird, oder an Bord eines Schiffes, das der Binnenschiffahrt dient, ausgeübt wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet. Wenn eine in Dänemark ansässige Person Vergütungen für unselbständige Arbeit bezieht, die an Bord eines Luftfahrzeugs ausgeübt wird, das im internationalen Verkehr von dem Konsortium Scandinavian Airlines System (SAS) betrieben wird, können diese Vergütungen nur in Dänemark besteuert werden.

(4) Die Bestimmungen des Absatzes 2 finden keine Anwendung auf Vergütungen für Arbeit im Rahmen gewerbsmäßiger Arbeitnehmerüberlassung. Die zuständigen Behörden treffen nach Artikel 43 die Vereinbarungen, die notwendig sind, um eine doppelte Erhebung von Abzugsteuern zu vermeiden und die Steueransprüche der beiden Vertragsstaaten zu sichern.

2. Uanset bestemmelserne i stykke 1 kan vederlag, som en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, oppebærer for personligt arbejde i tjenesteforhold, udført i den anden kontraherende stat, kun beskattes i den førstnævnte stat, såfremt:

a) arbejdet er udført i den anden stat i en periode eller i perioder, der tilsammen ikke overstiger 183 dage i det pågældende kalenderår, og

b) vederlaget betales af en arbejdsgiver eller for en arbejdsgiver, der ikke er hjemmehørende i den anden stat, og

c) vederlaget ikke udredes af et fast driftssted eller et fast sted, som arbejdsgiveren har i den anden stat.

3. Uanset de foranstående bestemmelser i denne artikel kan vederlag for personligt arbejde i tjenesteforhold, som udføres om bord på et skib eller luftfartøj, der anvendes i international trafik eller om bord på en båd, der anvendes til transport af indre vandveje, beskattes i den kontraherende stat, i hvilken foretagendets virkelige ledelse har sit sæde. I tilfælde, hvor en person, der er hjemmehørende i Danmark, modtager vederlag for personligt arbejde udført på et luftfartøj, drevet af Scandinavian Airlines System (SAS) i international trafik, kan et sådant vederlag kun beskattes i Danmark.

4. Bestemmelserne i stykke 2 skal ikke finde anvendelse for vederlag for arbejde inden for rammerne af professionel udlejning af arbejdskraft. I henhold til artikel 43 skal de kompetente myndigheder indgå de nødvendige aftaler for at undgå dobbelt påligning af kildeskatter og for at sikre begge kontraherende staters skattekrav.

Artikel 16

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen

(1) Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person oder mehrere solche Personen in ihrer Eigenschaft als nach dem Handelsrecht verantwortliche Leiter einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Gesellschaft beziehen, können im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 16

Bestyrelseshonorarer

1. Bestyrelseshonorarer og lignende betalinger, som oppebæres af en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, i hans egenskab af medlem af bestyrelsen for et selskab, der er hjemmehørende i den anden kontraherende stat, kan beskattes i denne anden stat.

2. Løn, gage og andet lignende vederlag, som oppebæres af en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, eller flere sådanne personer i egenskab af funktionær, der efter erhvervslovgivningen er ansvarlig for ledelsen af et selskab, som er hjemmehørende i den anden kontraherende stat, kan beskattes i denne anden stat.

Artikel 17

Künstler und Sportler

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 können Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließen Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so können diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Tätigkeiten von Künstlern und Sportlern, wenn der Aufenthalt in einem Vertragsstaat ganz oder in wesentlichem Umfang unmittelbar oder mittelbar aus öffentlichen Kassen des anderen Vertragsstaats unterstützt wird.

Artikel 17

Kunstnere og sportsfolk

1. Uanset bestemmelserne i artiklerne 7, 14 og 15 kan indkomst, som en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, oppebærer som optrædende kunstner, såsom teater-, film-, radio- eller fjernsynskunstner, eller musiker, eller som sportsmand, ved hans virksomhed, udøvet i denne egenskab i den anden kontraherende stat, beskattes i denne anden stat.

2. I tilfælde, hvor indkomst ved den virksomhed, som udøves af en optrædende kunstner eller en sportsmand i hans egenskab som sådan, ikke tilfalder kunstneren eller sportsmanden selv, men en anden person, kan denne indkomst, uanset bestemmelserne i artiklerne 7, 14 og 15, beskattes i den kontraherende stat, i hvilken kunstnerens eller sportmandens virksomhed udøves.

3. Bestemmelserne i stykke 1 og 2 skal ikke finde anvendelse for virksomhed fra kunstnere og sportsfolk, hvis deres besøg i en kontraherende stat udelukkende eller i væsentligt omfang direkte eller indirekte er støttet af offentlige midler fra den anden kontraherende stat.

Artikel 18

Ruhegehälter und ähnliche Zahlungen

(1) Vorbehaltlich des Artikels 19 Absatz 2 können Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Leistungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige natürliche Person aufgrund des Sozialversicherungsrechts des anderen Vertragsstaats erhält, nur in diesem anderen Staat besteuert werden.

(3) Ruhegehälter und andere wiederkehrende oder einmalige Zahlungen, die ein Vertragsstaat oder eine andere juristische Person des öffentlichen oder privaten Rechts dieses Staates als Vergütung für einen Schaden leistet, der als Folge von Kriegshandlungen oder politischer Verfolgung entstanden ist, können nur in diesem Staat besteuert werden.

(4) Im Fall einer natürlichen Person, die in einem Vertragsstaat ansässig war und die im anderen Vertragsstaat ansässig geworden ist, berührt Absatz 1 oder Artikel 21 nicht das Recht des erstgenannten Staates, nach seinen innerstaatlichen Rechtsvorschriften die Ruhegehälter, ähnliche Vergütungen und Renten zu besteuern, die der natürlichen Person aus dem erstgenannten Staat zufließen, es sei denn, diese Person ist im anderen Staat vor Inkrafttreten des Abkommens ansässig geworden.

(5) Der Ausdruck „Renten" bedeutet bestimmte Beträge, die regelmäßig zu festgesetzten Zeitpunkten lebenslänglich oder während eines bestimmten oder bestimmbaren Zeitabschnitts aufgrund einer Verpflichtung zahlbar sind, die diese Zahlungen als angemessene Gegenleistung für in Geld oder Geldeswert bewirkte Leistungen vorsieht.

(6) Unterhaltszahlungen oder ähnliche Leistungen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können nur im anderen Staat besteuert werden. Bei der Festsetzung des steuerpflichtigen Einkommens einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen natürlichen Person wird in bezug auf Unterhaltszahlungen oder ähnliche Leistungen, die an eine in Dänemark ansässige natürliche Person erbracht werden, der Betrag berücksichtigt, der berücksichtigt würde, wenn die letztgenannte Person in der Bundesrepublik Deutschland unbeschränkt steuerpflichtig wäre.

Artikel 18

Pensioner og lignende betalinger

1. Såfremt bestemmelserne i artikel 19, stykke 2, ikke medfører andet, kan pensioner og lignende betalinger, der udbetales for tidligere personligt arbejde i tjenesteforhold til en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, kun beskattes i denne stat.

2. Uanset bestemmelserne i stykke 1 kan betalinger, som en fysisk person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, oppebærer i henhold til sociallovgivningen i den anden kontraherende stat, kun beskattes i denne anden stat.

3. Pensioner og andre periodiske eller ikke-periodiske betalinger, som en kontraherende stat eller en anden juridisk person under denne stats offentligretlige eller privatretlige lovgivning yder som godtgørelse for skade, der er opstået som følge af krigshandlinger eller politisk forfølgelse, kan kun beskattes i denne stat.

4. For så vidt angår en fysisk person, som var hjemmehørende i en kontraherende stat og som er blevet hjemmehørende i den anden kontraherende stat, skal stykke 1 eller artikel 21 ikke berøre den førstnævnte stats ret til i henhold til dens nationale lovgivning at beskatte pensioner, andre lignende betalinger og livrenter, som tilfalder en sådan fysisk person fra den førstnævnte stat, med mindre en sådan fysisk person blev hjemmehørende i den anden stat, før denne overenskomst trådte i kraft.

5. Udtrykket „livrente" betyder en fastsat sum, der er periodisk betalbar til fastsatte tidspunkter, enten for livstid eller for et bestemt tidsrum eller et tidsrum, som lader sig bestemme, i henhold til en forpligtelse til at præstere disse betalinger mod rimeligt og fuldt vederlag i penge eller penges værdi.

6. Underholdsbidrag og andre tilsvarende ydelser, der hidrører fra en kontraherende stat og betales til en person, der er hjemmehørende i den anden kontraherende stat, kan kun beskattes i denne anden stat. Ved fastsættelsen af skattepligtig indkomst for en fysisk person, der er hjemmehørende i Forbundsrepublikken Tyskland, skal der indrømmes fradrag for underholdsbidrag og lignende beløb, som er betalt til en fysisk person, der er hjemmehørende i Danmark, med det beløb, som ville være indrømmet, hvis den sidstnævnte person var omfattet af fuld skattepligt til Forbundsrepublikken Tyskland.

Artikel 19

Zahlungen aus öffentlichen Kassen

(1) Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder, einer ihrer Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts eines der beiden Staaten an eine natürliche Person für geleistete Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden. Diese Vergütungen können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden, die natürliche Person in diesem Staat ansässig und nicht ein Staatsangehöriger des erstgenannten Staates ist und der erstgenannte Staat von dem ihm nach Satz 1 zustehenden Besteuerungsrecht nach seiner Gesetzgebung keinen Gebrauch machen kann.

(2) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder, einer ihrer Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts eines der beiden Staaten an eine natürliche Person für frühere Dienstleistungen gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.

(3) Auf Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats, eines seiner Länder, einer ihrer Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts eines der Staaten erbracht werden, sind die Artikel 15, 16 und 18 anzuwenden.

Artikel 19

Offentlige hverv

1. Vederlag – undtagen pensioner – der udbetales af en kontraherende stat, en enkeltstat („Land"), en politisk underafdeling eller lokal myndighed eller en anden juridisk person under den offentligretlige lovgivning i en af de to stater til en fysisk person for udførelse af hverv, kan kun beskattes i denne stat. Sådant vederlag kan imidlertid kun beskattes i den anden kontraherende stat, hvis hvervet er udført i denne stat, hvis den fysiske person er hjemmehørende i denne stat og ikke er statsborger i den førstnævnte stat, og den førstnævnte stat ikke i henhold til dens lovgivning har hjemmel til at påligne den i første sætning omhandlede skat.

2. Pensioner, som udbetales af en kontraherende stat, en enkeltstat („Land"), en politisk underafdeling eller lokal myndighed eller en anden juridisk person under den offentligretlige lovgivning i en af de to stater til en fysisk person for tidligere udførelse af hverv, kan kun beskattes i denne stat.

3. Bestemmelserne i artiklerne 15, 16 og 18 skal finde anvendelse på vederlag og pensioner, der udbetales for udførelse af hverv i forbindelse med erhvervsvirksomhed, der drives af en kontraherende stat, en enkeltstat („Land"), en politisk underafdeling eller lokal myndighed eller en anden juridisk person under den offentligretlige lovgivning i en af de to stater.

(4) Absatz 1 und, soweit Buchstabe a betroffen ist, die Absätze 1 und 2 gelten auch für Zahlungen, die geleistet werden

a) im Fall der Bundesrepublik Deutschland von der Deutschen Post AG, der Deutschen Postbank AG, der Deutschen Telekom AG und der Deutschen Bundesbahn AG an Beamte sowie von der Deutschen Bundesbank und im Falle Dänemarks von „Post og Telegrafvaesenet“, „De Danske Statsbaner“ und „Danmarks Nationalbank“;

b) von oder für das deutsche Goethe-Institut, das Dänische Kulturinstitut („Det Danske Kulturinstitut“) sowie andere ähnliche oder vergleichbare Institutionen, die von den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bestimmt werden, und die für Dienstleistungen an diese Institutionen erbracht werden;

c) aus öffentlichen Kassen eines Vertragsstaats als Ausgleich an vorübergehend im anderen Vertragsstaat beschäftigte Lehrkräfte, und für solche Zahlungen, die aus öffentlichen Kassen unmittelbar oder mittelbar von Institutionen geleistet werden, die von den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bestimmt werden.

Unterliegen diese Zahlungen in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nicht der Besteuerung, so gilt Artikel 15.

4. Stykke 1 og, i tilfælde af litra a) nedenfor, stykke 1 og 2 skal også finde anvendelse for beløb, som er betalt

a) for så vidt angår Forbundsrepublikken Tyskland af „Deutsche Post AG“, „Deutsche Postbank AG“, „Deutsche Telekom AG“, og „Deutsche Bundesbahn AG“, til tjenestemænd, så vel som beløb betalt af den tyske centralbank („Deutsche Bundesbank“), og for så vidt angår Danmark af Post- og Telegrafvæsenet, Danske Statsbaner og Danmarks Nationalbank;

b) af eller på vegne af det tyske Goethe Institut eller Det Danske Kulturinstitut, så vel som andre lignende eller tilsvarende institutioner, som bestemmes af de kontraherende staters kompetente myndigheder, for hverv udført for disse institutioner;

c) som et udligningstillæg fra offentlige midler i en kontraherende stat til lærer-personale, som er midlertidigt ansat i den anden kontraherende stat, og for sådanne beløb, som betales direkte eller indirekte fra offentlige midler af institutioner, som bestemmes af de kontraherende staters kompetente myndigheder.

I tilfælde, hvor sådanne beløb ikke er skattepligtige i den kontraherende stat, hvorfra de er betalt, skal bestemmelserne i artikel 15 finde anvendelse.

Artikel 20

Studenten

Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

Artikel 20

Studerende

Beløb, som en studerende, erhvervspraktikant eller lærling, som er eller umiddelbart før besøget i en kontraherende stat var hjemmehørende i den anden kontraherende stat, og som opholder sig i den førstnævnte stat udelukkende i studie- eller uddannelsesøjemed, modtager til sit underhold, sit studium eller sin uddannelse, skal ikke beskattes i den førstnævnte stat under forudsætning af, at sådanne beløb hidrører fra kilder uden for denne stat.

Artikel 21

Andere Einkünfte

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, können ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe f nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

Artikel 21

Andre indkomster

1. Indkomster, der oppebæres af en i en kontraherende stat hjemmehørende person, og som ikke er behandlet i de foranstående artikler, kan, uanset hvorfra de hidrører, kun beskattes i denne stat.

2. Bestemmelserne i stykke 1 skal ikke finde anvendelse på anden indkomst end indkomst af fast ejendom som defineret i artikel 3, stykke 1, litra f), såfremt den i en kontraherende stat hjemmehørende modtager af sådan indkomst driver erhvervsvirksomhed i den anden kontraherende stat gennem et dér beliggende fast driftssted, eller udøver frit erhverv i denne anden stat fra et dér beliggende fast sted, og den rettighed eller ejendom, som ligger til grund for den udbetalte indkomst, har direkte forbindelse med et sådant fast driftssted eller fast sted. I så fald skal bestemmelserne henholdsvis i artikel 7 eller i artikel 14 finde anvendelse.

Artikel 22

Vermögen

(1) Unbewegliches Vermögen, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, kann im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Staat zur Verfügung steht, kann im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und Schiffe, die der Binnenschiffahrt dienen, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser

Artikel 22

Formue

1. Fast ejendom, som ejes af en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, og som er beliggende i den anden kontraherende stat, kan beskattes i denne anden stat.

2. Rørlig formue, der udgør en del af erhvervsformuen i et fast driftssted, som et foretagende i en kontraherende stat har i den anden kontraherende stat, eller rørlig formue, der hører til et fast sted, som en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, har til rådighed til udøvelse af frit erhverv i den anden kontraherende stat, kan beskattes i denne anden stat.

3. Skibe og luftfartøjer, der anvendes i international trafik, både, der anvendes ved transport ad indre vandveje, samt rørlig formue, som er knyttet til driften af sådanne skibe, luftfartøjer og både, kan

Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet. Artikel 8 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden. Im Zusammenhang mit dem Vermögen des dänischen, norwegischen und schwedischen Lufttransportkonsortiums Scandinavian Airlines System (SAS) gilt dieser Absatz nur für den Teil des Vermögens, der der Beteiligung der Det Danske Luftfartsselskab (DDL), des dänischen Gesellschafters des Scandinavian Airlines System (SAS), an dem Konsortium entspricht.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

kun beskattes i den kontraherende stat, hvori foretagendets virkelige ledelse har sit sæde. Artikel 8, stykke 3, skal finde tilsvarende anvendelse. Med hensyn til formue i det danske, norske og svenske luftfartskonsortium Scandinavian Airlines System (SAS) skal bestemmelserne i dette stykke kun finde anvendelse på den del af formuen, som svarer til den andel i konsortiet, der ejes af den danske partner i Scandinavian Airlines System (SAS), Det Danske luftfartsselskab (DDL).

4. Al anden formue tilhørende en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, kan kun beskattes i denne stat.

Artikel 23

Tätigkeiten im Zusammenhang mit vorbereitenden Untersuchungen und der Erforschung von Kohlenwasserstoffvorkommen sowie der Förderung von Kohlenwasserstoffen

(1) Ungeachtet der Bestimmungen der Artikel 5 und 14 wird eine in einem Vertragsstaat ansässige Person, die Tätigkeiten im Zusammenhang mit vorbereitenden Untersuchungen und der Erforschung von Kohlenwasserstoffvorkommen sowie der Förderung von Kohlenwasserstoffen im anderen Vertragsstaat ausübt, so behandelt, als übe sie in diesem Zusammenhang eine gewerbliche Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder feste Einrichtung aus.

(2) Absatz 1 gilt nicht, wenn die Tätigkeiten für einen Zeitraum von insgesamt höchstens 30 Tagen innerhalb einer Zeitspanne von 12 Monaten ausgeübt werden. Für die Zwecke dieses Absatzes gelten jedoch Tätigkeiten, die von einem Unternehmen ausgeübt werden, das mit einem anderen Unternehmen im Sinne von Artikel 9 verbunden ist, als von dem Unternehmen ausgeübt, mit dem es verbunden ist, wenn die betroffenen Tätigkeiten im wesentlichen die gleichen sind wie diejenigen, die von dem letztgenannten Unternehmen ausgeübt werden.

(3) Ungeachtet der Bestimmungen der Absätze 1 und 2 gelten die Offshore-Tätigkeiten einer Bohrinsel nur dann als Betriebsstätte, wenn die Tätigkeiten für einen Zeitraum von insgesamt mehr als 365 Tagen innerhalb einer Zeitspanne von 18 Monaten ausgeübt werden. Für die Zwecke dieses Absatzes gelten jedoch Tätigkeiten, die von einem Unternehmen ausgeübt werden, das mit einem anderen Unternehmen im Sinne des Artikels 9 verbunden ist, als von dem Unternehmen ausgeübt, mit dem es verbunden ist, wenn die betroffenen Tätigkeiten im wesentlichen die gleichen sind wie diejenigen, die von dem letztgenannten Unternehmen ausgeübt werden.

(4) Ungeachtet der Bestimmungen der Absätze 1 und 2 können Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Beförderung von Vorräten oder Personal mit Seeschiffen oder Luftfahrzeugen an einen Ort, an dem Offshore-Tätigkeiten im Zusammenhang mit vorbereitenden Untersuchungen und der Erforschung von Kohlenwasserstoffvorkommen sowie der Förderung von Kohlenwasserstoffen im anderen Vertragsstaat ausgeübt werden, oder aus dem Betrieb von Schleppern und ähnlichen Schiffen im Zusammenhang mit diesen Tätigkeiten bezieht, nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(5) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige natürliche Person aus unselbständiger Arbeit an Bord eines Schiffes oder Luftfahrzeugs nach Absatz 4 bezieht, werden in Übereinstimmung mit Artikel 15 Absatz 3 besteuert.

(6) Ungeachtet der Bestimmungen des Artikels 13 ist ein Veräußerungsgewinn, der einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person im Zusammenhang mit Bohrinseln, die für die in Absatz 3 erwähnten Tätigkeiten benutzt werden, zugerechnet wird, wenn die Bohrinsel-Tätigkeiten im anderen Vertragsstaat nicht mehr besteuert werden, von der Steuer im anderen Staat befreit. Für die

Artikel 23

Virksomhed i forbindelse med forundersøgelser, efterforskning eller udvinding af kulbrinter

1. Uanset bestemmelserne i artiklerne 5 og 14 skal en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat og udøver virksomhed i forbindelse med forundersøgelser, efterforskning eller udvinding af kulbrinter i den anden kontraherende stat, med hensyn til denne virksomhed anses for at udøve virksomhed i denne anden kontraherende stat gennem et dér beliggende fast driftssted eller fast sted.

2. Bestemmelserne i stykke 1 skal ikke finde anvendelse i tilfælde, hvor virksomheden er udøvet i en periode eller perioder, der sammenlagt ikke overstiger 30 dage i en 12 måneders periode. Ved anvendelsen af dette stykke skal imidlertid virksomhed, udøvet af et foretagende, der er forbundet med et andet foretagende som omhandlet i artikel 9, anses som udøvet af det foretagende, til hvilket det er forbundet, hvis den pågældende virksomhed er væsentlig den samme som den, der udøves af det sidstnævnte foretagende.

3. Uanset bestemmelserne i stykke 1 og 2, skal boreplatformvirksomhed udøvet uden for kysten kun udgøre et fast driftssted, hvis virksomheden er udøvet i en periode eller perioder, der sammenlagt overstiger 365 dage inden for en 18 måneders periode. Ved anvendelsen af dette stykke skal imidlertid virksomhed, udøvet af et foretagende, der er forbundet med et andet foretagende som omhandlet i artikel 9, anses som udøvet af det foretagende, til hvilket det er forbundet, hvis den pågældende virksomhed er væsentlig den samme som den, der udøves af det sidstnævnte foretagende.

4. Uanset bestemmelserne i stykke 1 og 2, kan fortjeneste, der oppebæres af en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, ved transport med skib eller luftfartøj af forsyninger eller mandskab til et sted, hvor der i den anden kontraherende stat drives virksomhed uden for kysten i forbindelse med forundersøgelser, efterforskning eller udvinding af kulbrinter, eller ved drift af bugserbåde og lignende fartøjer i forbindelse med sådan virksomhed, kun beskattes i den kontraherende stat, i hvilken foretagendets virkelige ledelse har sit sæde.

5. Gage, løn og andre lignende vederlag, som en fysisk person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, oppebærer for personligt arbejde i tjenesteforhold, som udføres om bord på et skib eller luftfartøj, som omhandlet i stykke 4, skal beskattes i overensstemmelse med artikel 15, stykke 3.

6. Uanset bestemmelserne i artikel 13, skal kapitalgevinst på boreplatforme anvendt i forbindelse med den i stykke 3 nævnte virksomhed, som anses for oppebåret af en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, når boreplatformvirksomheden ophører med at være skattepligtig i den anden kontraherende stat, være fritaget for beskatning i denne anden stat. Ved anven-

Zwecke dieses Absatzes bedeutet der Ausdruck „Veräußerungsgewinn" den Betrag, um den der Marktwert den um in Anspruch genommene Abschreibungen erhöhten Restwert im Zeitpunkt der Übertragung übersteigt.

delsen af dette stykke betyder udtrykket „kapitalgevinst" det beløb, hvormed markedsværdien på tidspunktet for overførslen overstiger restværdien på dette tidspunkt forhøjet med enhver foretagen nedskrivning.

Artikel 24

Vermeidung der Doppelbesteuerung

(1) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

a) Soweit nicht Buchstabe b anzuwenden ist, werden von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer die Einkünfte aus Dänemark sowie die in Dänemark gelegenen Vermögenswerte ausgenommen, die nach diesem Abkommen in Dänemark besteuert werden können. Die Bundesrepublik Deutschland behält aber das Recht, die so ausgenommenen Einkünfte und Vermögenswerte bei der Festsetzung des Steuersatzes zu berücksichtigen.

Auf Dividenden sind die vorstehenden Bestimmungen nur dann anzuwenden, wenn die Dividenden an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft von einer in Dänemark ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren Kapital zu mindestens 10 vom Hundert unmittelbar der deutschen Gesellschaft gehört.

Für die Zwecke der Steuern vom Vermögen werden von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer ebenfalls Beteiligungen ausgenommen, deren Dividenden, falls solche gezahlt werden, nach dem vorhergehenden Satz von der Steuerbemessungsgrundlage auszunehmen wären.

b) Auf die deutsche Steuer vom Einkommen wird unter Beachtung der Vorschriften des deutschen Steuerrechts über die Anrechung ausländischer Steuern die dänische Steuer angerechnet, die nach den Rechtsvorschriften und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen von den nachstehenden Einkünften gezahlt worden ist:

aa) Dividenden, die nicht unter Buchstabe a fallen;

bb) Einkünfte, die in Dänemark nach den Artikeln 13 Absatz 1 Satz 2, 15 Absatz 4, 16, 17, 18 Absatz 4 und 23 besteuert werden können.

c) Verwendet eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft Einkünfte aus Quellen innerhalb Dänemarks zur Ausschüttung, so schließen die Buchstaben a und b die Herstellung der Ausschüttungsbelastung nach den Vorschriften des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland nicht aus.

(2) Die Doppelbesteuerung wird in Dänemark vermieden:

a) Vorbehaltlich des Buchstabens f läßt Dänemark in den Fällen, in denen eine in Dänemark ansässige Person Einkünfte bezieht oder Vermögenswerte besitzt, die nach diesem Abkommen in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können,

aa) zum Abzug von der Steuer vom Einkommen dieser Person einen Betrag zu, der der in der Bundesrepublik Deutschland gezahlten Steuer vom Einkommen (einschließlich einer etwaigen Gewerbeertragsteuer) entspricht;

bb) zum Abzug von der Steuer vom Vermögen dieser Person einen Betrag zu, der der in der Bundesrepublik Deutschland gezahlten Vermögensteuer (einschließlich einer etwaigen Gewerbekapitalsteuer) entspricht.

b) Der Abzug darf aber in keinem Fall den Teil der vor dem Abzug ermittelten Einkommensteuer oder Vermögensteuer übersteigen, der auf das Einkommen oder das Vermögen entfällt, das in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden kann.

c) Vorbehaltlich des Buchstabens d sind Dividenden, die von einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Gesell-

Artikel 24

Undgåelse af dobbeltbeskatning

1. For så vidt angår en person, der er hjemmehørende i Forbundsrepublikken Tyskland, bestemmes beskatningen efter følgende regler:

a) Såfremt bestemmelserne i litra b) ikke finder anvendelse, skal der fra grundlaget for tysk skat undtages indkomst fra Danmark og i Danmark beliggende formuegoder, som i henhold til denne overenskomst kan beskattes i Danmark. Forbundsrepublikken Tyskland forbeholder sig dog retten til at tage hensyn til den således undtagne indkomst eller formuegode ved fastsættelsen af skattesatsen.

Med hensyn til udbytte skal de foranstående bestemmelser kun finde anvendelse, når udbyttet er betalt til et selskab, som er hjemmehørende i Forbundsrepublikken Tyskland, af et selskab, der er hjemmehørende i Danmark, og hvori mindst 10 pct. af kapitalen er direkte ejet af det tyske selskab.

For så vidt angår formueskatter, skal der fra grundlaget for tysk skat ligeledes undtages enhver aktiebeholdning, hvoraf udbytter, såfremt sådanne betales, i henhold til den umiddelbart foranstående sætning ville være undtaget fra beskatningsgrundlaget.

b) Under forbehold for de tyske skatteregler for fradrag for udenlandsk skat, skal der indrømmes fradrag i tysk indkomstskat for dansk skat, som er betalt i henhold til lovgivningen og i overensstemmelse med denne overenskomst af følgende typer af indkomst:

aa) udbytte, som ikke er omfattet af litra a);

bb) indkomst, som kan beskattes i Danmark i henhold til artikel 13, stykke 1, anden sætning, artikel 15, stykke 4, artikel 16, artikel 17, artikel 18, stykke 4, og artikel 23.

c) Når et selskab, der er hjemmehørende i Forbundsrepublikken Tyskland, udlodder indkomst, som er oppebåret fra kilder i Danmark, skal litra a) og b) ikke udelukke en kompenserende påligning af selskabsskat på sådanne udlodninger i henhold til bestemmelserne i skattelovgivningen i Forbundsrepublikken Tyskland.

2. Dobbeltbeskatning skal undgås således i Danmark:

a) Hvor en person, der er hjemmehørende i Danmark, oppebærer indkomst eller ejer formue, som i henhold til bestemmelserne i denne overenskomst kan beskattes i Forbundsrepublikken Tyskland, skal Danmark, såfremt bestemmelserne i litra f) ikke medfører andet, indrømme

aa) fradrag i denne persons indkomstskat med et beløb svarende til den indkomstskat (herunder den del af eventuel erhvervsskat, som falder på indtægten), som er betalt i Forbundsrepublikken Tyskland;

bb) fradrag i denne persons formueskat med et beløb svarende til den formueskat (herunder den del af eventuel erhvervsskat, som falder på formuen), som er betalt i Forbundsrepublikken Tyskland.

b) Et sådant fradrag skal imidlertid ikke i noget tilfælde kunne overstige den del af indkomstskatten eller formueskatten, beregnet før sådant fradrag, der svarer til henholdsvis den indkomst eller den formue, som kan beskattes i Forbundsrepublikken Tyskland.

c) Såfremt bestemmelserne i litra d) ikke medfører andet, skal udbytte, udbetalt af et selskab, der er hjemmehørende i For-

schaft an eine in Dänemark ansässige Gesellschaft gezahlt werden, der unmittelbar oder mittelbar mindestens 10 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft gehören, von der dänischen Steuer befreit.

d) Buchstabe c gilt nur insoweit, als

aa) der Gewinn, aus dem die Dividenden gezahlt werden, mit der allgemeinen Körperschaftsteuer in der Bundesrepublik Deutschland oder mit einer der dänischen Steuer vergleichbaren Steuer in der Bundesrepublik Deutschland oder in einem anderen Staat belegt worden ist; oder

bb) es sich bei den Dividenden, die von der in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, um Dividenden handelt, die für Anteile oder sonstige Rechte an einer in einem dritten Staat ansässigen Gesellschaft bezogen werden und die von der dänischen Steuer befreit gewesen wären, wenn die Anteile oder Rechte unmittelbar von der in Dänemark ansässigen Gesellschaft gehalten worden wären.

e) Bei Dividenden, die von einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Gesellschaft an eine in Dänemark ansässige Gesellschaft gezahlt werden, der unmittelbar oder mittelbar mindestens 10 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft gehören, wird, wenn die Dividenden nicht nach Buchstabe c von der dänischen Steuer befreit sind, bei der Anrechnung die deutsche Steuer einschließlich des auf den Ertrag entfallenden Anteils der Gewerbesteuer berücksichtigt, die von der die Dividenden zahlenden Gesellschaft auf den Gewinn zu entrichten ist, aus dem die Dividenden gezahlt werden.

f) Bezieht eine in Dänemark ansässige Person Einkünfte oder besitzt sie Vermögenswerte, die nach diesem Abkommen nur in der Bundesrepublik Deutschland oder dort nach Artikel 15 Absätze 1 und 3 besteuert werden können, so kann Dänemark diese Einkünfte oder Vermögenswerte in die Bemessungsgrundlage einbeziehen, läßt jedoch zum Abzug von der Einkommensteuer oder Vermögensteuer den Teil der Einkommensteuer oder Vermögensteuer zu, der auf die Einkünfte aus der Bundesrepublik Deutschland oder auf das dort gelegene Vermögen entfällt.

g) Auf Einkünfte, die nach Artikel 15 Absätze 1 und 3 in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können, ist Buchstabe f nur anzuwenden, wenn der in Dänemark zuständigen Behörde Unterlagen darüber vorgelegt werden, daß Vorkehrungen für die Zahlung der deutschen Steuer auf diese Einkünfte getroffen worden sind.

(3) Für die Zwecke dieses Artikels gelten Gewinne oder Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person als aus Quellen innerhalb des anderen Vertragsstaats stammend, wenn sie in Übereinstimmung mit diesem Abkommen im anderen Vertragsstaat besteuert werden.

bundsrepublikken Tyskland, til et selskab, der er hjemmehørende i Danmark, og som direkte eller indirekte ejer mindst 10 pct. af aktiekapitalen i det udbyttebetalende selskab, være fritaget for dansk skat.

d) Bestemmelserne i litra c) skal kun finde anvendelse i det omfang,

aa) indkomsten, hvoraf udbytterne er betalt, har været omfattet af den almindelige selskabsbeskatning i Forbundsrepublikken Tyskland, eller af en skat i Forbundsrepublikken Tyskland eller i en anden stat, som kan sammenlignes med dansk skat; eller

bb) det, for så vidt angår udbytter, betalt af et selskab, der er hjemmehørende i Forbundsrepublikken Tyskland, drejer sig om udbytter, som vedrører aktier eller andre rettigheder i et selskab, der er hjemmehørende i en tredje stat, og som ville være fritaget for dansk skat, hvis disse aktier eller rettigheder var ejet direkte af det selskab, der er hjemmehørende i Danmark.

e) For så vidt angår udbytter, betalt af et selskab, der er hjemmehørende i Forbundsrepublikken Tyskland, til et selskab, der er hjemmehørende i Danmark, og som ejer direkte eller indirekte mindst 10 pct. af aktiekapitalen i det udbyttebetalende selskab, skal der, hvis udbytterne ikke er fritaget for dansk skat i henhold til bestemmelserne i litra c), ved beregningen af fradrag tages hensyn til den tyske skat (herunder den del af erhvervsskatten, som falder på indtægten), som skal svares af det udbyttebetalende selskab af den fortjeneste, hvoraf udbytterne er betalt.

f) Hvor en person, der er hjemmehørende i Danmark, oppebærer indkomst eller ejer formue, som i henhold til bestemmelserne i denne overenskomst kun kan beskattes i Forbundsrepublikken Tyskland, eller som i henhold til bestemmelsen i artikel 15, stykke 1 og 3, kan beskattes i Forbundsrepublikken Tyskland, kan Danmark medregne denne indkomst eller formue i beskatningsgrundlaget, men skal indrømme fradrag i indkomstskatten eller formueskatten med den del af indkomstskatten eller formueskatten, som svarer til den indkomst, der hidrører fra, eller formue, der ejes i Forbundsrepublikken Tyskland.

g) For indkomst, der kan beskattes i Tyskland i henhold til artikel 15, stykke 1 og 3, skal bestemmelserne i litra f) kun finde anvendelse i tilfælde, hvor der for de kompetente myndigheder i Danmark forelægges dokumentbevis for, at der er taget skridt til betaling af tysk skat på denne indkomst.

3. Ved anvendelsen af denne overenskomst skal fortjeneste eller indkomst for en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, anses for at hidrøre fra kilder i den anden kontraherende stat, hvis de er beskattet i den anden kontraherende stat i henhold til bestemmelserne i denne overenskomst.

Abschnitt III

Besteuerung von Nachlässen, Erbschaften und Schenkungen

Artikel 25

Besteuerungsregeln

(1) Unbewegliches Vermögen, das Teil des Nachlasses oder einer Schenkung einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person ist und im anderen Vertragsstaat liegt, kann im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen eines Unternehmens, das Teil des Nachlasses oder einer Schenkung einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person ist und

Kapitel III

Beskatning af dødsboer, arv og gave

Artikel 25

Beskatningsregler

1. Fast ejendom, som udgør en del af dødsboet efter, eller en del af en gave ydet af, en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, og som er beliggende i den anden kontraherende stat, kan beskattes i denne anden stat.

2. Et foretagendes rørlige formue, som udgør en del af dødsboet efter, eller en del af en gave ydet af, en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, og

a) Betriebsvermögen einer im anderen Vertragsstaat gelegenen Betriebsstätte darstellt, oder

b) der Ausübung eines freien Berufs oder einer sonstigen selbständigen Tätigkeit dient und zu einer im anderen Vertragsstaat gelegenen festen Einrichtung gehört,

kann im anderen Staat besteuert werden.

(3) Alles andere Vermögen, das Teil des Nachlasses oder einer Schenkung einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person ist, kann ohne Rücksicht auf seine Belegenheit nur in diesem Staat besteuert werden, soweit Artikel 26 nichts anderes bestimmt.

a) som udgør erhvervsformuen i et fast driftssted, der er beliggende i den anden kontraherende stat, eller

b) som anvendes ved udøvelsen af frit erhverv eller anden virksomhed af selvstændig karakter, og som hører til et fast sted i den anden kontraherende stat,

kan beskattes i denne anden stat.

3. Al anden formue, som udgør en del af dødsboet efter, eller en del af en gave ydet af, en person, der er hjemmehørende i en kontraherende stat, kan, uanset hvor den befinder sig, kun beskattes i denne stat, med mindre andet er bestemt i artikel 26.

Artikel 26

Vermeidung der Doppelbesteuerung

(1) Die Doppelbesteuerung wird im Falle der Bundesrepublik Deutschland wie folgt vermieden:

a) War der Erblasser im Zeitpunkt seines Todes oder der Schenker im Zeitpunkt der Schenkung in der Bundesrepublik Deutschland ansässig, so rechnet die Bundesrepublik Deutschland nach Maßgabe der Vorschriften des deutschen Rechts über die Anrechnung ausländischer Steuern auf die nach ihrem Recht festgesetzte Steuer die Steuer an, die in Dänemark für das Vermögen gezahlt wird, das nach Artikel 25 Absätze 1 und 2 in Dänemark besteuert werden kann.

b) War der Erwerber im Zeitpunkt des Todes des Erblassers oder der Schenkung in der Bundesrepublik Deutschland ansässig, so kann die Bundesrepublik Deutschland das gesamte von dieser Person erworbene Vermögen besteuern und rechnet nach Maßgabe der Vorschriften des deutschen Rechts über die Anrechnung ausländischer Steuern auf die nach ihrem Recht festgesetzte Steuer die Steuer an, die in Dänemark für alles Vermögen gezahlt wird, das nicht nach Artikel 25 Absätze 1 und 2 in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden kann.

(2) Die Doppelbesteuerung wird im Falle Dänemarks wie folgt vermieden:

a) War der Erblasser im Zeitpunkt seines Todes oder der Schenker im Zeitpunkt der Schenkung in Dänemark ansässig, so rechnet Dänemark nach Maßgabe der Vorschriften des dänischen Rechts über die Anrechnung ausländischer Steuern auf die nach dänischem Recht festgesetzte Steuer die Steuer an, die in der Bundesrepbulik Deutschland für das Vermögen gezahlt wird, das nach Artikel 25 Absätze 1 und 2 in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden kann.

b) War der Erwerber im Zeitpunkt des Todes des Erblassers oder der Schenkung in Dänemark ansässig, so kann Dänemark das gesamte von dieser Person erworbene Vermögen besteuern und rechnet nach Maßgabe der Vorschriften des dänischen Rechts über die Anrechnung ausländischer Steuern auf die nach dänischem Recht festgesetzte Steuer die Steuer an, die in der Bundesrepublik Deutschland für alles Vermögen gezahlt wird, das nicht nach Artikel 25 Absätze 1 und 2 in Dänemark besteuert werden kann.

(3) Der nach den Absätzen 1 und 2 jeweils anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten deutschen beziehungsweise dänischen Steuern nicht übersteigen, der auf das Vermögen entfällt, für das die Anrechnung zu gewähren ist.

Artikel 26

Undgåelse af dobbeltbeskatning

1. For så vidt angår Forbundsrepublikken Tyskland, skal dobbeltbeskatning undgås på følgende måde:

a) Såfremt arveladeren ved sin død eller giveren på gavetidspunktet var hjemmehørende i Forbundsrepublikken Tyskland, skal Forbundsrepublikken Tyskland, med forbehold af bestemmelserne i tysk lovgivning om fradrag for udenlandsk skat, indrømme fradrag i skat, som er pålignet i henhold til tysk lovgivning, for skat betalt i Danmark på formue, som kan beskattes i Danmark i henhold til artikel 25, stykke 1 og 2.

b) Såfremt den begunstigede ved arveladers død eller på gavetidspunktet var hjemmehørende i Forbundsrepublikken Tyskland, kan Forbundsrepublikken Tyskland beskatte al formue, som er erhvervet af denne person, men skal, med forbehold af bestemmelserne i tysk lovgivning om fradrag for udenlandsk skat, indrømme fradrag i skat, som er pålignet i henhold til tysk lovgivning, for skat betalt i Danmark på formue, som ikke kan beskattes i Forbundsrepublikken Tyskland i henhold til artikel 25, stykke 1 og 2.

2. For så vidt angår Danmark, skal dobbeltbeskatning undgås efter følgende regler:

a) Såfremt arveladeren ved sin død eller giveren på gavetidspunktet var hjemmehørende i Danmark, skal Danmark med forbehold af bestemmelserne i dansk lovgivning om fradrag for udenlandsk skat, indrømme fradrag i skat, som er pålignet i henhold til dansk lovgivning, for skat betalt i Forbundsrepublikken Tyskland på formue,.som kan beskattes i Forbundsrepublikken Tyskland i henhold til artikel 25, stykke 1 og 2.

b) Såfremt den begunstigede ved arveladers død eller på gavetidspunktet var hjemmehørende i Danmark, kan Danmark beskatte al formue, som er erhvervet af denne person, men skal, med forbehold af bestemmelserne i dansk lovgivning om fradrag for udenlandsk skat, indrømme fradrag i skat, som er pålignet i henhold til dansk lovgivning, for skat betalt i Forbundsrepublikken Tyskland på formue, som ikke kan beskattes i Danmark i henhold til artikel 25, stykke 1 og 2.

3. Fradraget efter stykke 1 og 2 skal dog ikke kunne overstige den del af den tyske, henholdsvis danske skat, som er beregnet før fradraget, som kan henføres til den formue, for hvilken der er indrømmet fradrag.

Artikel 27

Fünf-Jahres-Regel

(1) War der Erblasser im Zeitpunkt seines Todes oder der Schenker im Zeitpunkt der Ausführung der Schenkung

a) Staatsangehöriger eines Vertragsstaats, ohne gleichzeitig Staatsangehöriger des anderen Vertragsstaats zu sein,

b) im erstgenannten Staat nach dessen Steuerrecht unbeschränkt steuerpflichtig, und

Artikel 27

5 års regel

1. Hvis arvelader på tidspunktet for sin død eller giveren på gavetidspunktet

a) var statsborger i en kontraherende stat uden samtidigt at være statsborger i den anden kontraherende stat,

b) var fuld skattepligtig i førstnævnte stat i henhold til denne stats skattelovgivning, og

c) war er in dem anderen Staat aufgrund des Artikels 4 Absatz 1 Buchstabe b für die Dauer von nicht mehr als fünf Jahren ansässig gewesen,

so gilt er abweichend von Artikel 4 als in dem Vertragsstaat ansässig, dessen Staatsangehöriger er war.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für einen Erben oder Beschenkten, wenn er in seiner Person im Zeitpunkt des Erbfalls oder der Schenkung die Voraussetzungen des Absatzes 1 erfüllt.

Artikel 28

Schuldenabzug

(1) Schulden, die durch das in Artikel 25 genannte Vermögen besonders gesichert sind, werden vom Wert dieses Vermögens abgezogen. Schulden, die zwar nicht durch das in Artikel 25 genannte Vermögen besonders gesichert sind, die aber im Zusammenhang mit dem Erwerb, der Änderung, der Instandsetzung oder der Instandhaltung solchen Vermögens entstanden sind, werden vom Wert dieses Vermögens abgezogen.

(2) Vorbehaltlich des Absatzes 1 werden Schulden, die mit einer in Artikel 25 Absatz 2 genannten Betriebsstätte oder einer in Artikel 25 Absatz 2 genannten festen Einrichtung zusammenhängen, vom Wert der Betriebsstätte beziehungsweise der festen Einrichtung abgezogen.

(3) Die anderen Schulden werden vom Wert des Vermögens abgezogen, für das Artikel 25 gilt.

(4) Übersteigt eine Schuld den Wert des Vermögens, von dem sie in einem Vertragsstaat nach den Absätzen 1 oder 2 abzuziehen ist, so wird der übersteigende Betrag vom Wert des übrigen Vermögens, das in diesem Staat besteuert werden kann, abgezogen.

(5) Verbleibt in einem Vertragsstaat nach den Abzügen, die aufgrund der Absätze 3 oder 4 vorzunehmen sind, ein Schuldenrest, so wird dieser vom Wert des Vermögens, das im anderen Vertragsstaat besteuert werden kann, abgezogen.

(6) Ist ein Vertragsstaat nach den Absätzen 1 bis 5 verpflichtet, einen höheren als nach seinem Recht vorgesehenen Schuldenabzug vorzunehmen, so gelten die genannten Absätze nur insoweit, als der andere Vertragsstaat nicht verpflichtet ist, die gleichen Schulden nach seinem innerstaatlichen Recht abzuziehen.

Abschnitt IV

Beistand in Steuersachen

Artikel 29

Gegenstand des Beistands

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten leisten sich gegenseitig Beistand. Der Beistand umfaßt

a) den Informationsaustausch,

b) die Unterstützung bei der Beitreibung, einschließlich Sicherungsmaßnahmen, und

c) die Bekanntgabe von Schriftstücken.

(2) Der Beistand umfaßt auch Feststellungen und andere Maßnahmen zugunsten des Steuerpflichtigen sowie zur Vermeidung der Doppelbesteuerung. Dies gilt insbesondere für zeitlich abgestimmte Maßnahmen der Steuerverwaltungen. Wenn Beistandsmaßnahmen zu einer Doppelbesteuerung führen können, wird die Doppelbesteuerung in gegenseitigem Einvernehmen nach Artikel 43 vermieden.

(3) Finanzgerichte der Vertragsstaaten leisten sich in bezug auf Steuern, die in ihre Zuständigkeit fallen und für die dieses Abkommen gilt, gegenseitig auf Ersuchen unter Vermittlung der dafür zuständigen Behörden nach Maßgabe dieses Abkommens Rechtshilfe.

c) havde været hjemmehørende i den anden stat ifølge artikel 4, stykke 1, litra b) i en periode, som ikke overstiger 5 år,

skal han, uanset bestemmelserne i artikel 4, anses for at have været hjemmehørende i den kontraherende stat, hvor han var statsborger.

2. Stykke 1 skal finde tilsvarende anvendelse på en arving eller begunstiget, som på tidspunktet for arvefaldet eller gaven selv opfylder betingelserne, som er stillet i stykke 1.

Artikel 28

Fradrag af gæld

1. Gæld, som særligt er sikret i de i artikel 25 omtalte formuegoder, skal fradrages i værdien af disse formuegoder. Gæld, der ikke særligt er sikret i de i artikel 25 nævnte formuegoder, men som hidrører fra erhvervelse, ændring, reparation eller vedligeholdelse af disse, skal fradrages i værdien af disse formuegoder.

2. Såfremt bestemmelserne i stykke 1 ikke medfører andet, skal gæld, der er knyttet til et fast driftssted som omtalt i artikel 25, stykke 2, eller til et fast sted som omtalt i artikel 25, stykke 2, fradrages henholdsvis i værdien af det faste driftssted eller det faste sted.

3. Anden gæld skal fradrages i værdien af de formuegoder, på hvilke artikel 25 finder anvendelse.

4. Såfremt en gæld overstiger værdien af de formuegoder, fra hvilke den i henhold til bestemmelserne i stykke 1 og 2 kan fradrages i en kontraherende stat, skal det overskydende beløb fradrages i værdien af andre formuegoder, der er skattepligtige i denne stat.

5. Enhver overskydende gæld, der fortsat resterer i en kontraherende stat efter de i stykke 3 eller 4 nævnte fradrag, skal fradrages i værdien af de formuegoder, der er skattepligtige i den anden kontraherende stat.

6. I tilfælde, hvor bestemmelserne i stykke 1 til 5 måtte forpligte en kontraherende stat til at fradrage gæld i større omfang end hjemlet i denne stats lovgivning, skal disse nævnte bestemmelser kun finde anvendelse i det omfang, den anden kontraherende stat ikke er forpligtet til at fradrage den samme gæld i henhold til lovgivningen i denne anden stat.

Kapitel IV

Bistand i skattesager

Artikel 29

Genstand for bistand

1. De kompetente myndigheder i de kontraherende stater skal yde hinanden bistand. Sådan bistand skal omfatte

a) udveksling af oplysninger,

b) bistand ved inddrivelse, herunder sikringsakter, og

c) forkyndelse af dokumenter.

2. Sådan bistand skal også omfatte fastsættelse og anden foranstaltning til fordel for skatteyderen så vel som til undgåelse af dobbeltbeskatning. Dette skal i særdeleshed gælde for samtidige foranstaltninger truffet af skattemyndighederne. Hvis foranstaltninger til bistand medfører dobbeltbeskatning, skal den undgås ved gensidig aftale efter artikel 43.

3. Skattedomstole i de kontraherende stater skal med hensyn til de skatter, som er omfattet af deres kompetence og denne overenskomst, efter anmodning yde hinanden juridisk bistand, formidlet af de kompetente myndigheder og i overensstemmelse med denne overenskomst.

Artikel 30

Auskunft auf besonderes Ersuchen

Auf Ersuchen der zuständigen Behörde eines Vertragsstaats erteilt die zuständige Behörde des anderen Vertragsstaats dem ersuchenden Staat alle Auskünfte, die für diesen Staat bei der Festsetzung und Erhebung der Steuern oder der Beitreibung und Vollstreckung steuerlicher Ansprüche oder für die Anwendung dieses Abkommens erforderlich sind.

Artikel 31

Auskunft ohne besonderes Ersuchen

(1) Die zuständige Behörde des einen Vertragsstaats übermittelt der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats in folgenden Fällen ohne vorheriges Ersuchen Informationen, die ihr bekanntgeworden sind,

a) wenn sie Gründe für die Vermutung einer Steuerverkürzung in dem anderen Vertragsstaat hat;

b) wenn ein Steuerpflichtiger eine Steuerermäßigung oder Steuerbefreiung in einem Vertragsstaat erhält, die für ihn eine Steuererhöhung oder eine Besteuerung in dem anderen Vertragsstaat zur Folge haben müßte;

c) bei Geschäftsbeziehungen zwischen einem Steuerpflichtigen des einen Vertragsstaats und einem Steuerpflichtigen des anderen Vertragsstaats, die über ein oder mehrere weitere Länder in einer Weise geleitet werden, die in einem der beiden oder in beiden Vertragsstaaten zur Steuerersparnis führen können;

d) wenn sie Gründe für die Vermutung einer Steuerersparnis durch künstliche Gewinnverlagerungen innerhalb eines Konzerns hat;

e) wenn in einem Vertragsstaat im Zusammenhang mit Auskünften, die ihm von der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats erteilt worden sind, ein Sachverhalt ermittelt worden ist, der für die Steuerfestsetzung in dem anderen Staat geeignet sein kann.

(2) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können sich auch ohne besonderes Ersuchen und unter Berücksichtigung ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Auskünfte über gleichartige Sachverhalte erteilen, die ihnen in größerer Zahl bekannt werden und für die Festsetzung und Erhebung der Steuern oder die Beitreibung und Vollstreckung steuerlicher Ansprüche von Bedeutung sein können. Voraussetzung ist, daß die zuständigen Behörden eine entsprechende Vereinbarung treffen. Die Vereinbarung ist vor Beginn der Auskunftserteilung öffentlich bekanntzumachen.

Artikel 32

Widersprüchliche Informationen

Wenn die zuständige Behörde des einen Vertragsstaats von der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats Informationen über die steuerlichen Verhältnisse einer Person erhält, die nach ihrer Auffassung zu den ihr zur Verfügung stehenden Informationen in Widerspruch stehen, unterrichtet sie davon die zuständige Behörde des anderen Staates.

Artikel 33

Beitreibung steuerlicher Ansprüche

(1) Auf Ersuchen der zuständigen Behörde des einen Vertragsstaats führt der andere Vertragsstaat vorbehaltlich des Absatzes 5 und des Artikels 34 die Beitreibung der steuerlichen Ansprüche des erstgenannten Staates durch, als handele es sich um seine eigenen steuerlichen Ansprüche.

(2) Absatz 1 gilt nur für steuerliche Ansprüche, die Gegenstand eines im ersuchenden Staat gültigen Vollstreckungstitels sind und die nicht mehr angefochten werden können.

Artikel 30

Oplysninger efter særlig anmodning

Efter anmodning fra den kompetente myndighed i en kontraherende stat skal den kompetente myndighed i den anden kontraherende stat yde den stat, som anmoder om bistand, alle oplysninger, som er nødvendige for denne stat for påligning og opkrævning af skat eller for inddrivelse og tvangsinddrivelse af skattekrav eller for anvendelse af denne overenskomst.

Artikel 31

Oplysninger uden særlig anmodning

1. Den kompetente myndighed i en kontraherende stat skal uden forudgående anmodning videregive oplysninger, hvorom den har kendskab, til den kompetente myndighed i den anden kontraherende stat, under følgende omstændigheder:

a) når den har grund til at antage, at der kan ske tab af skatteprovenu i den anden kontraherende stat;

b) når en skattepligtig person opnår en nedsættelse eller en fritagelse for skat i en kontraherende stat, som kan medføre en forøget skat eller en skattepligt i den anden kontraherende stat;

c) når forretningstransaktioner mellem en person, som er skattepligtig i en kontraherende stat, og en person, som er skattepligtig i den anden kontraherende stat, ledes gennem en eller flere lande på en sådan måde, at en skattebesparelse kan blive følgen i en af de kontraherende stater eller i dem begge;

d) når den har grund til at antage, at en skattebesparelse kan blive følgen af kunstige overførsler af fortjeneste inden for en gruppe af foretagender;

e) når oplysninger, som er fremsendt til en kontraherende stat fra den kompetente myndighed i den anden kontraherende stat, har gjort det muligt at fremskaffe oplysninger, som kan være af betydning for skattepåligningen i den sidstnævnte stat.

2. De kompetente myndigheder i de kontraherende stater kan også, uden forudgående anmodning, og med skyldig hensyntagen til deres interne lovgivning sende hinanden oplysninger om ensartede sager, som de får kendskab til i et større antal, og som kan være af betydning ved påligningen og opkrævningen af skatter eller ved inddrivelse og tvangsinddrivelse af skattekrav. Dette skal være betinget af indgåelsen af en passende aftale mellem de kompetente myndigheder. En sådan aftale skal offentligt bekendtgøres, inden videregivelse af oplysninger påbegyndes.

Artikel 32

Indbyrdes modstridende oplysninger

Hvis den kompetente myndighed i en kontraherende stat fra den kompetente myndighed i den anden kontraherende stat modtager oplysninger om en persons skatteforhold, der forekommer den at være i modstrid med oplysninger, som den er i besiddelse af, skal den give underretning herom til den kompetente myndighed i den anden stat.

Artikel 33

Inddrivelse af skattekrav

1. Efter anmodning fra den kompetente myndighed i en kontraherende stat skal den anden kontraherende stat, under forbehold af bestemmelserne i stykke 5 og artikel 34, inddrive den førstnævnte stats skattekrav, som om de var dens egne skattekrav.

2. Bestemmelserne i stykke 1 skal kun finde anvendelse for skattekrav, for hvilke der er udstedt et instrument, som hjemler tvangsinddrivelse i den stat, der fremsætter anmodningen, og som ikke mere kan bestrides.

(3) Bei steuerlichen Ansprüchen im Zusammenhang mit einem Erblasser oder seinem Nachlaß führt der ersuchte Staat die Beitreibung derartiger Ansprüche lediglich bis zur Höhe des Wertes des Nachlasses oder desjenigen Teils des Vermögens durch, der auf jeden Nachlaßbegünstigten entfällt, je nachdem, ob die Ansprüche aus dem Nachlaß oder gegenüber den Nachlaßbegünstigten zu befriedigen sind.

(4) Auf Ersuchen der zuständigen Behörde des einen Vertragsstaats trifft der andere Vertragsstaat zum Zweck der Beitreibung aller Steuerbeträge Sicherungsmaßnahmen, selbst wenn gegen die steuerlichen Ansprüche Einspruch eingelegt oder lediglich ein vorläufiger oder zu Sicherungszwecken ausgebrachter Vollstrekkungstitel ausgestellt worden ist.

(5) Die steuerlichen Ansprüche, bei deren Beitreibung Unterstützung geleistet wird, genießen in dem ersuchten Vertragsstaat kein Recht auf bevorzugte Befriedigung, das für steuerliche Ansprüche dieses Staates besonders gewährt wird.

(6) Der ersuchte Vertragsstaat kann einem Zahlungsaufschub oder Ratenzahlungen zustimmen, wenn sein Recht oder seine Verwaltungspraxis dies in ähnlichen Fällen zuläßt; er unterrichtet den anderen Vertragsstaat hierüber.

3. Med hensyn til skattekrav vedrørende en arvelader eller dennes bo, skal den stat, som anmodes om bistand, inddrive sådanne krav indtil værdien af boet eller af de formuegoder, som er erhvervet af hver af de berettigede i boet, alt efter hvorvidt kravet skal inddrives i boet eller hos de berettigede i boet.

4. Efter anmodning fra den kompetente myndighed i en kontraherende stat skal den anden kontraherende stat foretage sikringsakter med henblik på inddrivelse af ethvert skattebeløb, selv om kravet er bestridt, eller et instrument, der hjemler inddrivelse, alene er udstedt på foreløbigt grundlag eller til sikringsformål.

5. Det skattekrav, med hensyn til hvilket der ydes bistand med inddrivelsen, skal ikke i den kontraherende stat, som anmodes om bistand, nyde nogen fortrinsret, som specielt indrømmes skattekrav i denne stat.

6. Den kontraherende stat, som anmodes om bistand, kan indrømme henstand med betaling eller afdragsvis betaling, hvis dens lovgivning eller forvaltningspraksis hjemler dette i lignende tilfælde, men den skal underrette den anden kontraherende stat herom.

Artikel 34

Verjährungsfristen

(1) Für Fragen im Zusammenhang mit Verjährungsfristen bei steuerlichen Ansprüchen ist das Recht des ersuchenden Vertragsstaats maßgebend. Der ersuchte Vertragsstaat ist nicht zur Beitreibung des Anspruchs verpflichtet, wenn der Anspruch nicht auch nach seinem eigenen Recht beigetrieben werden könnte. Das Ersuchen um Beitreibung enthält Angaben über die für die steuerlichen Ansprüche geltenden Verjährungsfristen.

(2) Beitreibungsmaßnahmen, die vom ersuchten Staat aufgrund eines Ersuchens durchgeführt werden und die nach dem Recht dieses Staates die in Absatz 1 erwähnte Verjährungsfrist hemmen oder unterbrechen würden, haben nach dem Recht des ersuchenden Staates dieselbe Wirkung. Der ersuchte Staat unterrichtet den ersuchenden Staat über die zu diesem Zweck getroffenen Maßnahmen.

Artikel 34

Forældelsesfrister

1. Spørgsmål om forældelsesfrister for et skattekrav skal afgøres i henhold til lovgivningen i den kontraherende stat, som anmoder om bistand. Den kontraherende stat, som anmodes om bistand, er ikke pligtig til at inddrive kravet, hvis det ikke kunne inddrives i henhold til dens egen lovgivning. Anmodningen om inddrivelse skal indeholde oplysninger om den gældende forældelsesfrist for skattekravet.

2. Inddrivelsesforanstaltninger, som er truffet af den stat, der anmodes om bistand, i medfør af en anmodning om bistand, og som i henhold til lovgivningen i denne stat ville suspendere eller afbryde den i stykke 1 nævnte forældelsesfrist, skal også have denne virkning ifølge lovgivningen i den stat, som anmoder om bistand. Den stat, som anmodes om bistand, skal give den stat, som anmoder om bistand, meddelelse om sådanne foranstaltninger.

Artikel 35

Bekanntgabe von Schriftstücken

(1) Jeder Vertragsstaat kann einer Person im Gebiet des anderen Vertragsstaats Schriftstücke durch die Post unmittelbar zusenden.

(2) Auf Ersuchen eines Vertragsstaats stellt der andere Vertragsstaat dem Empfänger die Schriftstücke einschließlich gerichtlicher Entscheidungen zu, die aus dem ersuchenden Staat stammen und eine unter das Abkommen fallende Steuer betreffen.

(3) Der ersuchte Staat stellt Schriftstücke zu

a) in einer Form, die sein Recht für die Zustellung im wesentlichen ähnlicher Schriftstücke vorschreibt;

b) soweit möglich in einer besonderen vom ersuchenden Staat gewünschten Form oder einer dieser am nächsten kommenden Form, die das Recht des ersuchten Staates vorsieht.

(4) Dieses Abkommen ist nicht so auszulegen, als bewirke es die Nichtigkeit einer durch einen Vertragsstaat in Übereinstimmung mit seinen Rechtsvorschriften vorgenommenen Zustellung, wenn sie im Gegensatz zu den Bestimmungen dieses Artikels steht.

Artikel 35

Forkyndelse af dokumenter

1. Enhver kontraherende stat kan sende dokumenter direkte gennem postvæsenet til en person inden for den anden kontraherende stats område.

2. Efter anmodning af en kontraherende stat skal den anden kontraherende stat for adressaten forkynde dokumenter, herunder dokumenter vedrørende retsafgørelser, som udgår fra den stat, som anmoder om bistand, og som vedrører en skat, omfattet af denne overenskomst.

3. Den stat, som anmodes om bistand, skal foretage forkyndelse af dokumenter:

a) på en måde, som er fastsat i dens egen lovgivning vedrørende forkyndelse af dokumenter af væsentlig samme art;

b) i det omfang det er muligt, på en sådan måde som anmodet af den stat, som anmoder om bistand, eller så tæt på en sådan måde, som der er mulighed for i henhold til dens egen lovgivning.

4. Intet i denne overenskomst skal fortolkes således, at forkyndelse af dokumenter foretaget af en kontraherende stat i henhold til denne stats lovgivning er ugyldig, hvis sådan forkyndelse er i strid med bestemmelserne i denne artikel.

Artikel 36

Inhalt und Beantwortung des Ersuchens

(1) Im Ersuchen sind, soweit erforderlich, anzugeben:

a) die Behörde oder Dienststelle, von der das durch die zuständige Behörde vorgelegte Ersuchen ausgeht;

b) Name, Anschrift und andere sachdienliche Angaben zur Identifizierung der Person, die das Ersuchen betrifft;

c) bei einem Ersuchen um Auskunft die Form der Antwort, die der ersuchende Staat für seine Zwecke benötigt;

d) bei einem Ersuchen um Unterstützung bei der Beitreibung oder um Sicherungsmaßnahmen Art und Zusammensetzung der steuerlichen Ansprüche und die Vermögenswerte, aus denen die steuerlichen Ansprüche befriedigt werden können;

e) bei einem Ersuchen um Zustellung von Schriftstücken Art und Gegenstand der zuzustellenden Schriftstücke.

(2) Dem Ersuchen nach Artikel 33 sind beizufügen:

a) eine Erklärung, daß der Anspruch eine unter das Abkommen fallende Steuer betrifft und daß er im Falle eines Beitreibungsersuchens nicht mehr angefochten werden kann,

b) eine amtliche Ausfertigung des im ersuchenden Staat gültigen Vollstreckungstitels und

c) sonstige für die Beitreibung oder die Sicherungsmaßnahmen erforderlichen Schriftstücke.

(3) Sobald dem ersuchenden Staat weitere Informationen im Zusammenhang mit dem Ersuchen zur Kenntnis gelangt sind, unterrichtet er den ersuchten Staat.

(4) Wird dem Ersuchen entsprochen, so unterrichtet der ersuchte Staat den ersuchenden Staat so bald wie möglich über die getroffenen Maßnahmen und das Ergebnis.

(5) Hat der ersuchende Staat um Auskunft in einer bestimmten Form gebeten, so soll der ersuchte Staat, sofern er dazu in der Lage ist, die Auskunft in der gewünschten Form erteilen.

Artikel 36

Indholdet af og svaret på anmodning om bistand

1. En anmodning om bistand skal om fornødent angive:

a) den myndighed eller instans, der har iværksat den anmodning, som er fremsat af den kompetente myndighed;

b) navn, adresse og nærmere enkeltheder, som bidrager til identifikationen af den person, som anmodningen angår;

c) i tilfælde af en anmodning om bistand om oplysninger, den form, hvorunder den stat, som anmoder om bistand, ønsker oplysningerne meddelt, for at dens ønsker kan imødekommes;

d) i tilfælde af en anmodning om bistand med inddrivelse eller foretagelse af sikringsakter, arten og sammensætningen af skattekravet samt de formuegoder, hvor i skattekravet kan søges inddrevet;

e) i tilfælde af en anmodning om forkyndelse af dokumenter, arten og indholdet af det dokument, som skal forkyndes.

2. Anmodningen i henhold til artikel 33 skal ledsages af:

a) en erklæring om, at skattekravet vedrører en skat, som er omfattet af overenskomsten, og i tilfælde af inddrivelse om, at skattekravet ikke mere kan bestrides,

b) et officielt eksemplar af det instrument, som hjemler tvangsinddrivelse i den stat, som anmoder om bistand, og

c) ethvert andet dokument, som er påkrævet til inddrivelse eller foretagelse af sikringsakter.

3. Så snart den stat, som anmoder om bistand, får kendskab til enhver anden oplysning af betydning for anmodningen, skal den videresende oplysningen til den stat, som anmodes om bistand.

4. Hvis anmodningen om bistand imødekommes, skal den stat, som anmodes om bistand, underrette den stat, som anmoder om bistand, om de foranstaltninger, som er truffet, og om resultatet heraf.

5. Hvis den stat, som anmoder om bistand, har specificeret den form, hvorunder den ønsker oplysningerne meddelt, skal den stat, som anmodes om bistand, meddele oplysningerne i den ønskede form, hvis den er i stand dertil.

Artikel 37

Grenzen der Verpflichtung zum Beistand

(1) Das Abkommen ist, vorbehaltlich des Artikels 34, nicht so auszulegen, als verpflichte es den ersuchten Staat:

a) Maßnahmen durchzuführen, die von seinen eigenen Gesetzen oder seiner Verwaltungspraxis oder den Gesetzen oder der Verwaltungspraxis des ersuchenden Staates abweichen;

b) Maßnahmen durchzuführen, die nach seiner Auffassung der öffentlichen Ordnung oder den wesentlichen Interessen des Staates widersprechen;

c) Informationen zu erteilen, die nach seinen eigenen Gesetzen oder seiner Verwaltungspraxis oder nach den Gesetzen oder der Verwaltungspraxis des ersuchenden Staates nicht beschafft werden können;

d) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung oder den wesentlichen Interessen des Staates widerspräche;

e) einem Ersuchen zu entsprechen, wenn der ersuchende Staat nicht alle in seinem eigenen Gebiet zur Verfügung stehenden Mittel ausgeschöpft hat; ausgenommen sind Fälle, in denen

Artikel 37

Begrænsninger i pligten til at yde bistand

1. Såfremt artikel 34 ikke finder anvendelse, skal bestemmelserne i denne overenskomst ikke kunne fortolkes således, at den pålægger den stat, som anmodes om bistand, pligt til:

a) at træffe foranstaltninger, som strider mod dens egen lovgivning eller forvaltningspraksis eller mod lovgivning eller forvaltningspraksis i den stat, som anmoder om bistand;

b) at træffe foranstaltninger, som den anser for at stride mod almene interesser eller mod denne stats væsentlige interesser;

c) at meddele oplysninger, som ikke kan opnås i henhold til dens egen lovgivning eller forvaltningspraksis eller i henhold til lovgivning eller forvaltningspraksis i den stat, som anmoder om bistand;

d) at meddele oplysninger, som ville røbe nogen erhvervsmæssig, forretningsmæssig, industriel, kommerciel eller faglig hemmelighed eller nogen fremstillingsmetode, eller oplysninger, hvis offentliggørelse ville stride mod almene interesser eller mod denne stats væsentlige interesser;

e) at imødekomme en anmodning, hvis den stat, som anmoder om bistand, ikke har benyttet alle midler, som står til rådighed i dens eget område, med mindre gennemførelsen af sådanne

die Durchführung derartiger Maßnahmen unverhältnismäßig große Schwierigkeiten mit sich bringen würde.

(2) Wird das Beistandsersuchen zurückgewiesen, so unterrichtet der ersuchte Staat den ersuchenden Staat so bald wie möglich von der Entscheidung unter Angabe der Gründe.

foranstaltninger ville give anledning til uforholdsmæssige vanskeligheder.

2. Hvis en anmodning om bistand afslås, skal den stat, som anmodes om bistand, så hurtigt som muligt underrette den stat, som anmoder om bistand, om den trufne afgørelse og om begrundelsen herfor.

Artikel 38

Geheimhaltung

(1) Die Informationen, die ein Vertragsstaat nach diesem Abkommen erhalten hat, sind ebenso geheimzuhalten wie die Informationen, die dieser Staat aufgrund seines innerstaatlichen Rechts oder der in dem die Informationen erteilenden Staat geltenden Geheimhaltungsvorschriften erhalten hat, wenn diese restriktiver sind.

(2) Diese Informationen dürfen in jedem Fall nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Festsetzung, Erhebung, Beitreibung, Vollstreckung, der verwaltungsmäßigen Überprüfung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsbehelfen im Zusammenhang mit Steuern dieses Staates befaßt sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden, können sie jedoch ungeachtet des Absatzes 1 nach vorheriger Genehmigung durch die zuständige Behörde des die Informationen erteilenden Staates in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung im Zusammenhang mit diesen Steuern offenlegen.

(3) Ungeachtet der Absätze 1 und 2 können Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, auch für andere Zwecke verwendet werden, wenn diese Informationen nach dem Recht des erteilenden Staates für diese anderen Zwecke verwendet werden können und die zuständige Behörde dieses Staates diese Verwendung gestattet. Die von einem Vertragsstaat dem anderen Vertragsstaat erteilten Informationen können von diesem nach vorheriger Genehmigung durch die zuständige Behörde des erstgenannten Staates an einen dritten Staat übermittelt werden.

Artikel 38

Tavshedspligt

1. Oplysninger, som modtages af en kontraherende stat i henhold til denne overenskomst, skal behandles som hemmelige på samme måde som oplysninger, som denne stat modtager i henhold til dens egen lovgivning, eller behandles på de vilkår for tavshedspligt, som gælder i den stat, som meddeler oplysningerne, hvis disse vilkår er mere restriktive.

2. Sådanne oplysninger må under alle omstændigheder kun meddeles til personer eller myndigheder (herunder domstole og forvaltningsmyndigheder), der er beskæftiget med påligning, opkrævning, inddrivelse eller tvangsinddrivelse, forvaltningsmæssige kontrol, retsforfølgning eller klagebehandling i forbindelse med denne stats skatter. De ovenfor nævnte personer eller myndigheder må kun benytte oplysningerne til sådanne formål, men de kan, uanset bestemmelserne i stykke 1, meddele dem i offentlige retshandlinger eller i retsafgørelser vedrørende sådanne skatter, på betingelse af forudgående tilladelse fra den kompetente myndighed i den stat, som meddeler oplysningerne.

3. Uanset bestemmelserne i stykke 1 og 2, kan oplysninger, som modtages af en kontraherende stat, benyttes til andre formål, når sådanne oplysninger kan benyttes til disse andre formål i henhold til lovgivningen i den stat, som meddeler oplysningerne, og den kompetente myndighed i denne stat tillader en sådan benyttelse. Oplysninger, som en kontraherende stat har stillet til rådighed for den anden kontraherende stat, kan videregives af sidstnævnte stat til en tredje stat under forudsætning af forudgående tilladelse fra den kompetente myndighed i den førstnævnte stat.

Artikel 39

Rechtsbehelf

(1) Ein Rechtsbehelf gegen die vom ersuchten Staat nach diesem Abkommen ergriffenen Maßnahmen ist nur bei den zuständigen Behörden dieses Staates einzulegen.

(2) Ein Rechtsbehelf gegen die vom ersuchenden Staat nach diesem Abkommen ergriffenen Maßnahmen, insbesondere bei der Beitreibung, der das Bestehen oder die Höhe des Steueranspruchs oder den Vollstreckungstitel betrifft, ist nur bei den zuständigen Stellen dieses Staates einzulegen. Der ersuchende Staat unterrichtet den ersuchten Staat unverzüglich davon, daß ein Rechtsbehelf eingelegt worden ist. Nach Eingang der Mitteilung setzt der ersuchte Staat das Beitreibungsverfahren aus, bis die Entscheidung der zuständigen Stelle vorliegt. Der ersuchte Staat kann jedoch, wenn er vom ersuchenden Staat darum gebeten wird, Sicherungsmaßnahmen zur Gewährleistung der Beitreibung treffen. Jeder Beteiligte kann dem ersuchten Staat ebenfalls mitteilen, wenn ein Rechtsbehelf eingelegt worden ist. Nach Eingang der Mitteilung konsultiert der ersuchte Staat in dieser Angelegenheit gegebenenfalls den ersuchenden Staat.

(3) Sobald eine Entscheidung zu dem Rechtsbehelf ergangen ist, unterrichtet der ersuchende oder der ersuchte Staat den anderen Staat über die Entscheidung und ihre Auswirkungen auf das Beistandsersuchen.

Artikel 39

Klager

1. Klage vedrørende foranstaltninger truffet i henhold til denne overenskomst af den stat, som anmodes om bistand, kan kun indbringes for den behørige myndighed i denne stat.

2. Klage vedrørende foranstaltninger truffet i henhold til denne overenskomst af den stat, som anmoder om bistand, især for så vidt angår inddrivelse, klage vedrørende skattekravets beståen eller dets størrelse eller det instrument, som hjemler dets tvangsinddrivelse, kan kun indbringes for den behørige myndighed i denne stat. Den stat, som anmoder om bistand, skal uden forsinkelse give underretning om sådan klage til den stat, som anmodes om bistand. Ved modtagelse af sådan underretning skal den stat, som anmodes om bistand, udsætte inddrivelsen, indtil den pågældende myndighed har truffet afgørelse. Den stat, som anmodes om bistand, kan imidlertid foretage sikringsakter for at bevare adgangen til inddrivelse, hvis den bliver bedt om det af den stat, som anmoder om bistand. Enhver berørt person kan ligeledes meddele den stat, som anmodes om bistand, om sådan klage. Når den stat, som anmodes om bistand, modtager sådanne oplysninger, skal den om fornødent forhandle om sagen med den stat, som anmoder om bistand.

3. Så snart en endelig afgørelse vedrørende klagen er truffet, skal den stat, som anmoder om bistand, eller den stat, som anmodes om bistand, underrette den anden stat om afgørelsen og dens betydning for anmodningen om bistand.

Artikel 40

Kosten

Die üblichen bei der Beistandsgewährung entstehenden Kosten gehen zu Lasten des ersuchten Staates. Außergewöhnliche Kosten gehen zu Lasten des ersuchenden Staates.

Artikel 40

Omkostninger

Almindelige omkostninger, som er pådraget i forbindelse med ydelse af bistand, skal bæres af den stat, som anmodes om bistand. Ekstraordinære omkostninger skal bæres af den stat, som anmoder om bistand.

Abschnitt V

Schutz des Steuerpflichtigen und Verständigung

Kapitel V

Beskyttelse af skatteydere og fremgangsmåden ved indgåelse af gensidige aftaler

Artikel 41

Verbot der Diskriminierung

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere aufgrund des Wohnsitzes, unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 2 Absatz 4 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen zu gewähren, die er nur seinen ansässigen Personen gewährt.

(3) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 4 oder Artikel 12 Absatz 4 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Staates gegenüber einer im anderen Staat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(4) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(5) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 41

Ikke-diskriminering

1. Statsborgere i en kontraherende stat skal ikke i den anden kontraherende stat kunne undergives nogen beskatning eller dermed forbundne krav, som er anderledes eller mere byrdefulde end den beskatning og dermed forbundne krav, som statsborgere i denne anden stat under samme forhold, især med hensyn til hjemsted, er eller måtte blive undergivet. Uanset bestemmelserne i artikel 2, stykke 4, skal denne bestemmelse også finde anvendelse på personer, der ikke er hjemmehørende i en af eller begge de kontraherende stater.

2. Beskatningen af et fast driftssted, som et foretagende i en kontraherende stat har i den anden kontraherende stat, må ikke være mindre fordelagtig i denne anden stat end beskatningen af foretagender i denne anden stat, der driver samme virksomhed. Denne bestemmelse skal ikke kunne fortolkes som forpligtende en kontraherende stat til at indrømme personer, der er hjemmehørende i den anden kontraherende stat, de personlige skattemæssige begunstigelser, lempelser og nedsættelser, som den kun indrømmer personer, der er hjemmehørende inden for dens eget område.

3. Medmindre bestemmelserne i artikel 9, stykke 1, artikel 11, stykke 4, eller artikel 12, stykke 4, finder anvendelse, skal renter, royalties og andre betalinger, der udredes af et foretagende i en kontraherende stat til en person hjemmehørende i den anden kontraherende stat, kunne fratrækkes ved fastsættelsen af et sådant foretagendes skattepligtige indkomst under samme betingelser, som hvis betalingerne var sket til en person hjemmehørende i den førstnævnte stat. På samme måde skal enhver gæld, som et foretagende i en stat har til en person hjemmehørende i den anden stat, kunne fratrækkes ved fastsættelsen af et sådant foretagendes skattepligtige formue under samme betingelser, som hvis gælden var blevet stiftet over for en person hjemmehørende i den førstnævnte stat.

4. Foretagender i en kontraherende stat, hvis formue helt eller delvis ejes eller kontrolleres, direkte eller indirekte, af en eller flere personer, der er hjemmehørende i den anden kontraherende stat, skal ikke i den førstnævnte stat kunne undergives nogen beskatning eller dermed forbundne krav, som er anderledes eller mere byrdefulde end den beskatning og dermed forbundne krav, som andre tilsvarende foretagender i den førstnævnte stat er eller måtte blive undergivet.

5. Uanset bestemmelserne i artikel 2 skal bestemmelserne i denne artikel finde anvendelse på skatter af enhver art og betegnelse.

Artikel 42

Konsultation

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens im allgemeinen oder im Einzelfall entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie

Artikel 42

Forhandlinger

1. De kompetente myndigheder i de kontraherende stater skal søge ved gensidig aftale at løse vanskeligheder eller tvivlsspørgsmål, der måtte opstå med hensyn til fortolkningen eller anvendelsen af overenskomsten i almindelighed eller i enkelt

können auch gemeinsam darüber beraten, wie in Fällen, die im Abkommen nicht behandelt sind, eine Doppelbesteuerung vermieden werden kann oder wie durch eine besondere Vereinbarung Fragen geklärt werden, die im Zusammenhang mit den Steuern im Sinne des Abkommens stehen und die sich durch unterschiedliche Maßstäbe der Staaten für die Besteuerungsgrundlagen oder aus anderen Gründen ergeben. Sie können sich ferner beraten, um andere Schwierigkeiten, die sich aus Unterschieden ihrer Steuerrechte ergeben, zu mildern oder zu beseitigen, und der internationalen Steuerverkürzung und -umgehung zu begegnen.

(2) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können insbesondere Verständigungsvereinbarungen treffen, um

a) Zweifel zu klären, für welche Steuern das Abkommen nach seinem Artikel 2 Absatz 3 gilt;

b) festzulegen, wie die Begrenzungsbestimmungen des Abkommens, insbesondere der Artikel 10 bis 12, durchzuführen sind.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können gemeinsam über allgemeine Regelungen beraten, um auf der Grundlage des Abkommens den Anspruch der Steuerpflichtigen auf abgestimmte Anwendung des Abkommens in beiden Staaten durch gemeinsame Auslegungen oder durch besondere Verfahren zu sichern.

tilfælde. De kan også forhandle om undgåelse af dobbeltbeskatning i tilfælde, som ikke er omhandlet af overenskomsten, eller om indgåelse af særlige aftaler til løsning af spørgsmål, som har forbindelse med skatter i overenskomstens forstand, og som opstår på grund af staternes forskellige metoder til fastsættelse af skattegrundlaget eller af andre grunde. De kan desuden forhandle med henblik på at formindske eller undgå andre vanskeligheder, som opstår på grund af forskelligheder i deres respektive skattelove og med henblik på at træffe foranstaltninger mod international skatteomgåelse og -unddragelse.

2. I særdeleshed kan de kompetente myndigheder i de kontraherende stater indgå vejledende aftaler med henblik på

a) at afklare tvivlsspørgsmål med hensyn til skatter, som overenskomsten finder anvendelse på efter artikel 2, stykke 3;

b) at fastsætte, hvorledes overenskomstens bestemmelser om begrænsning, især bestemmelserne i artikel 10 til 12, skal gennemføres.

3. De kompetente myndigheder i de kontraherende stater kan forhandle om almindelige aftaler for på grundlag af overenskomsten at sikre skatteydernes ret til at kræve en koordineret anvendelse af overenskomsten i begge stater ved fælles fortolkning eller særlige procedurer.

Artikel 43

Verständigung

(1) Ist eine Person der Auffassung, daß Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 41 Absatz 1 erfaßt wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muß innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können einander nach Artikel 42 oder nach den vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels insbesondere konsultieren, um nach Möglichkeit eine Einigung zu erreichen über

a) eine übereinstimmende Zurechnung des Gewinns, der auf ein Unternehmen eines Vertragsstaats und auf seine im anderen Vertragsstaat gelegene Betriebsstätte entfällt;

b) eine übereinstimmende Aufteilung der Gewinne auf verbundene Unternehmen im Sinne des Artikels 9;

c) eine übereinstimmende Behandlung von Einkünften, die im Quellenstaat den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind und im anderen Staat anderen Einkünften zugerechnet werden;

d) eine übereinstimmende Behandlung von Schulden bei den Steuern vom Vermögen, von Nachlässen, Erbschaften und Schenkungen.

Artikel 43

Fremgangsmåden ved indgåelse af gensidige aftaler

1. I tilfælde, hvor en person mener, at foranstaltninger, truffet af en af eller begge de kontraherende stater, for ham medfører eller vil medføre en beskatning, som ikke er i overensstemmelse med bestemmelserne i denne overenskomst, kan han, uanset hvilke retsmidler der måtte være fastsat i disse staters interne lovgivning, indbringe sin sag for den kompetente myndighed i den kontraherende stat, i hvilken han er hjemmehørende eller, såfremt tilfældet er omfattet af artikel 41, stykke 1, for den kompetente myndighed i den af de kontraherende stater, i hvilken han er statsborger. Sagen skal forelægges inden tre år fra den dag, hvor der er givet ham den første underretning om den foranstaltning, der medfører en beskatning, som ikke er i overensstemmelse med bestemmelserne i overenskomsten.

2. Den kompetente myndighed skal, hvis indsigelsen synes at være begrundet, og hvis den ikke selv kan nå til en tilfredsstillende løsning, søge at løse sagen ved gensidig aftale med den kompetente myndighed i den anden kontraherende stat med henblik på at undgå en beskatning, der ikke er i overensstemmelse med overenskomsten. Enhver indgået aftale skal gennemføres uden hensyn til frister, der måtte gælde ifølge de kontraherende staters interne lovgivning.

3. De kompetente myndigheder i de kontraherende stater kan rådføre sig med hinanden efter artikel 42 eller de ovenstående bestemmelser i denne artikel, i særdeleshed med henblik på at nå enighed som vidt som muligt om

a) den samme henføring af fortjeneste til et foretagende i en kontraherende stat og til dets faste driftssted beliggende i den anden kontraherende stat;

b) den samme henføring af fortjeneste mellem forbundne foretagender som omhandlet i artikel 9;

c) den samme behandling af indkomst, som er sidestillet med indkomst fra aktier i kildestaten, og som bliver henført til anden indkomst i den anden stat;

d) den samme behandling af gæld ved beskatningen af formue, dødsboer samt arv og gave.

Artikel 44

Verfahren

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der Artikel 42 und 43 unmittelbar miteinander verkehren.

(2) Erscheint ein mündlicher Meinungsaustausch für die Herbeiführung der Einigung zweckmäßig, so kann ein solcher Meinungsaustausch in einer Kommission durchgeführt werden, die aus Vertretern der zuständigen Behörden der Vertragsstaaten besteht.

(3) Die zuständigen Behörden können gemeinschaftlich ein unabhängiges Gremium beauftragen, eine gutachterliche Äußerung zu einer Frage abzugeben, die sie diesem Gremium vorlegen.

(4) Bezieht sich das Verfahren auf einen Einzelfall, so sind die Betroffenen zu hören.

Abschnitt VI

Besondere Bestimmungen

Artikel 45

Anwendung des Abkommens in bestimmten Fällen

(1) Der Wohnsitzstaat vermeidet die Doppelbesteuerung durch Steueranrechnung nach Artikel 24 und nicht durch Steuerbefreiung nach dem genannten Artikel,

a) wenn in den Vertragsstaaten Einkünfte oder Vermögen unterschiedlichen Abkommensbestimmungen zugeordnet oder verschiedenen Personen zugerechnet werden (außer nach Artikel 9) und dieser Konflikt sich nicht durch ein Verfahren nach Abschnitt V regeln läßt und wenn aufgrund dieser unterschiedlichen Zuordnung oder Zurechnung die betreffenden Einkünfte oder Vermögenswerte unbesteuert blieben oder zu niedrig besteuert würden oder

b) wenn der Wohnsitzstaat nach gehöriger Konsultation und vorbehaltlich der Beschränkungen seines innerstaatlichen Rechts dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg andere Einkünfte notifiziert, auf die er diesen Absatz anzuwenden beabsichtigt. Die Notifikation wird erst am ersten Tag des Kalenderjahrs wirksam, das auf das Jahr folgt, in dem die Notifikation übermittelt wurde und alle rechtlichen Voraussetzungen nach dem innerstaatlichen Recht des notifizierenden Staates für das Wirksamwerden der Notifikation erfüllt sind.

(2) Dieses Abkommen ist nicht dahingehend auszulegen, daß

a) ein Steuerpflichtiger durch Mißbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten des Rechts seine steuerlichen Verpflichtungen in einem Vertragsstaat umgehen kann;

b) die Bundesrepublik Deutschland daran gehindert wird, die Beträge zu besteuern, die nach dem Vierten Teil des deutschen Außensteuergesetzes in die Einkünfte einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person einzubeziehen sind;

c) Dänemark daran gehindert wird, seine Steuern gemäß Vorschriften zu erheben, die nach Sinn und Zweck den in Buchstabe b erwähnten Vorschriften entsprechen.

Wenn die vorstehenden Bestimmungen zur Doppelbesteuerung führen, konsultieren die zuständigen Behörden einander nach Artikel 43 Absatz 3, wie die Doppelbesteuerung zu vermeiden ist.

Artikel 46

Erstattung der Abzugsteuern

(1) Werden in einem der Vertragsstaaten die Steuern von Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder sonstigen Einkünften

Artikel 44

Fremgangsmåde

1. De kompetente myndigheder i de kontraherende stater kan træde i direkte forbindelse med hinanden med henblik på indgåelse af aftaler i overensstemmelse med artikel 42 og 43.

2. Når det for tilvejebringelse af en aftale skønnes ønskeligt, at der finder en mundtlig forhandling sted, kan en sådan finde sted i et udvalg bestående af repræsentanter for de kompetente myndigheder i de kontraherende stater.

3. De kompetente myndigheder kan i fællesskab pålægge et uafhængigt organ at give en ekspertudtalelse om en sag, som de har forelagt det.

4. Når fremgangsmåden vedrører en konkret sag, skal de berørte personer høres.

Kapitel VI

Særlige bestemmelser

Artikel 45

Anvendelse af overenskomsten i særlige sager

1. Bopælsstaten skal undgå dobbeltbeskatning ved indrømmelse af credit i henhold til artikel 24 i stedet for indrømmelse af eksemption i henhold til samme artikel,

a) hvis indkomst eller formue i de kontraherende stater er placeret under forskellige bestemmelser i overenskomsten eller henført til forskellige personer (undtagen i henhold til artikel 9), og denne konflikt ikke kan løses ved en fremgangsmåde i overensstemmelse med kapitel V, og hvis den pågældende indkomst eller formue som resultat af denne forskel i placering eller henføring ville forblive ubeskattet eller kun genstand for nedsat beskatning, eller

b) hvis bopælsstaten efter behørig rådføring og under forbehold for begrænsningerne i dens interne lovgivning giver underretning til den anden stat ad diplomatisk vej om anden indkomst, hvorpå den har til hensigt at anvende bestemmelserne i dette stykke. Underretningen skal først have virkning fra den første dag i det kalenderår, som følger efter det år, i hvilket underretningen er givet, og når alle lovbestemte betingelser om virkningen af underretningen efter den interne lovgivning i den stat, som giver underretningen, er blevet opfyldt.

2. Denne overenskomst skal ikke kunne fortolkes således,

a) at en skatteyder, som drager ubehørig fordel af lovgivningen, kan omgå sine skattemæssige forpligtelser i en kontraherende stat;

b) Forbundsrepublikken Tyskland er forhindret i at påligne skatter på beløb, som skal medregnes i indkomsten for en person, der er hjemmehørende i Forbundsrepublikken Tyskland, i henhold til fjerde del af den tyske Aussensteuergesetz;

c) Danmark er forhindret i at påligne skatter i henhold til regler, som efter begrundelse og formål svarer til de ovenfor i litra b) nævnte regler.

Hvis de ovenfor nævnte bestemmelser resulterer i dobbeltbeskatning, skal de kompetente myndigheder rådføre sig med hinanden i henhold til artikel 43, stykke 3, om undgåelse af dobbeltbeskatning.

Artikel 46

Tilbagebetaling af kildeskat

1. Hvis skatter på udbytter, renter, royalties eller andre former for indkomst i en af de kontraherende stater opkræves ved inde-

im Abzugsweg erhoben, so wird das Recht zur Vornahme des Steuerabzugs zu dem im innerstaatlichen Recht dieses Staates vorgesehenen Satz durch dieses Abkommen nicht berührt.

(2) Diese im Abzugsweg erhobene Steuer wird auf Antrag erstattet, soweit ihre Erhebung durch dieses Abkommen eingeschränkt wird.

(3) Die Frist für den Antrag auf Erstattung beträgt vier Jahre nach Ablauf des Kalenderjahrs, in dem die Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder sonstigen Einkünfte bezogen worden sind.

(4) Der Vertragsstaat, aus dem die Einkünfte stammen, kann eine amtliche Bescheinigung des Vertragsstaats, in dem der Steuerpflichtige ansässig ist, über die Erfüllung der Voraussetzungen für die unbeschränkte Steuerpflicht in diesem Staat verlangen.

(5) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten führen die vorstehenden Bestimmungen in gegenseitigem Einvernehmen gemäß Artikel 43 durch.

(6) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können in gegenseitigem Einvernehmen auch andere Verfahren zur Durchführung der in diesem Abkommen vorgesehenen Steuerermäßigungen festlegen.

Artikel 47

Mitglieder diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen

(1) Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die Mitgliedern diplomatischer Missionen oder konsularischer Vertretungen und Beamten zwischenstaatlicher Organisationen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder aufgrund besonderer Übereinkünfte zustehen.

(2) Soweit Einkünfte oder Vermögenswerte wegen solcher Vorrechte im Empfangsstaat nicht besteuert werden, steht das Besteuerungsrecht dem Entsendestaat zu.

(3) Ungeachtet des Artikels 4 gilt eine natürliche Person, die Mitglied einer diplomatischen Mission, einer konsularischen Vertretung oder der ständigen Vertretung eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat oder in einem dritten Staat ist, für die Zwecke des Abkommens als im Entsendestaat ansässig, wenn sie

a) nach dem Völkerrecht im Empfangsstaat mit ihren Einkünften aus Quellen außerhalb dieses Staates oder mit ihrem außerhalb dieses Staates gelegenen Vermögen nicht zur Steuer herangezogen wird und

b) im Entsendestaat mit ihrem gesamten Einkommen oder mit ihrem Vermögen wie in diesem Staat ansässige Personen zur Steuer herangezogen wird.

(4) Das Abkommen gilt nicht für zwischenstaatliche Organisationen, ihre Organe oder Beamten sowie nicht für Mitglieder einer diplomatischen Mission, einer konsularischen Vertretung oder der ständigen Vertretung eines dritten Staates, die sich in einem Vertragsstaat aufhalten, aber in keinem der beiden Vertragsstaaten mit ihrem Einkommen oder Vermögen wie dort ansässige Personen zur Steuer herangezogen werden.

Artikel 48

Ausdehnung des räumlichen Geltungsbereichs

(1) Dieses Abkommen kann entweder als Ganzes oder mit den erforderlichen Änderungen auf jeden Teil des Hoheitsgebiets der Vertragsstaaten ausgedehnt werden, der ausdrücklich von der Anwendung des Abkommens ausgeschlossen ist und in dem Steuern erhoben werden, die im wesentlichen den Steuern ähnlich sind, für die das Abkommen gilt. Eine solche Ausdehnung wird von dem Zeitpunkt an und mit den Änderungen und Bedingungen, einschließlich der Bedingungen für die Beendigung, wirksam, die zwischen den Vertragsstaaten durch auf diplomatischem Weg

holdelse ved kilden, skal retten til at opkræve kildeskat efter satsen i henhold til intern lovgivning ikke berøres af bestemmelserne i denne overenskomst.

2. Den således indeholdte kildeskat skal tilbagebetales efter anmodning, i det omfang dens opkrævning er begrænset af denne overenskomst.

3. Tidsfristen for anmodning om tilbagebetaling er fire år efter udløbet af det kalenderår, i hvilket de pågældende udbytter, renter, royalties eller andre former for indkomst er blevet udbetalt.

4. Den kontraherende stat, hvorfra indkomsten stammer, kan forlange en administrativ bekræftelse fra den kontraherende stat, hvori skatteyderen er hjemmehørende, med hensyn til opfyldelsen af betingelserne for fuld skattepligt i denne stat.

5. De kompetente myndigheder i de kontraherende stater skal gennemføre de foranstående bestemmelser ved gensidig aftale i henhold til artikel 43.

6. De kompetente myndigheder i de kontraherende stater kan ved gensidig aftale fastsætte anden fremgangsmåde for gennemførelsen af skattenedsættelse i henhold til denne overenskomst.

Artikel 47

Medlemmer af diplomatiske eller konsulære repræsentationer

1. Intet i denne overenskomst berører de skattemæssige begunstigelser, som medlemmer af diplomatiske eller konsulære repræsentationer så vel som embedsmænd ved internationale organisationer måtte nyde i kraft af folkerettens almindelige regler eller særlige aftaler.

2. I det omfang indkomst eller formue som følge af sådanne begunstigelser ikke beskattes i modtagerstaten, skal udsenderstaten have ret til at beskatte sådan indkomst eller formue.

3. Uanset bestemmelserne i artikel 4, skal en fysisk person, som er medlem af en kontraherende stats diplomatiske, konsulære eller faste repræsentation, som er beliggende i den anden kontraherende stat eller i en tredje stat, anses ved anvendelsen af denne overenskomst for at være hjemmehørende i udsenderstaten, hvis

a) han i henhold til folkeretten ikke er underkastet beskatning i modtagerstaten, for så vidt angår sin indkomst fra kilder uden for denne stat eller sin formue, beliggende uden for denne stat, og

b) han i udsenderstaten er underkastet beskatning af hele sin indkomst eller formue på samme måde som personer, der er hjemmehørende i denne stat.

4. Overenskomsten skal ikke gælde for internationale organisationer, for deres organer eller embedsmænd og for medlemmer af diplomatiske, konsulære eller faste repræsentationer fra en tredje stat, som opholder sig i en kontraherende stat og ikke i nogen af de kontraherende stater er underkastet beskatning af indkomst og formue på samme måde som personer, der er hjemmehørende der.

Artikel 48

Territorial udvidelse

1. Denne overenskomst kan enten i sin helhed eller med de nødvendige ændringer udvides til enhver del af det til de kontraherende stater hørende område, som specielt er holdt uden for denne overenskomsts anvendelse, og som påligner skatter af væsentlig samme art som de skatter, overenskomsten finder anvendelse på. Enhver sådan udvidelse skal have virkning fra det tidspunkt og være undergivet sådanne ændringer og betingelser, herunder betingelser vedrørende opsigelse, som måtte blive fastsat mellem de kontraherende stater i noter, der skal udveksles ad

auszutauschende Noten oder auf andere, den Verfassungen dieser Staaten entsprechende Weise vereinbart werden.

(2) Haben die beiden Vertragsstaaten nichts anderes vereinbart, so wird mit der Kündigung durch einen Vertragsstaat nach Artikel 50 die Anwendung des Abkommens in der in jenem Artikel vorgesehenen Weise auch für jeden Teil des Hoheitsgebiets der Vertragsstaaten beendet, auf den das Abkommen nach diesem Artikel ausgedehnt worden ist.

diplomatisk vej, eller på enhver anden måde, der er i overensstemmelse med deres forfatningsmæssige regler.

2. Medmindre de kontraherende stater har aftalt andet, skal opsigelsen af overenskomsten af en af dem i henhold til artikel 50 også - på den måde, som er angivet i nævnte artikel - bringe anvendelsen af overenskomsten til ophør på enhver del af det til de kontraherende stater hørende område, til hvilken den er blevet udvidet i henhold til denne artikel.

Artikel 49

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Kopenhagen ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist in beiden Staaten anzuwenden

a) bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen auf das Steuerjahr, das mit dem Kalenderjahr übereinstimmt oder es ersetzt, das unmittelbar auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist, und auf die folgenden Einkommensjahre;

b) bei der Nachlaß- und Erbschaftsteuer auf die Nachlässe von Personen, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs sterben, das auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist, und bei der Schenkungsteuer auf Schenkungen, die am oder nach dem 1. Januar des genannten Jahres ausgeführt werden;

c) auf Beistandshandlungen, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs vorgenommen werden, das auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist;

d) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt oder gutgeschrieben werden, das auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist.

(3) Mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens tritt das am 30. Januar 1962 in Kopenhagen unterzeichnete Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuer und der Grundsteuern bei den Steuern, für die dieses Abkommen nach Absatz 2 gilt, außer Kraft.

Artikel 49

Ikrafttræden

1. Denne overenskomst skal ratificeres; ratifikationsinstrumenter skal udveksles så hurtigt som muligt i København

2. Overenskomsten skal træde i kraft en måned efter udvekslingen af ratifikationsinstrumenterne, og dens bestemmelser skal have virkning i begge stater

a) for så vidt angår indkomst- og formueskatter, for det skatteår, som falder sammen med eller træder i stedet for det kalenderår, som følger umiddelbart efter det år, hvori overenskomsten trådte i kraft, og efterfølgende indkomstår;

b) for så vidt angår skatter på dødsboer og arv, for boer efter personer, som døde den 1. januar i det kalenderår, som følger efter det år, hvori overenskomsten trådte i kraft, eller senere, og for så vidt angår skatter af gaver, for gaver, som ydes den 1. januar i det nævnte år eller senere;

c) for foranstaltninger til bistand, som bliver udført den 1. januar i det kalenderår, som følger efter det år, hvori overenskomsten trådte i kraft, eller senere;

d) for så vidt angår kildeskatter på udbytter, renter og royalties, for beløb, som er betalt eller godskrevet den 1. januar i det kalenderår, som følger efter det år, hvori overenskomsten trådte i kraft, eller senere.

3. Ved overenskomstens ikrafttræden skal overenskomsten, som blev underskrevet i København den 30. januar 1962 mellem Forbundsrepublikken Tyskland og Kongeriget Danmark til undgåelse af dobbeltbeskatning og om gensidig administrativ og retslig bistand vedrørende skatter af indkomst og formue samt erhvervsskat og ejendomsskatter ophøre med at have virkning for så vidt angår skatter, som denne overenskomst finder anvendelse på i henhold til med bestemmelserne ovenfor i stykke 2.

Artikel 50

Geltungsdauer, Kündigung

Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, jedoch kann jeder der Vertragsstaaten bis zum 30. Juni eines jeden Kalenderjahrs nach Ablauf von fünf Jahren, vom Tag des Inkrafttretens an gerechnet, das Abkommen gegenüber dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg schriftlich kündigen; in diesem Fall ist das Abkommen in beiden Staaten nicht mehr anzuwenden

a) bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen auf die Steuerjahre, die am 1. Januar des Kalenderjahrs, das auf das Kündigungsjahr folgt, bereits laufen oder die am oder nach dem 1. Januar des genannten Kalenderjahrs beginnen;

b) bei der Nachlaß- und Erbschaftsteuer auf die Nachlässe von Personen, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs sterben, das auf das Kündigungsjahr folgt, und bei der Schenkungsteuer auf Schenkungen, die am oder nach dem 1. Januar des genannten Jahres ausgeführt werden;

c) auf Beistandshandlungen, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs vorgenommen werden, das auf das Kündigungsjahr folgt;

Artikel 50

Gyldighedsperiode, Opsigelse

Denne overenskomst skal forblive i kraft på ubestemt tid, men hver af de kontraherende stater kan den 30. juni eller tidligere i ethvert kalenderår efter udløbet af en periode på fem år fra datoen for dens ikrafttræden, give den anden kontraherende stat ad diplomatisk vej skriftlig meddelelse om opsigelse, og i så fald skal overenskomsten ophøre med at have virkning i begge stater

a) for så vidt angår indkomst- og formueskatter, for de skatteår, som er påbegyndt den 1. januar i det kalenderår, som følger umiddelbart efter det år, hvori underretningen er givet, eller som begynder den 1. januar i nævnte kalenderår eller senere;

b) for så vidt angår skatter på dødsboer og arv, for boer efter personer, som dør den 1. januar i det kalenderår, som følger efter det år, hvori underretning om opsigelse er givet, eller senere, og for så vidt angår skatter af gaver, for gaver, som ydes den 1. januar i det nævnte år eller senere;

c) for foranstaltninger til bistand, som udføres den 1. januar i det kalenderår, som følger efter det år, hvori underretning om opsigelse er givet, eller senere;

d) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt oder gutgeschrieben werden, das auf das Kündigungsjahr folgt.

d) for så vidt angår kildeskatter på udbytter, renter og royalties, for beløb, som bliver betalt eller godskrevet den 1. januar i det kalenderår, som følger efter det år, hvori underretning om opsigelse er givet, eller senere.

Geschehen zu Bonn am 22. November 1995 in zwei Urschriften, jede in deutscher und dänischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Udfærdiget i Bonn den 22. November 1995 i to eksemplarer, hver på dansk og tysk, således at begge tekster har lige gyldighed.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For Forbundsrepublikken Tyksland
Peter Hartmann
Dr. Theo Waigel

Für das Königreich Dänemark
For Kongeriget Danmark
Marianne Jelved

Anlage

Zu den zur Zeit bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere

1. in der Bundesrepublik Deutschland:

Abschnitt II

a) die Einkommensteuer;

b) die Körperschaftsteuer;

c) die Vermögensteuer;

d) die Gewerbesteuer;

e) die Grundsteuer;

f) der Solidaritätszuschlag zur Einkommen- und Körperschaftsteuer;

Abschnitt III

die Erbschaftsteuer und Schenkungsteuer;

Abschnitt IV

a) die Steuern der Abschnitte II und III;

b) die Umsatzsteuer;

c) die Grunderwerbsteuer;

d) die Versicherungsteuer;

e) die Kraftfahrzeugsteuer;

f) die Kirchensteuern;

g) die Getränkesteuer;

h) die Vergnügungsteuer;

i) die Verspätungszuschläge, Säumniszuschläge, Zinsen und Kosten;

2. in Dänemark:

Abschnitt II

a) die Einkommensteuer des Staates (indkomstskatten til staten);

b) die kommunale Einkommensteuer (den kommunale indkomstskat);

c) die Einkommensteuer der Kreise (den amtskommunale indkomstskat);

d) die besondere Einkommensteuer (den særlige indkomstskat);

e) die Kirchensteuer (kirkeskatten);

f) die Dividendensteuer (udbytteskatten);

Bilag

De gældende skatter, på hvilke overenskomsten skal finde anvendelse, er især:

1. i Forbundsrepublikken Tyskland

Kapitel II

a) Indkomstskat (Einkommensteuer);

b) Selskabsskat (Körperschaftsteuer);

c) Formueskat (Vermögensteuer);

d) Erhvervsskat (Gewerbesteuer);

e) Grundskat (Grundsteuer);

f) Solidaritetstillæg på indkomst- og selskabsskat (Solidaritätszuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer);

Kapitel III

Afgift af arv og gave (Erbschaft- und Schenkungsteuer);

Kapitel IV

a) Skatter omfattet af kapitel II og III;

b) Omsætningsskat (Umsatzsteuer);

c) Skat på grund-overdragelse (Grunderwerbsteuer);

d) Forsikringsskat (Versicherungsteuer);

e) Skat på motorkøretøjer (Kraftfahrzeugsteuer);

f) Kirkeskatter (Kirchensteuern);

g) Skat på drikkevarer (Getränkesteuer);

h) Forlystelsesskat (Vergnügungssteuer);

i) Tillæg ved forsinket indgivelse af selvangivelse eller forsinket betaling, renter og omkostninger (Verspätungs- und Säumniszuschläge, Zinsen und Kosten);

2. i Danmark

Kapitel II

a) Indkomstskatten til staten;

b) Den kommunale indkomstskat;

c) Den amtskommunale indkomstskat;

d) Den særlige indkomstskat;

e) Kirkeskatten;

f) Udbytteskatten;

g) die Zinssteuer (renteskatten);	g) Renteskatten;
h) die Steuer auf Lizenzgebühren (royaltyskatten);	h) Royaltyskatten;
i) die Steuern aufgrund des Gesetzes zur Besteuerung der Einkünfte aus der Gewinnung von Kohlenwasserstoffen (skatter i henhold til kulbrinteskatteloven);	i) Skatter i henhold til kulbrinteskatteloven;
j) die Vermögensteuer des Staates (formueskatten til staten);	j) Formueskatten til staten;
Abschnitt III	Kapitel III
die Erbschaft- und Schenkungsteuer (afgift af arv og gave);	Afgift af arv og gave;
Abschnitt IV	Kapitel IV
a) die Steuern der Abschnitte II und III;	a) Skatter omfattet af kapitel II og III;
b) die Grundbesitzfreigabesteuer (frigorelsesafgift);	b) Frigørelsesafgift;
c) die Landsteuer der Gemeinden (kommunal grundskyld);	c) Kommunal grundskyld;
d) die Landsteuer der Kreise (amtskommunal grundskyld);	d) Amtskommunal grundskyld;
e) die Kraftfahrzeugsteuer (registreringsafgift og vægtafgift på motorkøretøjer);	e) Registreringsafgift og vægtafgift på motorkøretøjer;
f) Steuer auf Haftpflichtversicherung für Kraftfahrzeuge usw. (afgift af ansvarsforsikring af motorkøretøjer);	f) Afgift af ansvarsforsikring af motorkøretøjer;
g) die Verspätungszuschläge, Säumniszuschläge, Zinsen und Kosten (skattetillaeg som ikke er bøder, renter og omkostninger).	g) Renter, omkostninger og skattetillæg, som ikke er bøder.

Protokoll

Protokol

Die Bundesrepublik Deutschland

und

das Königreich Dänemark

haben anläßlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen den beiden Staaten zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie bei den Nachlaß-, Erbschaft- und Schenkungsteuern und zur Beistandsleistung in Steuersachen (deutsch-dänisches Steuerabkommen) am 22. November 1995 in Bonn zu Abschnitt IV die nachstehenden Bestimmungen vereinbart, die Bestandteil des Abkommens sind:

Wenn aufgrund dieses Abkommens nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten ergänzend die nachfolgenden Bestimmungen:

a) Die Verwendung der Daten durch den empfangenden Vertragsstaat ist nur zu den in Artikel 38 genannten Zwecken und unter den dort genannten Bedingungen zulässig.

b) Der empfangende Vertragsstaat unterrichtet den übermittelnden Vertragsstaat auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.

c) Der übermittelnde Vertragsstaat ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote in Übereinstimmung mit Artikel 37 zu beachten. Erweist sich, daß unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem empfangenden Vertragsstaat unverzüglich mitzuteilen. Dieser Staat ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.

d) Dem Betroffenen ist auf Antrag vom empfangenden Vertragsstaat über die zu seiner Person übermittelten Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, daß das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person übermittelten Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaats, an den der Antrag gerichtet wird.

e) Wird jemand infolge von Übermittlungen im Rahmen des Datenaustauschs nach diesem Abkommen rechtswidrig geschädigt, haftet ihm hierfür der empfangende Vertragsstaat nach Maßgabe seines innerstaatlichen Rechts. Der empfangende Vertragsstaat kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu seiner Entlastung nicht darauf berufen, daß der Schaden durch den übermittelnden Vertragsstaat verursacht worden ist.

f) Wenn nach dem innerstaatlichen Recht des übermittelnden Vertragsstaats Löschungsfristen bestehen, weist er bei der Übermittlung darauf hin. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.

Forbundsrepublikken Tyskland

og

Kongeriget Danmark

er ved undertegnelsen i Bonn den 22. November 1995 af Overenskomsten mellem de to Stater til undgåelse af dobbeltbeskatning for så vidt angår indkomst- og formueskatter og for så vidt angår skatter i boer, af arv og af gave samt vedrørende bistand i skattesager blevet enige om følgende bestemmelser, der skal udgøre en integrerende del af nævnte overenskomst:

I tilfælde, hvor der i overensstemmelse med den nationale lovgivning er udvekslet oplysninger om personer i henhold til denne overenskomst, skal følgende tillægsbestemmelser finde anvendelse:

a) Den kontraherende stat, der modtager oplysningerne, må kun benytte sådanne oplysninger til de formål, og under de betingelser, der er fastsat i artikel 38.

b) Den kontraherende stat, der modtager oplysningerne, skal efter anmodning informere den kontraherende stat, der meddeler oplysningerne, om anvendelsen af de meddelte oplysninger og om det opnåede resultat.

c) Den kontraherende stat, der meddeler oplysningerne, skal være forpligtet til at sikre, at de oplysninger, der meddeles, er nøjagtige og at de er nødvendige for og svarer til det formål, hvortil de meddeles. Ethvert forbud mod meddelelse af oplysninger, foreskrevet i den gældende nationale lovgivning, skal overholdes i overensstemmelse med artikel 37. Hvis det viser sig, at der er meddelt unøjagtige oplysninger eller oplysninger, der ikke burde være meddelt, skal den kontraherende stat, der modtager oplysningerne, omgående informeres herom. Denne stat skal være forpligtet til at rette eller slette sådanne oplysninger.

d) Efter anmodning skal den pågældende person informeres, når der meddeles oplysninger, der angår ham, og om anvendelsen af sådanne oplysninger. Der skal ikke være pligt til at give disse informationer, hvis det alt i alt fremgår, at det offentliges interesse i at tilbageholde dem er større end den pågældende persons interesse i at modtage dem. I alle andre henseender skal den pågældende persons ret til at blive informeret, når der meddeles oplysninger, der angår ham, reguleres af den nationale lovgivning i den kontraherende stat, hvortil anmodningen om information er fremsat.

e) Den kontraherende stat, der modtager oplysningerne, skal bære ansvaret i overensstemmelse med dens nationale lovgivning over for enhver person, der måtte lide retsstridig skade som et resultat af oplysninger, der er meddelt i henhold til denne overenskomst. Den kontraherende stat, der modtager oplysningerne, kan ikke påberåbe sig overfor den skadede person, at skaden er forårsaget af den kontraherende stat, der meddeler oplysningerne.

f) Hvis der i den nationale lovgivning i den kontraherende stat, der meddeler oplysningerne, er fastsat en frist for sletning af oplysninger, skal denne stat tilkendegive en sådan frist, når oplysningerne meddeles. Uanset en sådan frist skal meddelte personoplysninger slettes, så snart de ikke længere er nødvendige for det formål, hvortil de blev meddelt.

g) Der übermittelnde und der empfangende Vertragsstaat sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.

h) Der übermittelnde und der empfangende Vertragsstaat sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

g) Den meddelende og den modtagende kontraherende stat er forpligtet til at føre officielle protokoller om meddelelse og modtagelse af personoplysninger.

h) Den meddelende og den modtagende kontraherende stat er forpligtet til at tage effektive foranstaltninger for at beskytte meddelte personoplysninger mod uautoriseret adgang, uautoriserede ændringer og uautoriseret udlevering.

Denkschrift zum Abkommen

I. Allgemeines

1. Anlaß und Zweck des Abkommens

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark besteht ein Abkommen vom 30. Januar 1962 zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuer und der Grundsteuern. Dieses Abkommen hat sich in der Vergangenheit im wesentlichen bewährt, genügt aber in vielem nicht mehr den heutigen Anforderungen. Außerdem fehlen Vereinbarungen über die Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Erbschaft- und Schenkungsteuern.

Das neue deutsch-dänische Steuerabkommen vom 22. November 1995 regelt die deutsch-dänischen Steuerbeziehungen in manchen Bereichen neu und berücksichtigt dabei die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse, das heutige Steuerrecht beider Staaten sowie deren gegenwärtige Abkommenspraxis. Es ist nach dem Abkommen mit Schweden, dem es, abgesehen von Einzelpunkten, entspricht, das zweite „Große Steuerabkommen" der Bundesrepublik Deutschland, das neben den Vorschriften zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet des Einkommens und Vermögens auch Regelungen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Erbschaftsteuern sowie zur Amts- und Rechtshilfe in Steuersachen enthält.

2. Gliederung des Abkommens

Das Abkommen ist in 6 Abschnitte gegliedert:

Abschnitt I:	Allgemeine Bestimmungen (Artikel 1 bis 5)
Abschnitt II:	Besteuerung des Einkommens und Vermögens (Artikel 6 bis 24)
Abschnitt III:	Besteuerung von Nachlässen, Erbschaften und Schenkungen (Artikel 25 bis 28)
Abschnitt IV:	Beistand in Steuersachen (Artikel 29 bis 40)
Abschnitt V:	Schutz des Steuerpflichtigen und Verständigung (Artikel 41 bis 44)
Abschnitt VI:	Besondere Bestimmungen (Artikel 45 bis 50)

Durch die umfassenden Regelungen sowohl zu den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen als auch hinsichtlich der Erbschaft- und Schenkungsteuern und der Amtshilfe ergeben sich beim Aufbau des Abkommens Abweichungen gegenüber den anderen von Deutschland abgeschlossenen Abkommen (ausgenommen das Doppelbesteuerungsabkommen mit Schweden vom 14. Juli 1992) und den OECD-Musterabkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung des Einkommens und des Vermögens sowie der Nachlässe, Erbschaften und Schenkungen. Der Vorteil eines solchen Abkommens liegt für den Anwender aber in der Übersichtlichkeit und Einheitlichkeit der Regelungen. Außerdem wird der Normenflut entgegengewirkt.

Inhalt und Regelungsbereiche der Artikel 1 bis 24 (Abschnitte I und II) sind dem OECD-Musterabkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung des Einkommens und des Vermögens nachgebildet. Die allgemeinen Begriffsbestimmungen der Artikel 1 bis 5 des Abkommens gelten sowohl für den ertragsteuerlichen Teil als auch für den Erbschaftsteuer- und den Amtshilfeteil (z.B. räumlicher Geltungsbereich, Begriffe des „unbeweglichen Vermögens" und der „in einem Vertragsstaat ansässigen Person").

Die Artikel 6 bis 23 legen den Rahmen fest, innerhalb dessen der Wohnsitz- oder Quellenstaat Einkünfte oder das Vermögen besteuern darf. Artikel 24 bestimmt, wie der Wohnsitzstaat die Doppelbesteuerung vermeidet, wenn das Besteuerungsrecht dem Quellenstaat ganz oder teilweise zugewiesen ist. Für die Erbschaft- und Schenkungsteuer finden sich entsprechende Regelungen in den Artikeln 25 bis 28. Sie sind den Regelungen des OECD-Musterabkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung der Nachlässe, Erbschaften und Schenkungen nachgebildet.

Die Artikel 29 bis 40 bestimmen das Verfahren zur gegenseitigen Amtshilfe. Sie orientieren sich an den Regelungen des EG-Amtshilfe-Gesetzes vom 19. Dezember 1985 (BGBl. I S. 2436) und dem OECD-Musterabkommen zur gegenseitigen Amtshilfe.

Die Artikel 41 bis 44 regeln den Schutz vor steuerlicher Diskriminierung und die Durchführung von Konsultations- und Verständigungsverfahren. In den Artikeln 45 bis 50 sind Sonderbestimmungen für die Abkommensanwendung sowie die üblichen Regelungen für das Inkraft- und Außerkrafttreten des Abkommens enthalten.

Zu dem Abkommen gehört eine besondere Anlage, die ein Verzeichnis der Steuern enthält, für die das Abkommen gilt.

3. Rechtsänderungen durch das Abkommen

Das neue Abkommen weicht in manchen Punkten von den bisherigen Vereinbarungen ab. Insbesondere enthält es erstmals Regelungen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Erbschaft- und Schenkungsteuern. In weiten Bereichen entspricht es jedoch dem bisherigen Vertrag. Dies gilt z.B. für die Anwendung des Belegenheitsprinzips bei Einkünften aus Grundvermögen oder des Betriebsstättenprinzips bei gewerblichen Einkünften.

Zu den wichtigsten Änderungen durch das Abkommen gehören:

- Das Gebiet des jeweiligen Festlandsockels der Vertragsstaaten wird in den räumlichen Geltungsbereich einbezogen (Artikel 3 Abs. 1).
- Der Kapitalertragsteuersatz auf Dividenden im Mutter-/Tochterverhältnis wird in Deutschland von bisher 10 v.H. auf 5 v.H. gesenkt. Die günstigeren Regelungen des innerstaatlichen Rechts aufgrund der Mutter-Tochter-Richtlinie der EU bleiben dabei vorbehalten.
- Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen an Grundstücksgesellschaften können im Staat der Belegenheit der Grundstücke besteuert werden (Artikel 13 Abs. 1 Satz 2).
- Bei Wohnsitzwechsel von dem einen in den anderen Staat behält der bisherige Wohnsitzstaat unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit, bei Anteilen an Gesellschaften dieses Staates Vermögenszuwächse bis zum Wohnsitzwechsel zu besteuern (Artikel 13 Abs. 5).

- Geschäftsleitungsvergütungen können im Staat der Geschäftsleitung der Gesellschaft besteuert werden, die die Vergütungen zahlt (Artikel 16 Abs. 2).
- Bei Einkünften der Künstler und Sportler wird – entsprechend dem OECD-Musterabkommen – das Besteuerungsrecht des Tätigkeitsstaats erweitert (Artikel 17).
- Sozialversicherungsrenten können nur im Quellenstaat besteuert werden (Artikel 18 Abs. 2).
- Ruhegehälter (Ausnahme: Ruhegehälter des öffentlichen Dienstes) können grundsätzlich nur im Wohnsitzstaat besteuert werden. Bei Wohnsitzwechsel von dem einen in den anderen Vertragsstaat bleibt jedoch das Besteuerungsrecht des Quellenstaats unberührt, sofern der Steuerpflichtige nicht bereits vor Inkrafttreten des Abkommens in dem anderen Vertragsstaat ansässig geworden ist (Artikel 18 Abs. 1 und 4).
- Einkünfte aus der Untersuchung, Erforschung und Förderung von Erdölvorkommen können – von kurzfristigen Einsätzen abgesehen – ungeachtet der anderen Abkommensbestimmungen im Tätigkeitsstaat besteuert werden (Artikel 23).
- Bei den Ertragsteuern wird Deutschland als Wohnsitzstaat die Doppelbesteuerung in größerem Umfang als bisher durch Steueranrechnung vermeiden (Artikel 24 Abs. 1); Dänemark geht zur Vermeidung der Doppelbesteuerung generell auf die Anrechnungsmethode über (Artikel 24 Abs. 2). Bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer wenden beide Staaten die Anrechnungsmethode an (Artikel 26).
- In Fällen ungerechtfertigter Doppelentlastungen ist jeder der beiden Vertragsstaaten als Wohnsitzstaat unter bestimmten Voraussetzungen berechtigt, von der Freistellungsmethode zur Anrechnungsmethode überzugehen (Artikel 45 Abs. 1).

Das neue Abkommen wird grundsätzlich mit Beginn des Kalenderjahrs anzuwenden sein, das dem Jahr folgt, in dem es in Kraft getreten ist (Artikel 49 Abs. 2).

II. Zu den einzelnen Artikeln des Abkommens

Die Abkommensregelungen folgen weitgehend den OECD-Musterabkommen in der in der deutschen Vertragspraxis üblichen Form sowie der mit dem EG-Amtshilfegesetz in deutsches Recht umgesetzten EG-Amtshilfe-Richtlinie. Nachfolgend wird in der Regel nur auf wichtigere Abweichungen hiervon sowie zwischen bisherigem und neuem Vertragsrecht hingewiesen.

Zu den Artikeln 1 bis 5

Die Artikel 1 bis 5 (Abschnitt I) enthalten allgemeine Bestimmungen.

Artikel 1

Dieser Artikel umschreibt in allgemeiner Form die Ziele des Abkommens, nämlich die Doppelbesteuerung zu vermeiden, Amtshilfe zu leisten und die steuerlichen Beziehungen zwischen den beiden Vertragsstaaten zu verbessern.

Artikel 2

Der Artikel bestimmt die Steuern, die unter das Abkommen fallen. Dabei nennt er in Absatz 1 – entsprechend der Gliederung des Abkommens – die von den jeweiligen Abschnitten erfaßten Steuern; unter Abschnitt II fallen die Steuern vom Einkommen und vom Vermögen; unter Abschnitt III fallen die Nachlaß-, Erbschaft- und Schenkungsteuern. Abschnitt IV, der den Beistand in Steuersachen regelt, gilt für Steuern jeder Art und Bezeichnung mit Ausnahme der Zölle und Verbrauchsteuern.

Absatz 2 weist auf die Anlage zum Abkommen hin, in der die unter das Abkommen fallenden Steuern, die bei Unterzeichnung des Abkommens bestanden, für jeden der beiden Staaten im einzelnen aufgeführt sind.

Absatz 3 enthält die übliche Klausel, wonach das Abkommen auch für Steuern gleicher oder ähnlicher Art gilt, die später erhoben werden.

Absatz 4 grenzt den Geltungsbereich des Abkommens hinsichtlich der Bestimmungen über die Zuweisung der Besteuerungsrechte besonders ab. Danach gilt der Abschnitt II des Abkommens (Besteuerung des Einkommens und des Vermögens) für Personen, die in einem oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind (Buchstabe a). Abschnitt III des Abkommens (Besteuerung von Nachlässen, Erbschaften und Schenkungen) gilt – entsprechend dem OECD-Musterabkommen – in allen Fällen, in denen Erblasser oder Schenker im Zeitpunkt der Vermögensübertragung in einem oder in beiden Vertragsstaaten ansässig waren (Buchstabe b). Für die anderen Abschnitte des Abkommens gibt es keine Beschränkungen.

Artikel 3

Der Artikel definiert in Absatz 1 einige im Abkommen wiederholt verwendete Begriffe. Dabei gelten die Definitionen für alle Abschnitte des Abkommens gleichermaßen. Das Abkommen soll – entsprechend der neueren Vertragspraxis – auch für den Festlandsockel beider Staaten gelten, soweit diesen dort Souveränitätsrechte zustehen.

Absatz 2 bestimmt, daß das Abkommen bei seiner Anwendung grundsätzlich aus sich selbst heraus auszulegen ist. Erst wenn dies nicht möglich ist, ist auf das innerstaatliche Recht als subsidiäre Auslegungsquelle zurückzugreifen.

Artikel 4

Dieser Artikel definiert den Begriff der in einem Vertragsstaat ansässigen Person, der für den persönlichen Geltungsbereich des Abkommens und für die Abgrenzung der Besteuerungsrechte der Vertragsstaaten maßgebend ist. Danach bestimmt sich die Ansässigkeit grundsätzlich nach den Merkmalen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten (Absatz 1).

Ist eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so wird für die Abkommensanwendung nach bestimmten Kriterien nur einer der beiden Staaten als Wohnsitzstaat angesehen (Absatz 2). Tritt der Fall der doppelten Ansässigkeit bei juristischen Personen auf, so ist nach Absatz 3 für die Entscheidung über die Ansässigkeit im Sinne des Abkommens der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung maßgebend.

Artikel 5

Dieser Artikel definiert den Begriff „Betriebsstätte", der Anknüpfungspunkt für die Zuweisung des Besteuerungsrechts für gewerbliche Gewinne ist (vgl. auch die Ausführungen zu Artikel 7). Die einzelnen Regelungen, insbeson-

dere die Ausnahmetatbestände (z. B. für Einrichtungen zur Lagerhaltung, für Einkaufs- oder Informationsbeschaffung sowie für abhängige und selbständige Vertreter) entsprechen dem OECD-Musterabkommen; gegenüber dem bisherigen Abkommen ergeben sich keine Änderungen.

Zu den Artikeln 6 bis 24

Die Artikel 6 bis 24 (Abschnitt II) behandeln die Besteuerung des Einkommens und des Vermögens.

Artikel 6

Der Artikel bestimmt, daß Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen in dem Staat besteuert werden können, in dem das Vermögen liegt. Die Bestimmung gilt nach Absatz 2 nur für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung des unbeweglichen Vermögens, nicht dagegen – anders als im alten Abkommen – auch für Einkünfte, die bei der Veräußerung unbeweglichen Vermögens entstehen. Die Zuteilung des Besteuerungsrechts für Einkünfte aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens ergibt sich im neuen Abkommen aus Artikel 13 Abs. 1. Auf die dortigen Ausführungen wird insoweit verwiesen.

Absatz 3 stellt klar, daß die Regelungen in Artikel 6 den Bestimmungen in Artikel 7 (Unternehmensgewinne) und Artikel 14 (selbständige Arbeit) vorgehen, soweit es sich um Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen des gewerblichen Unternehmens oder des Freiberuflers handelt. Die Rechtslage bleibt gegenüber dem bisherigen Abkommen unverändert.

Artikel 7

Dieser Artikel regelt die Besteuerung der gewerblichen Gewinne. Nach Absatz 1 darf ein Staat die gewerblichen Gewinne von Unternehmen des anderen Staates nur insoweit besteuern, als sie einer in seinem Gebiet gelegenen Betriebsstätte zuzurechnen sind („Betriebsstättenprinzip"). Die Absätze 2 bis 6 enthalten Bestimmungen über die Ermittlung und Zurechnung der Betriebsstättengewinne. Absatz 7 regelt das Verhältnis der Betriebsstättenbesteuerung zu den Bestimmungen über die Besteuerung anderer Einkünfte.

Artikel 8

Dieser Artikel bestimmt, daß Unternehmensgewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr und dem Betrieb von Schiffen, die der Binnenschiffahrt dienen sowie aus dem Betrieb von Containern nur in dem Staat besteuert werden können, in dem sich die Geschäftsleitung des Unternehmens befindet. Die Regelung für Gewinne aus der Nutzung von Containern ist im bisherigen Abkommen nicht enthalten; sie entspricht der neueren Vertragspraxis der Mitgliedstaaten der OECD.

Artikel 9

Diese Bestimmung enthält in Absatz 1 den für die Ermittlung der Einkünfte aus Geschäftsbeziehungen zwischen verbundenen Unternehmen international anerkannten Grundsatz des Fremdverhaltens. Danach können die Finanzbehörden die Gewinne verbundener Unternehmen berichtigen, wenn Bedingungen vereinbart worden sind, die diesem Grundsatz nicht entsprechen. Absatz 2 bietet die Grundlage dafür, daß bei der Gewinnberichtigung in einem Staat in dem anderen Staat eine Gegenberichtigung vorgenommen werden kann, soweit Einigkeit über deren Begründetheit besteht. Im alten Abkommen fehlte eine entsprechende Regelung. Für eine übereinstimmende Abgrenzung der Einkünfte zwischen verbundenen Unternehmen steht nicht nur das Verständigungsverfahren nach Artikel 43, sondern auch das Verständigungs- und Schiedsverfahren nach dem Übereinkommen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union über die Beseitigung der Doppelbesteuerung im Falle von Gewinnberichtigungen zwischen verbundenen Unternehmen vom 23. Juli 1993 (BGBl. 1993 II S. 1308), das am 1. Januar 1995 in Kraft getreten ist (BGBl. 1995 II S. 84) zur Verfügung.

Artikel 10

Der Artikel behandelt die Besteuerung von Dividenden. Nach Absatz 1 können sie – wie schon bisher – im Wohnsitzstaat des Empfängers (Nutzungsberechtigter) besteuert werden.

Nach Absatz 2 kann auch der Staat, in dem die ausschüttende Gesellschaft ihren Sitz hat (Quellenstaat), die abfließenden Dividenden besteuern. Das Besteuerungsrecht ist allgemein auf 15 v.H. des Bruttobetrags der Dividenden begrenzt.

Absatz 3 enthält hiervon abweichende Regelungen für Dividendenzahlungen von Tochtergesellschaften an ihre im anderen Staat ansässigen Muttergesellschaften (Mindestbeteiligung 10 v. H.). Bei solchen Dividenden darf eine Kapitalertragsteuer in Höhe von 5 v. H. des Bruttobetrags der Dividenden erhoben werden. Die günstigeren Regelungen des beiderseitigen innerstaatlichen Rechts aufgrund der EG-Mutter-Tochter-Richtlinie (Nullsteuersatz; in Deutschland allerdings erst ab 1. Juli 1996) bleiben unberührt.

Die Absätze 4, 5, 6 und 7 enthalten der deutschen Verwaltungspraxis entsprechende Ergänzungsregelungen. Dabei definiert Absatz 4 den Begriff der „Dividenden" im Sinne des Abkommens. Dazu gehören in Deutschland auch Ausschüttungen auf Anteilscheine an Investmentvermögen sowie Einkünfte aus partiarischen Darlehen, Gewinnobligationen und stillen Beteiligungen. Absatz 5 bestimmt, daß jeder der Vertragsstaaten gewinnabhängige Vergütungen nach seinem innerstaatlichen Recht besteuern kann. Damit wird ein Ausgleich dafür geschaffen, daß diese Vergütungen aufgrund ihrer Abzugsfähigkeit bei der Gewinnermittlung im Quellenstaat nicht besteuert werden. Vergleichbare Regelungen finden sich in allen neueren von Deutschland abgeschlossenen Abkommen.

Absatz 6 enthält den international üblichen Betriebsstättenvorbehalt, Absatz 7 die übliche Klausel zur Begrenzung der Dividendenbesteuerung (Vermeidung der exterritorialen Besteuerung).

Artikel 11

Diese Bestimmung behandelt die Besteuerung von Zinsen. Nach Absatz 1 können Zinsen nur im Wohnsitzstaat des Empfängers (Nutzungsberechtigter) besteuert werden. Der Begriff der Zinsen wird in Absatz 2 näher erläutert. Einkünfte, die nach Artikel 10 Abs. 4 als Dividenden gelten, fallen in keinem Fall darunter (z. B. der Gewinnanteil des stillen Gesellschafters oder die Vergütungen für ein partiarisches Darlehen). Die Absätze 3 und 4 enthalten

den üblichen Betriebsstättenvorbehalt und behandeln den Fall der Zahlung überhöhter Zinsen zwischen Nahestehenden.

Artikel 12

Der Artikel regelt die Besteuerung der Lizenzgebühren. Sie können gemäß Absatz 1 nur im Wohnsitzstaat des Empfängers (Nutzungsberechtigter) besteuert werden. Absatz 2 enthält die Definition des Begriffs „Lizenzgebühren“. Die Absätze 3 und 4 enthalten den üblichen Betriebsstättenvorbehalt und regeln den Fall der Zahlung unangemessen hoher Lizenzgebühren zwischen Nahestehenden.

Artikel 13

Dieser Artikel regelt die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen. Die Besteuerung dieser Gewinne ist grundsätzlich dem Wohnsitzstaat vorbehalten (Absatz 4).

Der Belegenheitsstaat darf jedoch Gewinne aus der Veräußerung von unbeweglichem Vermögen besteuern. Dies gilt auch für Veräußerungsgewinne von Beteiligungen an Gesellschaften, deren Vermögen hauptsächlich aus im Belegenheitsstaat befindlichem unbeweglichem Vermögen oder Rechten davon besteht (Absatz 1). Das alte Abkommen enthielt keine entsprechende Regelung.

Ebenfalls darf der Belegenheitsstaat Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen von Betriebsstätten und festen Einrichtungen besteuern (Absatz 2). Gewinne aus der Veräußerung von im internationalen Verkehr betriebenen Seeschiffen und Luftfahrzeugen und von Schiffen, die der Binnenschiffahrt dienen oder ihnen dienenden beweglichem Vermögen können nur in dem Staat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet (Absatz 3).

Absatz 5 behandelt Vermögenszuwächse und Veräußerungsgewinne bei Anteilen an Gesellschaften bei Wohnsitzverlegung. Die Vorschrift, die im alten Abkommen nicht enthalten ist, gestattet dem bisherigen Wohnsitzstaat nach Maßgabe seines innerstaatlichen Rechts die Besteuerung des Vermögenszuwachses bis zum Wohnsitzwechsel; diese Steuer rechnet der neue Wohnsitzstaat auf den entsprechenden Teil seiner Einkommensteuer an. Damit ist die Anwendung des § 6 des Außensteuergesetzes für derartige Tatbestände sichergestellt.

Artikel 14

Die Bestimmung regelt die Besteuerung der Einkünfte aus selbständiger Arbeit. Das Besteuerungsrecht hierfür steht nach Absatz 1 nur dem Wohnsitzstaat zu. Die Einkünfte können jedoch im anderen Staat besteuert werden, wenn die Tätigkeit dort im Rahmen einer festen Einrichtung ausgeübt wird. Absatz 2 erläutert beispielhaft den Begriff des „freien Berufs“ im Sinne dieses Artikels.

Artikel 15

Dieser Artikel regelt die Besteuerung der Einkünfte aus unselbständiger Arbeit. Das Besteuerungsrecht steht grundsätzlich dem Wohnsitzstaat zu; bei Ausübung der Tätigkeit im anderen Staat können sie dort besteuert werden (Absatz 1).

Absatz 2 enthält die übliche 183-Tage-Klausel, wonach in einem Vertragsstaat ansässige Arbeitnehmer, die vorübergehend an bis zu 183 Tagen im anderen Staat tätig sind, nur im Wohnsitzstaat besteuert werden können, wenn die Vergütungen von einem Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im Tätigkeitsstaat ansässig ist, und sie nicht von einer Betriebsstätte getragen werden, die der Arbeitgeber im Tätigkeitsstaat hat.

Absatz 3 enthält eine Sonderregelung für das Bordpersonal von Seeschiffen und Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr und für das Bordpersonal von Schiffen, die der Binnenschiffahrt dienen.

Eine weitere Sonderregelung in Absatz 4 bestimmt, daß die an Leiharbeitnehmer gezahlten Arbeitsvergütungen ohne Beschränkung auch im Tätigkeitsstaat besteuert werden können. Eine doppelte Besteuerung wird gemäß Artikel 24 Abs. 1 Buchstabe b Doppelbuchstabe bb, Abs. 2 Buchstabe a durch Steueranrechnung im Wohnsitzstaat vermieden. Etwaige Probleme bei der praktischen Abwicklung sind erforderlichenfalls durch eine besondere Verständigungsvereinbarung nach Artikel 43 des Abkommens zu lösen.

Artikel 16

Nach diesem Artikel dürfen Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen in dem Staat besteuert werden, in dem die zahlende Gesellschaft ansässig ist. Diese Vorschrift entspricht der Regelung in Artikel 8 Abs. 3 des alten Abkommens. Nach Absatz 2 gilt diese Zuweisung der Besteuerung auch für Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als nach Handelsrecht verantwortlicher Leiter einer im anderen Staat ansässigen Gesellschaft – z. B. als Geschäftsführer oder als Vorstandsmitglied – bezieht. Das alte Abkommen enthielt für die in Absatz 2 behandelten Fälle keine Sonderregelung. Das Besteuerungsrecht stand daher dem Staat zu, dem nach den Vorschriften über die unselbständige Arbeit das Besteuerungsrecht zugewiesen wurde.

Artikel 17

Dieser Artikel behandelt die Besteuerung der Künstler und Sportler. Nach der Regelung dürfen Künstler und Sportler ungeachtet der Bestimmungen in den Artikeln 7, 14 und 15 im Tätigkeitsstaat besteuert werden (Absatz 1).

Absatz 2 enthält eine Regelung zur Verhinderung von Steuerumgehungen. Danach bleibt das Besteuerungsrecht des Tätigkeitsstaats auch dann erhalten, wenn die Vergütungen einer anderen Person als dem Künstler oder Sportler zufließen.

Nach Absatz 3 verbleibt das Besteuerungsrecht beim Wohnsitzstaat, wenn der Auftritt des Künstlers oder Sportlers im anderen Staat im wesentlichen Umfang aus öffentlichen Kassen des Wohnsitzstaats unterstützt wird.

Das bisherige Abkommen enthielt keine entsprechende Bestimmung für Künstler und Sportler; in Artikel 8 Abs. 2 bestand lediglich eine Regelung für Einkünfte aus persönlich ausgeübter künstlerischer oder sportlicher Tätigkeit.

Artikel 18

Nach Absatz 1 können Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen nur im Wohnsitzstaat besteuert werden.

Verlegt ein Empfänger von solchen Vergütungen seinen Wohnsitz aus dem Quellenstaat in den anderen Staat, so kann nach Absatz 4 auch der Quellenstaat diese Vergü-

tungen besteuern, es sei denn, die Wohnsitzverlegung erfolgt vor Inkrafttreten des Abkommens. Der neue Wohnsitzstaat gleicht die Doppelbesteuerung nach Artikel 24 durch Anrechnung der Steuern des Quellenstaats aus.

Bezüge aus der gesetzlichen Sozialversicherung können nur im Quellenstaat besteuert werden (Absatz 2). Dies gilt nach Absatz 3 auch für Wiedergutmachungsleistungen als Folge von Kriegshandlungen oder politischer Verfolgung.

Unterhaltszahlungen und ähnliche Leistungen können gemäß Absatz 6 nur im Wohnsitzstaat des Empfängers besteuert werden. Die aus Deutschland stammenden Unterhaltszahlungen sind beim Schuldner im selben Umfang wie für einen im Inland ansässigen Empfänger abzugsfähig. Diese Regelung bezieht sich auf § 10 Abs. 1 Nr. 1 EStG, der die Abzugsfähigkeit von Unterhaltszahlungen an den geschiedenen oder dauernd getrennt lebenden Ehegatten von dem Wohnsitz des Empfängers in Deutschland abhängig macht.

Artikel 19

Dieser Artikel regelt die Besteuerung der Bezüge aus öffentlichen Kassen. Nach Absatz 1 dürfen Arbeitsvergütungen, die aus öffentlichen Kassen gezahlt werden, nur im Kassenstaat besteuert werden. Jedoch ist der Wohnsitzstaat steuerberechtigt, wenn die dort geleisteten Dienste von einer Person erbracht werden, die dort ansässig ist, nicht die Staatsangehörigkeit des Kassenstaats besitzt und der Kassenstaat diese Bezüge nach seinem Recht nicht besteuern kann. Entsprechendes gilt für die in Absatz 4 genannten Vergütungen an Beamte der Bahn und Post, Gehaltszahlungen des Goethe-Instituts oder Ausgleichszahlungen für Lehrkräfte.

Absatz 2 weist das Besteuerungsrecht für Ruhegehälter aus öffentlichen Kassen ausschließlich dem Kassenstaat zu. Nach Absatz 4 Buchstabe a wird die Regelung erweitert auf die Gehaltszahlungen an Beamte der Bahn, Post und Bundesbank sowie die von den entsprechenden dänischen Stellen gezahlten Ruhegehälter.

Absatz 3 enthält den üblichen Vorbehalt, wonach von gewerblichen Betrieben der öffentlichen Hand gezahlte Arbeitsvergütungen und Ruhegehälter nicht zu den Bezügen aus öffentlichen Kassen zählen. Die Zuteilung des Besteuerungsrechts richtet sich daher nach den allgemeinen Regeln des Abkommens.

Durch Absatz 4 letzter Satz wird sichergestellt, daß die in Absatz 4 besonders genannten Vergütungen auch dann besteuert werden, wenn nach dem innerstaatlichen Steuerrecht des berechtigten Staates keine Steuerpflicht gegeben ist. Zur Vermeidung der doppelten Steuerbefreiung darf in diesem Fall der andere Staat besteuern.

Artikel 20

Dieser Artikel soll den Austausch von in Ausbildung stehenden Personen fördern. Er befreit Unterhalts- und Studiengelder von der Steuer des Empfangsstaats, sofern diese Gelder nicht aus Quellen dieses Staates stammen.

Artikel 21

Absatz 1 weist das Besteuerungsrecht für Einkünfte, die in den anderen Artikeln des Abkommens nicht behandelt werden, ausschließlich dem Wohnsitzstaat zur Besteuerung zu. Der Anwendungsbereich des Artikels beschränkt sich nicht auf Einkünfte aus den beiden Vertragsstaaten; er gilt auch für Einkünfte aus Drittstaaten.

Absatz 2 sieht die übliche Ausnahme für Einkünfte vor, die mit der Tätigkeit einer Betriebsstätte oder festen Einrichtung zusammenhängen, die eine Person im anderen Vertragsstaat hat.

Artikel 22

Diese Bestimmung behandelt die Besteuerung des Vermögens. Nach den Absätzen 1 und 2 dürfen unbewegliches Vermögen und das bewegliche Vermögen, das zu einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung gehört, im Belegenheitsstaat besteuert werden. Für Seeschiffe und Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr sowie für Schiffe der Binnenschiffahrt weist Absatz 3 das Besteuerungsrecht dem Staat zu, in dem das Transportunternehmen seine Geschäftsleitung hat. Dies gilt auch für bewegliches Vermögen, das dem Betrieb der genannten Verkehrsmittel dient. Alle anderen Vermögensteile dürfen nach Absatz 4 nur im Wohnsitzstaat besteuert werden.

Artikel 23

Dieser Artikel enthält Sonderregelungen für Einkünfte aus der vorbereitenden Untersuchung und Erforschung von Erdölvorkommen und der Erdölförderung auf dem Festland und Festlandsockel beider Staaten.

Absatz 1 bestimmt, daß Gewinne aus Tätigkeiten im Zusammenhang mit vorbereitenden Untersuchungen, der Erforschung und der Förderung von Erdölvorkommen im Tätigkeitsstaat besteuert werden können. Das Besteuerungsrecht des Tätigkeitsstaats ist nach Absatz 2 lediglich dann nicht gegeben, wenn diese Tätigkeiten an insgesamt höchstens 30 Tagen während eines Zeitraums von 12 Monaten ausgeübt werden; zur Verhinderung von Mißbräuchen sind zeitlich beschränkte Tätigkeiten verbundener Unternehmen zur Berechnung der 30-Tage-Frist zusammenzurechnen.

Das Besteuerungsrecht des Tätigkeitsstaats für die Tätigkeiten einer vor der Küste liegenden Bohrinsel ist nach Absatz 3 allerdings dann nicht gegeben, wenn diese Tätigkeiten nicht für einen Zeitraum von insgesamt mehr als 365 Tagen innerhalb einer Zeitspanne von 18 Monaten ausgeübt werden; zur Vermeidung von Mißbräuchen werden kurzfristige Tätigkeiten verbundener Unternehmen zur Ermittlung der 365-Tage-Frist ebenfalls zusammengerechnet.

Nach Absatz 4 dürfen Gewinne aus Beförderungsleistungen zur Versorgung der Arbeitsorte nur im Staat der Geschäftsleitung des ausführenden Unternehmens besteuert werden.

Absatz 5 behandelt Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit an Bord von Schiffen und Luftfahrzeugen im Zusammenhang mit den Beförderungsleistungen zur Versorgung der Arbeitsorte; sie dürfen nur in dem Staat der Geschäftsleitung des ausführenden Unternehmens besteuert werden.

Absatz 6 regelt die Zuteilung des Besteuerungsrechts von Aufgabegewinnen, die im Zusammenhang mit kurzfristigen Tätigkeiten einer Bohrinsel entstehen. Diese Gewinne sind im Tätigkeitsstaat von der Steuer befreit.

Artikel 24

Dieser Artikel regelt, wie der Wohnsitzstaat die Doppelbesteuerung bei den in Abschnitt II des Abkommens behandelten Einkünften und Vermögenswerten vermeidet, die auch im Quellen- bzw. Belegenheitsstaat besteuert werden können. Während bisher die Doppelbesteuerung in beiden Staaten fast ausschließlich durch die Freistellungsmethode vermieden wurde, wird sie nunmehr – der neueren Vertragspraxis beider Staaten folgend – in Deutschland verstärkt durch Steueranrechnung und in Dänemark nahezu ausschließlich durch Steueranrechnung vermieden.

Absatz 1 bestimmt, wie Deutschland bei einer in seinem Gebiet ansässigen Person die doppelte Besteuerung der Einkünfte und der Vermögenswerte, die in Dänemark besteuert werden können, vermeidet. Grundsätzlich wird bei Einkünften und Vermögenswerten, insbesondere bei Beteiligungen von mindestens 10 v. H. an dänischen Kapitalgesellschaften und Einkünften aus diesen Beteiligungen – Schachtelfreistellung über die Grenze –, die Doppelbesteuerung durch Freistellung mit Progressionsvorbehalt vermieden (Absatz 1 Buchstabe a).

Bei den nachfolgend genannten Einkünften wird die Doppelbesteuerung durch Anrechnung der dänischen Steuer vermieden (Absatz 1 Buchstabe b):

- Dividenden aus Streubesitz,
- Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen an Grundstücksgesellschaften (Artikel 13 Abs. 1 Satz 2),
- Vergütungen für nichtselbständige Arbeit im Rahmen gewerbsmäßiger Arbeitnehmerüberlassung (Artikel 15 Abs. 4),
- Aufsichtsrats-, Verwaltungsrats- und Geschäftsleitungsvergütungen (Artikel 16),
- Einkünfte aus einer Tätigkeit als Künstler oder Sportler (Artikel 17),
- Ruhegehälter, ähnliche Vergütungen und Renten, die unter den in Artikel 18 Abs. 4 genannten Voraussetzungen einer natürlichen Person aus dem früheren Ansässigkeitsstaat zufließen und
- Einkünfte im Zusammenhang mit der Untersuchung, Erforschung und Förderung von Erdölvorkommen.

Absatz 1 Buchstabe c stellt klar, daß die Vorschriften zur Vermeidung der Doppelbesteuerung der Herstellung der Ausschüttungsbelastung nach dem deutschen Körperschaftsteuerrecht bei der Weiterausschüttung von aus Dänemark stammenden Einkünften nicht entgegenstehen.

Absatz 2 bestimmt, wie Dänemark bei einer in seinem Gebiet ansässigen Person die doppelte Besteuerung der Einkünfte und Vermögenswerte, die auch in Deutschland besteuert werden können, vermeidet. Dies geschieht grundsätzlich durch Steueranrechnung (Buchstaben a und b). Die Freistellungsmethode gilt nach Buchstabe c nur für Schachteldividenden (Beteiligung der dänischen Muttergesellschaft an der deutschen Tochtergesellschaft mindestens 10 v. H.) und nach Buchstabe f für Einkünfte, die nach dem Abkommen ausdrücklich nur in Deutschland besteuert werden dürfen (z. B. Einkünfte aus nichtselbständiger Tätigkeit nach Artikel 15 Abs. 1 oder 3). Im letzteren Fall darf Dänemark diese Einkünfte nach Buchstabe f nur zur Ermittlung des Steuersatzes berücksichtigen (Progressionsvorbehalt). Die Freistellung der Schachteldividenden setzt zudem voraus, daß die ausschüttende Gesellschaft der normalen Besteuerung unterlegen hat (Buchstabe d). Ist das nicht der Fall, findet lediglich die Anrechnungsmethode Anwendung, wobei außer der deutschen Kapitalertragsteuer und der deutschen Körperschaftsteuer auch die deutsche Gewerbeertragsteuer angerechnet wird (Buchstabe e).

Absatz 3 stellt für beide Vertragsstaaten klar, daß Einkünfte im Wohnsitzstaat nur dann von der Besteuerung freizustellen sind, wenn sie im anderen Staat in Übereinstimmung mit dem Abkommen tatsächlich besteuert wurden.

Zu den Artikeln 25 bis 28

Die Artikel 25 bis 28 (Abschnitt III des Abkommens) enthalten die Regelungen zur Besteuerung von Nachlässen, Erbschaften und Schenkungen.

Artikel 25

Diese Bestimmung enthält die Grundregel für die Besteuerung von Nachlässen, Erbschaften und Schenkungen. Nach Absatz 3 kann alles Vermögen, das Teil des Nachlasses oder einer Schenkung einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person ist, ohne Rücksicht auf seine Belegenheit grundsätzlich nur im Ansässigkeitsstaat besteuert werden. Dies schließt die Besteuerung des im anderen Vertragsstaat ansässigen Erwerbers ein (Artikel 26). Abweichend davon kann in einem Staat liegendes unbewegliches Vermögen als Teil des Nachlasses oder der Schenkung einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person auch im Belegenheitsstaat besteuert werden (Absatz 1). Entsprechendes gilt nach Absatz 2 für den Nachlaß oder die Schenkung von beweglichem Vermögen eines Unternehmens, das zu einer Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört.

Artikel 26

Dieser Artikel regelt, wie der Wohnsitzstaat des Erblassers, Schenkers oder Erwerbers die Doppelbesteuerung beim Übergang von Vermögenswerten vermeidet, die nach dem Abkommen auch im anderen Staat besteuert werden können. Dies geschieht in beiden Staaten durch Steueranrechnung. Die Regelungen in Absatz 1 gelten für in Deutschland ansässige Erblasser, Schenker oder Erwerber; Absatz 2 enthält die entsprechenden Regelungen für in Dänemark ansässige Erblasser, Schenker oder Erwerber. In beiden Staaten ist Obergrenze für die Anrechnung die eigene Steuer, die auf das jeweilige Vermögen entfällt.

Artikel 27

Dieser Artikel enthält eine besondere „Staatsangehörigenregelung“ für Erblasser oder Schenker, wenn diese innerhalb eines Zeitraums von 5 Jahren nach dem Wohnsitzwechsel sterben. In diesen Fällen wird ein Staatsangehöriger eines Vertragsstaats trotz Wohnsitznahme im anderen Staat nicht als dort, sondern als in seinem Heimatstaat ansässig behandelt. Die Regelung soll es den Steuerpflichtigen ermöglichen, Lebensplanung, Vorsorge, Vermögensanlage und Testament langfristig an den Verhältnissen des Heimatstaats auszurichten. Nach Absatz 2 gilt die Regelung entsprechend für die Besteuerung von Erben oder Beschenkten, wenn diese selbst im Zeitpunkt des Erbfalls oder der Schenkung die Voraussetzungen des Absatzes 1 erfüllt haben.

Artikel 28

Dieser Artikel bestimmt, daß die mit den steuerpflichtigen Vermögenswerten zusammenhängenden Schulden bei der Ermittlung der Besteuerungsgrundlage abgezogen werden können. Dabei behandelt Absatz 1 den Schuldenabzug bei unbeweglichem Vermögen. Absatz 2 enthält eine entsprechende Regelung für bewegliches Vermögen von Betriebsstätten und festen Einrichtungen, während Absatz 3 den Schuldenabzug für das sonstige Vermögen regelt.

Die Absätze 4 bis 6 enthalten ergänzende Bestimmungen zum Schuldenabzug.

Zu den Artikeln 29 bis 40

Die Artikel 29 bis 40 (Abschnitt IV) regeln den Beistand in Steuersachen.

Artikel 29

Dieser Artikel bestimmt die Bereiche für die gegenseitige Beistandsleistung. Dabei ist die Beistandsleistung nicht auf die in den Abschnitten II und III behandelten Steuern beschränkt. Sie ist vielmehr auch für verschiedene andere Steuern möglich (z.B. Umsatzsteuer und Kraftfahrzeugsteuer). Dies ergibt sich aus der besonderen Anlage zum Abkommen.

Nach Absatz 1 wird Amtshilfe geleistet durch den Austausch von Auskünften sowie durch Unterstützung bei der Beitreibung von Steuerforderungen und der Bekanntgabe von Verwaltungsabkommen.

In Absatz 2 ist klargestellt, daß Amtshilfe auch zugunsten der Steuerpflichtigen sowie zur Vermeidung der Doppelbesteuerung geleistet wird.

Absatz 3 enthält eine besondere Bestimmung für die Beistandsleistung zwischen den mit Steuersachen befaßten Gerichten, die die Amtshilfe der zuständigen Behörden in Anspruch nehmen können.

Artikel 30

Dieser Artikel regelt den Auskunftsaustausch auf Ersuchen in Einzelfällen. Er macht den Auskunftsaustausch davon abhängig, daß dieser für die zutreffende Festsetzung, Erhebung und Beitreibung der Steuern in dem anderen Vertragsstaat erforderlich ist.

Artikel 31

Absatz 1 behandelt den Austausch von Auskünften ohne Ersuchen, wenn zu vermuten ist, daß die ausgetauschten Informationen für die Festsetzung der Steuern im anderen Vertragsstaat erheblich sein können (spontane Auskunftserteilung). Dabei wird die Auskunftserteilung auf bestimmte Sachverhalte beschränkt. Die Beschränkungen entsprechen denen in § 2 Abs. 2 des EG-Amtshilfegesetzes.

Absatz 2 regelt den Austausch von Auskünften ohne Ersuchen zur regelmäßigen Übermittlung von Informationen über besonders bezeichnete gleichartige Sachverhalte (automatische Auskunftserteilung). Die Bestimmung entspricht der Regelung des § 2 Abs. 3 des EG-Amtshilfegesetzes.

Artikel 32

Dieser Artikel verpflichtet die empfangende Behörde zur Rückmeldung, wenn die erhaltene Information im Widerspruch zu eigenen Informationen steht.

Artikel 33

Der Artikel enthält die Bestimmungen über den zwischenstaatlichen Amtshilfeverkehr bei der Beitreibung der Steuern. Die Vertragsstaaten werden sich dabei Hilfe leisten, wenn die beizutreibenden Ansprüche nach den Gesetzen des ersuchenden Staates nicht mehr angefochten werden können (Absätze 1 und 2).

Die Absätze 3 bis 6 beziehen sich auf besondere Situationen der Beitreibung. Danach sind z.B. Maßnahmen bei der Erbschaftsteuer nur bis zur Höhe des Wertes des Nachlasses zulässig, der auf den jeweiligen Nachlaßbegünstigten entfällt (Absatz 3). Nach Absatz 4 kann bei noch nicht bestandskräftigen Steuern der Gläubigerstaat den anderen Staat um Sicherungsmaßnahmen ersuchen. Absatz 5 schließt ein Konkursvorrecht des ersuchten Staates für den ersuchenden Staat aus. Für den Zahlungsaufschub oder Ratenzahlungen gilt das Recht des ersuchenden Staates (Absatz 6).

Artikel 34

Dieser Artikel bestimmt, daß für die Verjährung im Zusammenhang mit Beitreibungsmaßnahmen im ersuchten Staat ausschließlich das Recht des ersuchenden Staates maßgebend ist. Daher hat der ersuchende Staat dem ersuchten Staat Hinweise über die geltenden Verjährungsfristen zu geben (Absatz 1). In Absatz 2 wird klargestellt, daß Maßnahmen des ersuchten Staates, die nach dessen Recht die Verjährungsfrist hemmen oder unterbrechen, für den ersuchenden Staat dieselbe Wirkung haben.

Artikel 35

Nach Absatz 1 kann jeder Staat an eine im anderen Staat ansässigen Person Verwaltungsakte auf dem normalen Postweg bekanntgeben. Absatz 2 sieht auf Ersuchen eine förmliche Zustellung von Schriftstücken einschließlich gerichtlicher Entscheidungen vor. Absatz 3 enthält Verfahrensvorschriften für die förmliche Zustellung. Absatz 4 bestimmt, daß eine vom ersuchten Staat nach seinem Recht vorgenommene Zustellung nicht dadurch nichtig ist, daß sie den Bestimmungen dieses Artikels nicht entspricht.

Artikel 36

Dieser Artikel umschreibt die notwendigen Angaben, die das Ersuchen enthalten muß (Absatz 1) und die einem Vollstreckungsersuchen beizufügenden Unterlagen (Absatz 2). Die Absätze 3 bis 5 regeln die ergänzende Informationspflicht des ersuchenden Staates (Absatz 3), Sachstand- und Ergebnismeldungen (Absatz 4) und die Form der Auskunftserteilung (Absatz 5).

Artikel 37

Dieser Artikel legt die Grenzen der Beistandsleistung fest. Die Tatbestände entsprechen im wesentlichen den in § 3 des EG-Amtshilfegesetzes geregelten Sachverhalten. Die Zurückweisung eines Ersuchens ist zu begründen (Absatz 2).

Artikel 38

Dieser Artikel regelt in Anlehnung an § 4 des EG-Amtshilfegesetzes die Geheimhaltung empfangener Auskünfte.

Nach Absatz 1 unterliegen die empfangenen Auskünfte dem Steuergeheimnis, wobei auch das strengere Steuergeheimnis des auskunftserteilenden Staates zu beachten ist.

Absatz 2 beschränkt den Personenkreis, dem Kenntnisse offenbart werden dürfen, auf die Personen, die unmittelbar am Verfahren beteiligt sind. In den Grenzen des allgemeinen Steuergeheimnisses ist eine weitergehende Offenbarung nur mit Zustimmung der zuständigen Behörde des die Auskünfte erteilenden Staates zulässig. Dies gilt entsprechend für die Offenbarung empfangener Auskünfte in öffentlichen Gerichtsverhandlungen oder Urteilen.

Absatz 3 ermöglicht unter sehr eingrenzenden Voraussetzungen die Weitergabe empfangener Informationen an einen Drittstaat oder für andere Zwecke.

Das dem Abkommen beigefügte Protokoll enthält entsprechend der neueren deutschen Vertragspraxis ergänzende Bestimmungen zum Datenschutz.

Artikel 39

Nach Absatz 1 sind Rechtsbehelfe gegen die vom ersuchten Staat durchgeführten Maßnahmen nur bei den zuständigen Behörden dieses Staates vorzubringen.

Rechtsbehelfe gegen Maßnahmen des ersuchenden Staates sind nach Absatz 2 nur bei dessen zuständigen Behörden zu erheben.

Beitreibungsmaßnahmen des ersuchten Staates sind auszusetzen und – auf Antrag – sind Sicherungsmaßnahmen zu treffen.

Die Vertragsstaaten werden sich nach Absatz 3 über die getroffenen Entscheidungen unterrichten und erforderlichenfalls das weitere Vorgehen erörtern.

Artikel 40

Dieser Artikel bestätigt den allgemeinen Grundsatz, wonach die bei der Amtshilfe entstehenden üblichen Kosten von dem die Amtshilfe ausführenden Staat getragen werden. Lediglich außergewöhnliche Kosten gehen zu Lasten des um Amtshilfe ersuchenden Staates.

Zu den Artikeln 41 bis 44

Die Artikel 41 bis 44 (Abschnitt V des Abkommens) enthalten Regelungen zum Diskriminierungsverbot sowie zum Konsultations- und Verständigungsverfahren.

Artikel 41

Dieser Artikel soll steuerliche Diskriminierungen verhindern; entsprechend dem OECD-Musterabkommen gilt er auch für Personen, die in keinem der beiden Vertragsstaaten ansässig sind und für Steuern, die nicht unter das Abkommen fallen.

Artikel 42

Nach diesem Artikel können die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten im üblichen Konsultationsverfahren Schwierigkeiten bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens in gegenseitigem Einvernehmen bereinigen; dies gilt auch für Fälle, die im Abkommen nicht besonders behandelt sind.

Im Wege der Konsultation können insbesondere Zweifel geklärt werden, ob eine nach Unterzeichnung des Abkommens neu eingeführte Steuer unter das Abkommen fällt. Ferner sind Vereinbarungen über besondere Verfahren zur Anwendung des Abkommens möglich.

Artikel 43

Dieser Artikel sieht nach Maßgabe des OECD-Musterabkommens vor, daß sich die zuständigen Behörden über die Vermeidung der Doppelbesteuerung in Einzelfällen verständigen und Schwierigkeiten bei der Auslegung und Anwendung des Abkommens im beiderseitigen Einvernehmen regeln; der Antrag auf Einleitung des Verständigungsverfahrens ist vom Steuerpflichtigen innerhalb von 3 Jahren nach der ersten Mitteilung der beanstandeten Maßnahme zu stellen (Absätze 1 und 2).

In Absatz 3 sind diese Möglichkeiten – über das OECD-Musterabkommen hinausgehend – für die wichtigsten Bereiche besonders herausgestellt, nämlich Gewinnabgrenzungen bei Betriebsstätten oder verbundenen Unternehmen sowie übereinstimmende Behandlung von Gewinnausschüttungen oder den im Rahmen der Erbschaft- und Schenkungsteuer zu berücksichtigenden Schulden.

Artikel 44

Absatz 1 bestimmt, daß die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten im Rahmen von Konsultations- und Verständigungsverfahren im Sinne der Artikel 42 und 43 unmittelbar miteinander schriftlich und mündlich verkehren können (Absätze 1 und 2).

Zur Herbeiführung einer Einigung können die zuständigen Behörden auch ein unabhängiges Gremium beauftragen, zu einer bestimmten Frage eine gutachterliche Äußerung abzugeben (Absatz 3).

Bezieht sich das Verfahren auf einen Einzelfall, hat der Betroffene nach Absatz 4 ein Anhörungsrecht.

Zu den Artikeln 45 bis 50

Die Artikel 45 bis 50 (Abschnitt VI des Abkommens) enthalten Sonderregelungen für Ausnahmesachverhalte.

Artikel 45

Der Artikel ergänzt für den Wohnsitzstaat die Regelungen in Artikel 24. Durch Unterschiede in den nationalen Rechten beider Staaten kann es trotz des Abkommens zu einer über die Zielsetzung des Abkommens hinausgehenden Keinmalbesteuerung kommen (Qualifikations- und Zurechnungskonflikte).

Absatz 1 Buchstabe a soll in solchen Fällen die Anwendung der Freistellungsmethode ausschließen.

Buchstabe b ermöglicht, durch einseitige Erklärung von der Freistellungs- auf die Anrechnungsmethode überzugehen, wenn die Freistellungsmethode bei einzelnen Fallgestaltungen zu ungerechtfertigten Doppelentlastungen führt, z.B. weil die nationalen Steuerrechte sich unterschiedlich entwickeln oder weil dies durch geeignete steuerlich motivierte Gestaltungen herbeigeführt wird.

Die Bestimmung entspricht im wesentlichen Nummer 21 des Protokolls zum deutsch-amerikanischen Doppelbe-

steuerungsabkommen vom 29. August 1989 (BGBl. 1991 II S. 94).

Nach Absatz 2 bleibt den beiden Vertragsstaaten die Anwendung von Mißbrauchsvorschriften, z. B. § 42 AO, vorbehalten. Vorbehalten sind ferner die sog. Zugriffsbesteuerung nach dem Außensteuergesetz und entsprechende Regelungen des dänischen Rechts.

Artikel 46

Dieser Artikel regelt die Durchführung der Abkommensbestimmungen zur Entlastung von den Abzugsteuern im jeweiligen Quellenstaat. Nach Absatz 1 bleibt es jedem Vertragsstaat unbenommen, trotz entgegenstehender Abkommensbestimmungen zunächst die nach seinem innerstaatlichen Recht entstandene Quellensteuer uneingeschränkt zu erheben. Die Erstattung der zuviel erhobenen Steuer wird auf Antrag gewährt (Absatz 2); der Antrag ist innerhalb von 4 Jahren nach Zufluß der Einkünfte zu stellen (Absatz 3) und die persönliche Abkommensberechtigung durch eine Bescheinigung des Wohnsitzstaats zu bescheinigen (Absatz 4).

Die zuständigen Behörden können sich über Einzelheiten des Verfahrens verständigen und auch andere Verfahren, z. B. das Freistellungsverfahren, festlegen.

Artikel 47

Dieser Artikel enthält den üblichen Vorbehalt weitergehender Vorrechte der Mitglieder diplomatischer und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts.

Artikel 48

Dieser Artikel regelt die Möglichkeit der Ausdehnung des Abkommens auf die Färöer und Grönland, die nach Artikel 3 Abs. 1 Buchstabe c ausdrücklich von der Anwendung des Abkommens ausgeschlossen sind.

Artikel 49

Dieser Artikel regelt die Ratifikation, das Inkrafttreten und die erstmalige Anwendung des Abkommens. Nach seinem Absatz 2 tritt es einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Nach Absatz 3 tritt gleichzeitig das Doppelbesteuerungsabkommen vom 30. Januar 1962 außer Kraft. Das Abkommen ist nicht rückwirkend, sondern erstmals für das Kalenderjahr anzuwenden, das dem Jahr des Inkrafttretens folgt. Bis dahin bleibt das alte Abkommen anwendbar.

Artikel 50

Dieser Artikel regelt die Geltungsdauer, die Kündigung und die letztmalige Anwendung des Abkommens.

Anlage zum Abkommen

In dieser Anlage sind die im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens bestehenden Steuern, für die es gilt, einzeln aufgeführt (Artikel 2 Abs. 2).

Protokoll

Das Protokoll enthält entsprechend der neueren Vertragspraxis ergänzende Bestimmungen zum Datenschutz, die zu den Regelungen des Artikels 38 hinzutreten.

Anlage 2

Stellungnahme des Bundesrates

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 22. November 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie bei den Nachlaß-, Erbschaft- und Schenkungsteuern und zur Beistandsleistung in Steuersachen (Deutsch-dänisches Steuerabkommen)

Der Bundesrat hat in seiner 696. Sitzung am 3. Mai 1996 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzentwurf wie folgt Stellung zu nehmen:

Zum Gesetzentwurf allgemein

Die Bundesregierung wird gebeten zu prüfen, ob es sich bei der zum 1. Januar 1994 in Dänemark eingeführten Arbeitsmarktabgabe in Höhe von 7 v. H. des Bruttoeinkommens Selbständiger, Unselbständiger, aber auch beschränkt Steuerpflichtiger (Wohnsitz in Deutschland, Einkünfte in Dänemark) um eine Sozialabgabe oder um eine Steuer handelt.

Sollte die Prüfung ergeben, daß es sich um eine Steuer handelt, wird die Bundesregierung gebeten, sich dafür einzusetzen, daß im Verwaltungswege eine Regelung vereinbart wird, aufgrund derer die betroffenen Steuerpflichtigen so gestellt werden, als wäre die Abgabe in dem Katalog der dänischen Steuern, für die das Revisionsabkommen gelten soll, enthalten.

Anlage 3

Gegenäußerung der Bundesregierung

Bei der Arbeitsmarktabgabe handelt es sich um ein Instrument zur Finanzierung der dänischen Sozialversicherung. Zutreffender wäre daher die Bezeichnung „Arbeitsmarktbeitrag“. Der Arbeitsmarktbeitrag fließt in drei Sozialkassen, aus denen nach Kenntnis der Bundesregierung in zunehmendem Maße der bisher vom Staat getragene Anteil bestimmter Sozialleistungen übernommen werden soll. Die Pflicht zur Entrichtung des lohnbezogenen Arbeitsmarktbeitrags steht im Zusammenhang mit dem Anspruch des Beitragszahlers auf Erhalt einer Sozialleistung aus den Sozialkassen. Dieses Gegenseitigkeitsverhältnis zwischen Beitragspflicht und Leistungsanspruch spricht für die Einstufung des Arbeitsmarktbeitrags als Sozialversicherungsbeitrag. Entsprechend wird der Beitrag nicht von Personen erhoben, die den Sozialversicherungsvorschriften eines anderen EU-Mitgliedstaats als Dänemark unterliegen.

In Übereinstimmung mit der dänischen Regierung vertritt die Bundesregierung daher die Auffassung, daß es sich bei dem Arbeitsmarktbeitrag nicht um eine unter das deutsch-dänische Revisions-Doppelbesteuerungsabkommen fallende Steuer handelt.

Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn 62170079 6.96
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333